

Antiurbane Utopien

Die Stadt im Diskurs der Rechten

Forschungsprojekt PODESTA
Populismus und Demokratie in der Stadt
Working Paper 2, Juni 2019



Ein Verbundprojekt von:



Projektleitung

Prof. Dr. Tilman Reitz

Institut für Soziologie,
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Tel.: +49 3641 9-45571
E-Mail: tilman.reitz@uni-jena.de

Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn

Internationales Zentrum für Ethik in den
Wissenschaften (IZEW), Universität Tübingen
Tel.: +49 7071 29-77983
E-Mail: regina.ammicht-quinn@uni-tuebingen.de

PODESTA-Working Paper 2:
Antiurbane Utopien. Die Stadt im Diskurs der Rechten
Juni 2019
Das Working Paper ist entstanden im Rahmen des
Forschungsprojekts PODESTA
(Populismus und Demokratie in der Stadt).

www.podesta-projekt.de

Layout und Satz
Robert Feustel



Autor*innen

Peter Bescherer
Anne Burkhardt
Robert Feustel
Gisela Mackenroth
Luzia Sievi

Inhalt

Einleitung	4
1 Anmerkungen zur Methode	6
2 Die Rechten und die Großstadt: Kurzer Abriss einer langen Geschichte	9
3 Stadt und Land: Stadtfrust, Landlust und die urbane Öffentlichkeit	12
4 Umwelt- und Verkehrspolitik: Von „Großstadtnatur“ und „Feinstaubhysterie“	16
5 Wohnen und Mieten: Die Stadt als Kampffeld	21
6 Sicherheit und Ordnung: Nur mit Monokultur	25
7 Flucht und Migration: Umgrenzte Solidarität	30
8 Städtebau und Kultur: Kulissen der rechten Stadt	33
Rechte Städte? Zusammenfassung	37
Literatur	39
Quellenverzeichnis	41

Einleitung

Populismus, Demokratie, Stadt. Drei große Themen, die in der gesellschaftlichen Selbstverständigung und in den Sozialwissenschaften fest etabliert sind und die in den letzten Jahren noch an Bedeutung gewonnen haben; man denke nur an Auseinandersetzungen um AfD, Wahlbeteiligung oder Mietenwahnsinn. Wie verhält es sich mit den wechselseitigen Beziehungen zwischen den Konzepten? Populismus kann als Gegenentwurf zur Demokratie verstanden werden, als Kritik einer Entleerung der Demokratie oder umgekehrt als Grundlage von Demokratie. Demokratie ist ihrerseits historisch betrachtet von der Emanzipation der Stadtbürger*innen aus persönlichen Abhängigkeiten nicht zu trennen, und städtisches Leben in seiner Heterogenität und Konflikthafteit erfordert Beteiligung, Selbstorganisation und Aushandlung. Wenn die Stadt ein (demokratisches) Beteiligungsprojekt und auch Demokratie und Populismus in enger Beziehung stehen, dann könnte die Stadt auch der prädestinierte Ort des Populismus sein. Als dieser gelten in der öffentlich geführten Debatte jedoch vor allem die ländlichen Regionen.

Die komplizierten Beziehungen zu entwirren, qualitative empirische Befunde zur Gefahr eines urbanen rechten Populismus zu erheben und in die Debatten der zivilgesellschaftlichen politischen Öffentlichkeit zu intervenieren, sind Ziele des Forschungsprojekts PODESTA. Im Projektverlauf werden Zwischenergebnisse beziehungsweise Ergebnisse von Teilstudien in einer Reihe von Working Papers dokumentiert.

Das erste Working Paper hatte nach dem populistischen Moment in der Stadtentwicklung gefragt. Im Rückgriff auf Forschungen und Studien zur Populismus- und Stadtforschung sind wir dort der These nachgegangen, dass der gesellschaftliche Rechtsruck der letzten Jahre auch deshalb zustande kam, weil die sozialen und politischen Krisenerfahrungen zu- und die Steuerungsfähigkeit der Politik abgenommen haben. Den rechten Diskurs haben wir als Ausdruck und Verstärker der Postdemokratie bezeichnet. Auf Grundlage dieser Überlegung haben wir verschiedene Konfliktfelder der Stadtentwicklung daraufhin

untersucht, ob und wie sich dort ein Demokratiedefizit beobachten lässt, das populistische Ressentiments begünstigen und Anschlussstellen für rechte Politikangebote schaffen kann.

Das vorliegende zweite Working Paper geht der Frage nach, ob der rechte Diskurs in der Lage ist, diesen populistischen Moment für sich zu nutzen beziehungsweise wie es ihm gelingt, politische Unzufriedenheit, die sich an Stadtentwicklungsfragen entzündet, umzucodieren. Empirisch umgesetzt wird dieses Vorhaben durch eine systematische Analyse von Beiträgen aus rechten Zeitungen und Magazinen, Internetveröffentlichungen und Dokumenten der parlamentarischen Debatte. In der Durchführung hat es sich als hilfreich erwiesen, die Fragestellung entsprechend zweier analytischer Perspektiven zu differenzieren, welche die Auswertung des Materials leiten: zum einen der Blick auf den Stadtbegriff, den die Autor*innen¹ ihren Ausführungen zugrunde legen; zum anderen die Argumentationsmuster rechter Stadtpolitik, sofern sie im Material freigelegt werden konnten.

Die Analyse, soviel sei vorweggenommen, offenbart den gespaltenen Blick der Rechten auf die Stadt. Sie lehnen Urbanität ebenso ab wie sie sich der Bedeutung des urbanen Raums im Kampf um Deutungshoheit und Sympathisant*innen bewusst sind. Als Brücke dient ihnen der Abgleich zwischen der Stadt, wie sie eigentlich sei (geordnet, wehrhaft, produktiv, monokulturell) und wie sie sich fatalerweise entwickelt habe (unkontrolliert, unüberschaubar, dekadent).

1 Der Genderstern sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verfasser*innen der von uns untersuchten rechten Dokumente in der großen Mehrzahl männlich sind, was sich auch teilweise in den Inhalten der Dokumente deutlich widerspiegelt (vgl. das Kapitel 4). Da aber sowohl in den rechten Magazinen als auch im Rahmen der AfD-Parteiarbeit – wenn auch zahlenmäßig wenige – Dokumente von Frauen geschrieben werden und die Rolle von Frauen in den rechten Bewegungen nicht unterschätzt werden sollte, halten wir die Benutzung des Gendersterns für angebracht. Unter den Parteimitgliedern der AfD sowie im Bundestag liegt der Anteil der Frauen zwischen 13 und 17 Prozent (<https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-frauen-rechtspopulismus-1.4326507>), in den Redaktionen ist das Verhältnis noch schlechter.

Bevor wir diesen Befund im Detail und am konkreten Material darstellen, möchten wir die Einleitung nutzen, um die Perspektive auf den Untersuchungsgegenstand zu präzisieren, Begriffe zu klären und den Aufbau des Working Papers zu umreißen.

Die Frage nach dem Zusammenhang von Postdemokratie und Rechtsruck suggeriert, rechte Denkmuster und Praktiken seien vor allem eine Folge der politischen Fehlentwicklung und Demokratiekrise. Wir gehen davon aus, dass ein solcher Zusammenhang besteht, die Erklärung hat jedoch Grenzen, die sich exemplarisch an Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozessen nachvollziehen lassen. Diskriminierung und Ausgrenzung sind nicht nur eine verdrehte Reaktion von Bürger*innen auf die Krise politischer Repräsentation, sondern werden selbst politisch produziert, etwa durch die integrationshemmende Arbeits- und Wohnungspolitik, das Geschlechterungleichheit verstärkende Steuer- und Sozialsystem oder die Verschärfung polizeilicher Kontrollen im öffentlichen Raum. Zu berücksichtigen für die Erklärung des Rechtsrucks ist

Die Analyse offenbart den gespaltenen Blick der Rechten auf die Stadt. Sie lehnen Urbanität ebenso ab wie sie sich der Bedeutung des urbanen Raums bewusst sind.

also auch, dass politische Maßnahmen als Legitimation für Ausgrenzung und Diskriminierung wirken können. Andernfalls ist nicht plausibel, weshalb das enttäuschte Versprechen der Demokratie geradewegs in Abwertung und autoritäres Verhalten führen soll. Das tut es nur, weil das Gesellschaftsmodell eine Identifikation mit der Ökonomie und eine Selbstaufopferung voraussetzt, die sich im Falle von Krisen und endogenen Grenzen als hohl erweisen (Decker 2018: 49f.). In Politik spiegelt sich dementsprechend immer auch der Versuch, regressiv Potenziale zu reintegrieren, ihnen Abfuhr zu ermöglichen und sie zugleich zu kanalisieren. Anders gesagt: Rechtes Denken und Handeln findet in sozialen und politischen Strukturen seine Ursachen und nicht nur in deren Funktionsschwäche. Die Demokratie-

krise spielt für die Konjunktur rechter Bewegungen jedoch eine aktivierende Rolle. Unsere Studie dokumentiert gewissermaßen die stadtpolitische Seite dieser Aktivierung.

Bei der Diskussion um rechte Strategien ist es unvermeidbar, Akteur*innen zu benennen und zu bezeichnen; soziale Praxis und gesellschaftliche Prozesse haben Trägergruppen und im Einzelnen auch konkret Verantwortliche. Wir sprechen, wenn es nicht um Entwicklungen und Verschiebungen in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen generell geht (Rechtsruck, autoritärer Populismus) von ‚den Rechten‘. Alles andere scheint uns unpassend: Die Bezeichnung Rechtsextremisten greift auf das hoch umstrittene Extremismusmodell zurück; auch der Begriff radikale Rechte suggeriert eine Randstellung. Der Ausdruck Rechtspopulist*innen berührt zwar einen wichtigen Punkt in der Diskussion, nämlich den Aspekt der Demokratieentleerung als Ursache des Rechtsrucks, ist aber doch eine Verharmlosung, wenn er wie häufig als weniger schlimm aufgefasst wird. Wenn wir hier von ‚den Rechten‘ reden, meinen wir in erster Linie die von uns zitierten Autor*innen. Wir fassen sie zu einem Lager zusammen, weil sie sich stark aufeinander beziehen, sich selbst als Strömung aufstellen, seitens vorliegender Studien so klassifiziert werden und schließlich, weil sie ähnliche Ideen verfolgen – auch in Hinblick auf das Thema Stadt, wie wir zeigen werden. Aber auch ‚die Rechten‘ ist ein problematischer Ausdruck, sind doch nicht alle von uns zitierten Autor*innen aus AfD, Compact, Sezession, Identitärer Bewegung etc. umstandslos einer Meinung. Solche Identitätslabel sind prinzipiell problembelastet (Amnicht Quinn 2019). Besser noch als ‚die Rechten‘ erscheint uns daher ‚rechte Argumentation‘. Das weitet den Blick über Konventionen und Parteigrenzen hinaus; rechte Argumentation finden sich eben nicht nur in der AfD, sondern auch in anderen Parteien. Und es ist auch wissenschaftlich präziser, denn Argumentationen können anders als Einstellungen nachgezeichnet, geprüft und kritisiert werden (Attia 2013).

Wir legen im Anschluss an diese Einleitung in einem Abschnitt zum methodischen Vorgehen und zur Materialgrundlage die Arbeitsweise bei der Erstellung unserer Studie dar. Daran

anschließend geben wir einen kurzen Einblick in die lange Geschichte der rechten Großstadtfeindschaft. Es folgt ein Abschnitt zum Verhältnis von Stadt und Land, wie es sich in den untersuchten Dokumenten darstellt. Dieser Beitrag ist zugleich der erste in einer Reihe von Auswertungen, die im Zentrum des Working Papers stehen. Sie geben Auskunft über Leitmotive und interpretieren Argumentationsgänge sowie stellenweise Strategien der Darstellung (Sprachgebrauch, Rhetorik, Metaphern etc.). Die Analysen sind alle aus dem Material gewonnen. Der Bezug darauf wird anhand ausgewählter Zitate dokumentiert, deren Herkunft im umfangreichen Quellenverzeichnis nachprüfbar ist. Trotz der Fülle des herangezogenen Materials handelt es sich nicht um eine abschließende und erschöpfende Auswertung. Die gleichen Dokumente werden zudem mehrfach, aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven analysiert, so dass es stellenweise zu Überschneidungen kommt. Diese sind jedoch auch der beschränkten argumentativen Komplexität der ausgewerteten Quellen geschuldet. Die Anordnung der Auswertungsabschnitte entspricht einem groben Zweischritt: Zunächst folgen Analysen, die den Kontrast zwischen städtischem Ideal und städtischer Wirklichkeit in der rechten Argumentation herausarbeiten. Über die explizite Abgrenzung von Stadt und Land hinausgehend, sind diese Aspekte insbesondere in der Auseinandersetzung der Rechten mit verkehrs- und wohnungspolitischen Themen erkennbar. Eine zweite Gruppe von Auswertungen stellt den vermeintlichen Verfallsprozess der Städte in den Fokus der Betrachtung. Mit Blick auf die Argumentation zu Fragen von Unsicherheit, Flucht/Migration und Städtebau/Kultur werden Entwicklungen beleuchtet, die aus den Augen der Rechten von der guten Stadt wegführen.

1 Anmerkungen zur Methode

Um die eingangs gestellte Frage zu beantworten, ob und wie die Rechten populistische Momente in der Stadtentwicklung für sich nutzen und welche Vorstellungen von Stadt sich aus rechten Argumentationen ableiten lassen, haben wir

rechte Print- und Internetveröffentlichungen mit Stadtbezug inhaltsanalytisch untersucht. Neben Selbstzeugnissen nichtparteilich organisierter rechter Akteur*innen wurden auch Dokumente von AfD-Politiker*innen (als Repräsentant*innen rechter Meinungsbildungsprozesse in der institutionellen Politik) in die Untersuchung miteinbezogen. Entsprechend setzt sich unser Materialfundus zum einen aus einschlägigen rechten Magazinen und Zeitschriften, Onlineportalen und Social-Media-Kanälen sowie zum anderen aus fraktionspolitischen Arbeitsdokumenten der AfD auf Bundes-, Landes- und Lokalebene zusammen. Im Sinne des Projektansatzes wurden für den landespolitischen Kontext vorrangig Sachsen und Baden-Württemberg sowie für den stadtpolitischen Kontext Leipzig und Stuttgart betrachtet.

Für einen aktuellen und möglichst differenzierten Blick wurden Quellen über mehrere Jahre, zwischen Mai 2015 und Januar 2019, berücksichtigt. In diesen Zeitraum fallen mehrere Ereignisse und Vorgänge, die uns für die Auswertung relevant erscheinen und ausschlaggebend für die Wahl der Eckdaten wurden: Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Sommer 2015, als eine große Zahl Geflüchteter über die Balkanroute nach Deutschland kommt und dort aufgenommen wird. Die damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen sind in den Medien umfassend behandelt und von rechten Akteur*innen für ihre Zwecke gedeutet worden. Daran anschließend kann eine Erstarkung der AfD auf bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene verzeichnet werden, welche 2017 im Einzug der AfD-Fraktion in den Deutschen Bundestag gipfelt. Auch einige der nichtparteilich organisierten rechten Gruppierungen wie Pegida, die „Identitäre Bewegung“ oder die betriebliche Arbeiter*innen-Vertretung „Zentrum Automobil“ gewinnen im selben Zeitraum an Zulauf. Neben der Debatte um Zuwanderung, Migration und Integration erfährt auch die Diskussion um Mieten und bezahlbaren Wohnraum im gewählten Zeitabschnitt eine Zuspitzung, etwa durch die Einführung der als unzureichend empfundenen „Mietpreisbremse“. Der Untersuchungszeitraum endet im Januar 2019 auf dem Höhepunkt der Debatte um innerstädtische Fahrverbote für Die-

oder Bauen sollten über Schlagworte wie Mieten, Großbauprojekt, Parkplätze, Fahrverbote oder Gentrifizierung ermittelt werden. Mit Stichwörtern wie Ballungszentrum, Viertel oder Hochhaus sollten darüber hinaus Textpassagen gefunden werden, die sich auf räumliche Strukturen der Stadt beziehen. Die Stichwortsuche zielte auf Beschreibungen und Problematisierungen des städtischen Zusammenlebens als räumliche soziale Praxis ab. Zentrale Schlagworte hierfür waren beispielweise Integration, Kriminalität, Videoüberwachung, Mitgestaltung und Nachbarschaft. Für unseren Forschungsschwerpunkt relevante städtische Akteur*innen und Gruppen wurden über Stichworte wie Flüchtling, Obdachlose, Investor, Bürgerwehr, Polizei oder Nachbar erfasst. Die spezifische Sprache rechter Parteien und Bewegungen, die wir in explorativer Recherche aus den Quellen herausgearbeitet haben, sowie Wörter des öffentlichen politischen Diskurses, an die Rechte mit eigenen Deutungen anschließen, wurde ebenfalls in Schlagworte überführt (z. B. Gefährder, Tugendterror, Verbotspartei, Islamisierung, No-Go-Areas oder Vermüllung).

Ziel der Auswertung des auf diese Weise erhobenen Materials war es, Vorstellungen der Rechten von Stadt in ihrem gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang herauszuarbeiten. Diese Vorstellungen finden sich in sprachlich entworfenen „räumlichen Projektionsflächen“ und Bildern „alltäglicher Raumsemantiken“ (Schlottmann 2005a: 125, vgl. auch 2005b) sowie in raumbezogenen Argumentationen (Felgenhauer 2007) wieder. So kann die Stadt als Gegenpol in Abgrenzung zu ländlichen Räumen entworfen werden, beispielsweise durch die Zuschreibung eines ortsspezifischen, explizit urbanen Lebensstils oder die Eröffnung einer Konkurrenz zwischen städtischen und ländlichen Versorgungsstrukturen und Wertevorstellungen. Vorstellungen von Stadt finden sich darüber hinaus in Argumentationen, in denen die Stadt als Beispiel für einen regionalen Kontext (etwa für eine Ost-West-Unterscheidung) oder für gesellschaftliche Probleme (wie Armut oder Arbeitslosigkeit) angeführt wird oder implizite Statuszuweisungen (z.B. als Hauptstadt, Autostadt oder Kulturhauptstadt) erfolgen.

Vorstellungen von Stadt werden außerdem in Bezug auf spezifische Konfliktfelder einer

städtischen Gegenwart formuliert. Wie in unserem ersten Working Paper (Bescherer u.a. 2018) dargestellt, sind diese in verschiedenen Bereichen gegenwärtiger Stadtpolitik und des urbanen Zusammenlebens (wie Migration/Integration, Großprojekte, urbane (Un-)Sicherheit oder Gentrifizierung) angesiedelt. Aus diesen Themenfeldern haben wir deduktiv thematische Kategorien gebildet (Städtebau, Wohnen, Soziales, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Kultur, Flucht/Migration und Integration), denen wir Textpassagen oder ganze Texte zugeordnet haben. Da diese Felder auch Fragen städtischer Partizipation und demokratischer Gestaltung aufwerfen und die Stadt zudem Schauplatz lokaler partizipativer Strukturen ist, haben wir zusätzlich Kategorien zu inner- und außerinstitutionellen Beteiligungsstrukturen (städtische Verwaltung und Parteipolitik, direkte Demokratie, zivilgesellschaftliche Initiativen) gebildet.

Auf der Grundlage von Probedurchläufen des Codierschemas haben wir die Kategorien induktiv erweitert. Die Formulierung einer Vorstellung von Stadt in Abgrenzung zu ländlichen Räumen ergab hierbei eine eigenständige Kategorie („Stadt-Land“). Daneben hat sich die symbolische und politische Besetzung urbaner öffentlicher Räume als eigenständige Kategorie („Urbane Öffentlichkeit“) herausgebildet.

Mithilfe der thematischen Codierung (Reduzierung und Ordnung des Materials) konnten wir aus der Gesamtschau der Fundstellen Muster rechter Vorstellungen von städtischer Gesellschaft rekonstruieren. Diese lassen sich im Kontext zentraler gesellschaftlicher (Werte-)Konflikte wie solche um Freiheit, Individuum und Gesellschaft, Ordnung und Sicherheit, Geschlechterrollen oder um gesellschaftliche Offenheit und Schließung interpretieren.

2 Die Rechten und die Großstadt: Kurzer Abriss einer langen Geschichte

Gute Forschung knüpft in der Regel an bereits vorliegende Studien und Erkenntnisse an. Eine Untersuchung zu den Wahrnehmungsmustern und Vorstellungen von Stadt, die in den aktuellen rechten Strömungen, Parteien und Bewegungen verbreitet sind, stößt schnell auf die umfassende dokumentierte Geschichte der konservativen und reaktionären Großstadtfeindschaft. Auch die rechtspopulistischen Bewegungen der Gegenwart speisen sich aus dieser Tiefenströmung, so der Politikwissenschaftler Dieter Rucht (2017: 46). Aber wenn es tatsächlich so ist, dass die Rechten urbane Lebensformen rundheraus ablehnen und unbeschwert Loblieder auf die ländliche Idylle singen, wozu dann überhaupt die vorliegende Dokumentenanalyse? Es sprechen unseres Erachtens zwei Gründe für eine solche Untersuchung. Zum einen ist die Geschichte der Beziehung zwischen den Rechten und der Großstadt nicht nur lang, sondern auch kompliziert, insofern der Begriff Feindschaft eine Eindeutigkeit suggeriert, die nicht den Tatsachen entspricht. Zum anderen liegt es angesichts der populistischen Modernisierung der Rechten nahe zu fragen, ob und wie diese Strömung mit ihrem Gespür für das weit verbreitete Unbehagen an der liberalen Demokratie auch städtische Problemlagen zum Thema macht. Dem ersten Aspekt, also der Geschichte der rechten Großstadtfeindschaft, soll im Folgenden in knapper Form nachgegangen werden.

Die Kritik und Ablehnung der Großstadt von rechts, also vom Standpunkt der natürlichen Ungleichheit der Menschen aus und unter der Annahme räumlicher Determinierung menschlichen Handelns, setzte mit der Modernisierung ein. Im Zuge der industriellen und politischen Doppelrevolution entstand seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Europa ein modernes Städtewesen (vgl. Reulecke 1985: 14–20). Da die Großstädte die zunehmende soziale Mobilität, die Auflösung der überkommenen Ordnung und die mit großer Armut einhergehende Bevölkerungsexplosion verkörperten, zogen sie die Feindseligkeit von Agrariern, Landadel und auch Besitzbürgertum

auf sich. „Der Kulturschock der großen Stadt sprengt die politischen Fronten – und verleitet zu antiurbanen Utopien.“ (Sofsky 1986: 4) Wenn die Großstadtkritik mit den katastrophalen Wohnverhältnissen und hygienischen Bedingungen sowie der Ausbeutung und Unterdrückung politischen Widerstands in den industriellen Zentren auch einen realen Anhaltspunkt hatte (Häußermann/Siebel 2004: 28), so wird doch früh deutlich, was das Spezifische der rechten Großstadtkritik ist: Sie „thematisiert den Gegensatz von Stadt und Land als räumlicher Organisationsform, ohne die in der Produktionsweise angelegten und auf Stadt wie Land zutreffenden Widersprüche zu reflektieren“ (Schubert 1986: 23). Sie kann insofern als eine Form des „Raumfetischismus“ beschrieben werden, der soziale Praxis aus dem physisch-materiellen Raum ihres Auftretens kausal zu erklären beansprucht (vgl. Belina 2013: 29–37).



Die Nationalsozialisten planten den Umbau Berlins zur „Reichshauptstadt Germania“. Wie im Modell von 1939 erkennbar, waren Monumentalbauten, breite Verkehrsachsen und Versammlungsstätten vorgesehen. (Quelle: Bundesarchiv, Bild 146III-373, CC BY-SA 3.0)

Neben politischer und moralischer Entrüstung (Gleichmacherei, Künstlichkeit, Sittenverfall) hielt das großstadtfeindliche Repertoire des 19. Jahrhunderts auch ästhetische und quasi-anthropologische Stereotype (Chaos, Hektik, Reizüberflutung) bereit. Ein früher Vertreter der Großstadtfeindschaft in Deutschland war der Kulturhistoriker und Begründer der Volkskunde Wilhelm Heinrich Riehl. Die Großstädte, so meinte er, seien „ungeheuerlich“ durch die „flutende und schwebende Bevölkerung“. Die „großstädtische Volkmasse“ sei „von einem wahrhaft vernichtenden Gewicht für unsere ganze Zivilisation“. Sie bringe soziale Bewegungen und vor allem die „Herrschaft des Proletariats“ hervor, während Stabilität und „soziales Beharren“ ihren Ort auf dem Land hätten (zit. n. Häußermann/Siebel 2004: 26). Eine rassistische Zuspitzung erfuhr die Kritik um die Jahrhundertwende durch den Anthropologen Otto Ammon. Die Stadtbevölkerung bestehe aus geistig hoch entwickelten, aber unfruchtbaren „Langköpfen“ sowie dem fortpflanzungsfähigen, aber degenerierten Proletariat. Die Stadt sei daher auf die körperlich und seelisch gesunden „Rundköpfe“ aus dem Bauernstand angewiesen, sonst werde sie zum „Grab des Menschengeschlechts“ (ebd.: 27). Diese und ähnliche Vorbehalte prägten das Bild von der Großstadt in Deutschland zwischen 1850 und 1918. „Versetzt mit unterschiedlich starkem Antisemitismus war die ‚vaterländisch-konservative‘

Das NS-Siedlungsmodell zielte auf die dauerhafte Sesshaftmachung einzelner Familien im ländlichen Raum, auf Kleinstbesitz und Selbstversorgung.

Denkweise mit ihrer offenen oder verdeckten Großstadtfeindlichkeit die ‚offizielle Reichsideologie‘ der wilhelminischen Ära.“ (Schubert 1986: 27) Ins Schicksalhafte und Apokalyptische kippte die Großstadtkritik, als am Ende des Ersten Weltkriegs das Ende der Monarchie besiegelt war und ein demokratischer Aufbruch begann. „Wie immer überfällt die Angst vor dem Chaos das situierte Bürgertum, wenn Emanzipationen von unten bevorstehen.“ (Sofsky 1986: 16) Der

Philosoph Oswald Spengler hat mit seinem zweibändigen Monumentalwerk „Der Untergang des Abendlandes“ (erschieden 1918 und 1922) diesen Zeitgeist in eine zyklische Geschichtstheorie überführt. Die Großstädte seien demnach Zeichen für die Spätzeit und das nahende Ende einer Kultur; sie zerstören, so Spengler, die vormals angeblich echte und gewachsene Kultur: „Das Bauerntum gebar einst den Markt, die Landstadt, und nährte sie mit seinem besten Blute. Nun saugt die Riesenstadt das Land aus, unersättlich, immer neue Ströme von Menschen fordernd und verschlingend, bis sie inmitten einer kaum noch bevölkerten Wüste ermattet und stirbt.“ (zit. n. Häußermann/Siebel 2004: 27)

Die Nationalsozialisten nahmen die großstadtfeindlichen Stereotype auf und integrierten sie in ihre völkisch-rassistische Agenda. Praktisch ging die „gesellschafts-, bevölkerungs- und rasenpolitische Ausrichtung des Wohnungs- und Siedlungswesens“ (Haerendel 1999: 844) mit Plänen für die Verlagerung der Bevölkerung von den Großstädten in naturnahe und bäuerliche Wohnformen einher. An die Stelle mehrgeschossiger Mietshäuser, die vom Regime als Zellen möglicher Widerstandsbewegungen gesehen wurden, sollten bauliche Anlagen treten, die auch in ihrer Architektur die „Nähe zum Boden“ verkörpern. Das NS-Siedlungsmodell zielte auf die dauerhafte Sesshaftmachung einzelner Familien im ländlichen Raum, auf Kleinstbesitz und Selbstversorgung. Damit einher ging die „grundsätzliche Abwendung von der öffentlichen Subventionspolitik [...], die in einen Zusammenhang mit ‚Verschwendung und Korruption‘ gebracht werden konnte“ (ebd.: 850). „Die Befriedigung der Wohnbedürfnisse“, so hieß es aus dem Reichsarbeitsministerium, „wird weitgehend der Privatwirtschaft übertragen“ (zit. n. Führer 1997: 240).

De facto war die programmatisch verkündete Auflösung der Großstädte nicht umsetzbar. Exemplarisch ist hierfür die Karriere des Reichs-siedlungskommissars Gottfried Feder, der die planmäßige Entstädterung und Errichtung „organischer Siedlungen“ mit nicht mehr als 20.000 Einwohner*innen in Angriff nehmen wollte. Schon 1934, also ein Jahr nach Machtergreifung, wurde er an die TU Berlin „weggelobt“. Die Nationalsozialisten, so die naheliegende Schluss-

folgerung, hatten sich wohl oder übel mit der Großstadt zu arrangieren. Denn räumliche Ordnung war ihres Erachtens nicht nur „Medium politischer Kontrolle, scheinbar nach naturgesetzlichen Regeln vollzogen“, sondern „zugleich Motor der Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft unter dem Druck einer aufgeheizten Rüstungsindustrie“ (Durth 1991: 161). Ohne industrielle Zentren und den massenhaften Zugriff auf Arbeitskräfte in den als unnatürlich verteufelten Mietskasernen wäre die auf den Krieg zulauende NS-Politik nicht möglich gewesen.

Die Großstadtfeindschaft, die grundlegende Elemente des völkischen Rassismus und Antisemitismus bündelt, wurde nunmehr auch innerhalb der Großstädte praktiziert. Überhaupt war (und ist – so kann vermutet werden) Großstadtfeindschaft keine Frage der flächenmäßigen oder an der Bevölkerung bemessenen Größe einer Stadt, sondern der Gegnerschaft zu urbanen Lebensformen, etwa den zufälligen, ungewollten und unkontrollierbaren Begegnungen im städtischen Raum. „Den Nazis ging es nie um die physische Abschaffung der Großstädte, wie es viele völkische Gruppierungen noch forderten, sondern um die Enturbanisierung der Städte.“ (Kahmann 2011: 110)

Auf die Großstädte angewiesen, mussten die Nationalsozialisten auch stadt- und wohnungspolitisch agieren. Da die Wohnraumversorgung der Privatwirtschaft überlassen blieb, kam es in den 1930er Jahren zu einer manifesten Wohnraumkrise, die sich am Bedarf, insbesondere an Kleinwohnungen, an der schlechten Ausstattung und dem baulichen Zustand des Wohnungsbestandes sowie der großen Zahl Wohnungsloser festmachte. „Zur Wahrung der vielbeschworenen ‚Volksgeundheit‘ erschien eine Besserung der Wohnverhältnisse als ebenso notwendig wie zur Förderung der Kinderfreudigkeit junger Ehepaare; die Engpässe bei der Wohnraumversorgung bedrohten die Lohnstabilität ebenso wie die Sicherung politischer Loyalitäten.“ (Führer 1997: 238) Der Widerspruch zwischen Geburtenförderung und Situation am Wohnungsmarkt wurde durch den Bau von Prachtstraßen und Parteipalästen noch verschärft, die das auf Selbstdarstellung bedachte Regime in den großen Städten vorantrieb. Allein um eine Legitimitätskrise zu

vermeiden, wurde eine aktive Wohnungspolitik notwendig. Sie kam jedoch zu spät, blieb unzureichend und ging häufig am Bedarf vorbei, wurde Kapital doch nach wie vor primär in die Rüstung, nicht in den Wohnungsbau gelenkt. Der anhaltende Verteilungskampf um knappen Wohnraum wurde nicht zuletzt auf dem Rücken von „Gemeinschaftsfremden“ und „Reichsfremden“ ausgetragen (Haerendel 1991: 869).

Das modernistische Bauen nach 1945 war sicher nicht bestrebt, an die nationalsozialistische und faschistische Stadtplanung anzuschließen. Und dennoch ging die Orientierung an klaren, direkten und einfachen Formen mit sozialer Ausschließung einher (vgl. Sennett 2018: 134f.). In der DDR wurde ein wenn auch nicht im starken Sinne urbaner so doch positiver Begriff der Stadt

„Den Nazis ging es nie um die physische Abschaffung der Großstädte, wie es viele völkische Gruppierungen noch forderten, sondern um die Enturbanisierung der Städte.“

als „Ort der Klassenkämpfe des Proletariats“ (Betker 2015: 20) kultiviert. In Westdeutschland konnten sich, vermittelt über die Prinzipien des fordistischen Städtebaus großstadtfeindliche Stereotype auch in der Nachkriegszeit bis weit hinein in die gesellschaftliche Mitte halten. Die „autogerechte“, streng funktionalistisch gegliederte und von standardisierten Lebensvollzügen geprägte Stadt verbesserte die Wohnverhältnisse und die Versorgungslage. Gemeinsam mit der Suburbanisierung, der als Leitbild etablierten Vorstadtdylle und dem „Häuschen im Grünen“ führte diese Vorstellung aber auch den Antiurbanismus mit. Die von Prozessen des ökonomischen und sozialen Strukturwandels in Gang gesetzte Renaissance der Städte seit Ende des 20. Jahrhunderts stellt einen gewissen Umschwung dar. Es ist genauer zu betrachten, ob die Wiederentdeckung der Städte durch Investoren und statushohe Bevölkerungsgruppen auch mit der Wiederentdeckung und Wertschätzung von verdichteter Unterschiedlichkeit und Ambiguität einhergeht. Zum anderen, und das möchten wir im Folgen-



Postkartenmotiv oder antiurbane Utopie? Vorstellungen ländlicher Idylle spielen für den rechten Stadtdiskurs eine wichtige Rolle. (Quelle: flickr, Günter Hentschel: Inzell 2017, CC-BY-ND 2.0)

den tun, ist zu untersuchen, welche Reaktionen die Diskussion um die Großstädte und ihre Probleme seitens rechter Bewegungen und Parteien hervorruft.

3 Stadt und Land: Stadtfrust, Landlust und die urbane Öffentlichkeit

Auch wenn die Rechte sich bisweilen als „neu“ versteht, lassen sich einige Kontinuitäten erkennen, was ihre Vorstellungswelten zu Stadt – genauer zu Großstadt – und Land angeht. Jenseits des operativen politischen Geschäfts und der Frage, welche städtischen Themen und Debatten im Kontext rechter Diskurse aufgenommen und verarbeitet werden, ist aus den Quellen eine weiterhin bestehende Ablehnung besonders des

großstädtischen Raums herauszulesen. Im Hinblick auf Urbanität als „verdichtete Unterschiedlichkeit“ (Rinn 2016: 274) überrascht dies wenig, sind rechte Gesellschafts- und Gemeinschaftsbilder bekanntlich vom Wunsch nach Homogenität und Ordnung geprägt. Die großstädtische Erfahrung der Fremdheit bleibt für einen rechten Blick ein rotes Tuch. Die Unordnung großer und diversifizierter Städte läuft einer beständig wiederkehrenden Betonung des Eigenen und ethnisch-national Überlieferten zuwider.

Die Aversionen gegen große Städte und Urbanität zeigt sich an unterschiedlichen Stellen. Die rechts-intellektuellen Zeitschriften verarbeiten ihre Ablehnung des urbanen, städtischen Lebens bisweilen als Feier des Landlebens. Typisch für diese Haltung ist der Text „Land-Wende – Zehn Thesen zur Zukunft der ländlichen Welt“ von Michael Beletes, der 2016 in der Sezession erschien. Neben einigen geschichts- und wirtschaftstheoretischen Ausführungen hebt er das Leben auf

dem Land als das „organische“ und damit wahre und eigentliche hervor. Das typisch rechte Bild einer Gesellschaft (oder Gemeinschaft) als Organismus, der an seine Scholle gebunden ist, steht im Zentrum der von Beileites formulierten Zukunftsperspektiven. Die Bedeutung des Landes geht zudem über die Kontur als das Andere der Stadt hinaus. Ländlich darf nicht industrialisiert sein, es muss (auch) der Selbstversorgung dienen und ist insgesamt eine Lebensweise, die über das Räumliche hinaus besonders weil echt und authentisch ist. (Hier ließe sich fragen, ob eine Ruralisierung der Städte als ein rechtes Ziel begriffen werden könnte, siehe die Kapitel 4 und 5.) Untermauert wird diese Sehnsucht nach dem Land mit Oswald Spengler, dessen Untergangphantasien häufig herangezogen werden. „Statt einer Welt eine Stadt“, heißt es in einer graphisch herausgehobenen Randglosse den Untergang des Abendlandes zitierend, „statt eines formvollen, mit der Erde verwachsenen Volkes ein neuer Nomade, ein Parasit, der Großstadtbewohner, der reine, traditionslose, in formlos fluktuierender Masse auftretende Tatsachenmensch, irreligiös, intelligent, unfruchtbar, mit einer tiefen Abneigung gegen das Bauerntum, also ein ungeheurer Schritt zum Anorganischen, zum Ende.“ (Beileites 2016: 38) Rüdiger Lenhoff (2018: 11) würzt im Compact Magazin dieses organische Bild des echten Landlebens mit einem emphatischen Rekurs zur Romantik und feiert das bindungsstarke, feste und wahre Leben, die Landschaft und den „Mythos Natur“.

Allzu häufig und ausführlich wird im Untersuchungsmaterial das Landleben allerdings nicht erwähnt. Das hat sicher mit Grundton und Zielrichtung rechter Ansprachen zu tun, die – ganz im Fahrwasser demagogischer Muster – auf Negatives fokussieren, also ein überaus düsteres Bild deutscher Wirklichkeit zeichnen. Rechte Politik ist stark emotional gerahmt, was sich mit überzeichneten Bildern, mit Horrorgeschichten und Dramen besser bewerkstelligen lässt. Größere Städte dienen in diesem Kontext häufig als negativer Bezugspunkt, was erkennen lässt, dass die Idee vom ruhigen, geordneten und „organischen“ Landleben im Hintergrund aufscheint. Benedikt Kaiser etwa, regelmäßiger Compact-Autor, malt mit dem bereits erwähnten Berufspessimisten Spengler

ein düsteres Bild der Gegenwart. Das städtische Endspiel stehe gewissermaßen an: „Am Ende jeder Kultur stehen die Weltstädte. Einst Babylon oder Alexandria – heute Berlin oder New York. Hier leben die Massenmenschen genussüchtig, abgestumpft.“ (Kaiser 2018a: 14)

Ein Blick auf die eher tagespolitischen Publikationen zeigt, dass sich die AfD wiederholt für das Landleben stark macht, etwa für die dortige Infrastruktur, die Wohnqualität oder Dorfgasthäuser.⁴ (AfD Frkt BW 28.4.2017) Typisch für

Rechte deuten Integration als Unterwerfung.

die rechte Solidarisierung mit der Fläche und den kleinen Städten teilt Jörg Urban (AfD Frkt SN/Urban 7.11.2017) von der sächsischen AfD in einer Pressemitteilung mit: „Die AfD hat sich jedoch schon immer für den ländlichen Raum eingesetzt und für dessen Förderung und Neubelebung zahlreiche Anträge im Landtag eingebracht.“ Was sehr nach einem Aufguss der weiter oben skizzierten traditionellen Großstadtfeindschaft klingt, hat auch neue, gegenwartsbezogene Konturen. Anders formuliert: Die traditionelle Großstadtfeindschaft bzw. die Zerrissenheit in Bezug auf Städte und Urbanität folgt einerseits überlieferten Mustern. Die Städte seien insgesamt, schreibt Johann Felix Baldig (2017: 62) stellvertretend, „multikulturelle Inkubatoren der identitätszehrenden Kräfte“. Die verdichtete Unterschiedlichkeit erodiere also die authentische und wahre deutsche Seele. Andererseits sind Fundstellen dieser Art nicht sehr zahlreich. Viel häufiger sind emotionalisierende Beschreibungen, wie die letzten Jahre in den Städten die „Umvolkung“ bzw. in der Sprache der Identitären Bewegung der „große Austausch“ gewütet habe. Das Urbane wird also selten grundsätzlich attackiert, um stattdessen eine angenommene Überfremdung, die ganz Deutschland spätestens seit 2015 massiv bedrohe, vor allem in den größeren Städten zu finden. „Die Scheinasylanter“, schreibt Kubitschek (Kubitschek/Elsässer

⁴ Siehe dazu Kapitel 5.



Die Großstadt symbolisiert im Imaginären des rechten Diskurses hingegen Bedrohung, Überforderung und Unübersichtlichkeit. (Foto: Peter Bescherer)

2015: 33) genau diese Tonlage bedienend, „sind zwar diejenigen, die in Massen kommen und mittlerweile sogar schon in die Provinz Sachsen-Anhalts einsickern, möglich ist das aber nur, weil jemand die Stadttore geöffnet hat.“ Bochum, Bielefeld, Berlin, Essen, Duisburg und viele andere Städte kommen also vor allem als jene Räume vor, in denen sich das vermeintliche Dilemma in aller Schärfe zeigt; „Neukölln wird Neu-Aleppo“ lautet eine exemplarische Überschrift (Jungen 2016: 26). Man könnte es auch so formulieren: Die postmigrantischen Städte sind umstandslos das Feindbild rechter Akteure, weil dort die Erosion einer als authentisch imaginierten deutschen Kultur ihren vermeintlich bitteren Anfang nimmt (die mittlerweile auch andere Regionen ergriffen habe).⁵ Integration, die rechte Akteure ausschließlich als Unterwerfung deuten (vgl. Metz/Seeblen 2016), wird immerzu für gescheitert erklärt, was sich vor allem an den (westdeutschen) Städten in aller Dramatik zeige. Wann immer Integration begrifflich oder der Sache nach im Material auftaucht, wird sie negativ verhandelt: als verfehlt, dysfunktional und die authentische Identität zersetzend.

⁵ Das betrifft nicht unbedingt die Stadt als solche, sondern nur große, im weitesten Sinn urbane Zentren. Die Stadt, „zumal die krähwinklige Kleinstadt und die ‚organisch gewachsene‘, auf eine lange und große Vergangenheit zurückblickende Kleinstadt erfreut sich in fast allen Fällen durchaus des Wohlwollens der Großstadtfeinde“ (Bergmann 1970: 8).

Diese mit dramatisierten Beispielen angeereicherten und emotionalisierten Debatten zu großen Städten bespielen zudem beständig eine drastische, kriegerische Tonlage. Die Städte seien nicht nur überfremdet. Migration führe zudem zu „Parallelgesellschaften“, zu „No-go-Areas“, also zu dicht von Nicht-Deutschen besiedelten Vierteln, in denen andere Regeln – die Scharia oder das Faustrecht – gelten würden und wo deutsche Altbewohner*innen unmittelbar die Flucht ergreifen müssten. Mancherorts seien gar bürgerkriegsähnlichen Zustände zu beobachten (Schumacher 2017).⁶ Kurz: Migration, die vor allem in größeren Städten sichtbar ist, wird ausschließlich als Bedrohung wahrgenommen, als Invasion, die sich gegen das deutsche Leben richtet. Die meisten der untersuchten Veröffentlichungen nutzen zur Verstärkung eine erstaunlich breite Palette an rassistischen Begriffen und perpetuieren die schroffe Konfrontation zwischen Freund (die echten Deutschen) und Feind (im Prinzip alle Ausländer*innen, besonders allerdings Muslime und jene, die seit 2015 eingereist sind),⁷ die

⁶ „Mit dem Islam“, heißt es in diesem Text, „kommen andere Kulturen nach Deutschland, die unserem Wertesystem zumeist diametral gegenüberstehen. Multikulturalismus und Frieden können jedoch nicht gleichzeitig existieren. Es herrscht die ganze Zeit – zumindest latent und vor allem an den Bruchlinien der Gesellschaft – Bürgerkrieg.“ (Schumacher 2017)

⁷ Mitunter wird eine Differenz zwischen Eingewanderten früherer Generationen (aus dem ehemaligen Jugoslawien

zwar das ganze Land betrifft, aber in den großen Städten bereits greifbar sei. Reißerische Formulierungen wie „Der Mob, die Stadt und der Tod“ (Perlik 2016) sind keine Seltenheit. Anhand dieser düsteren Skizzen von vermeintlichen großstädtischen Parallelgesellschaften wird ein deutscher Opfermythos aufgebaut, der über kurz oder lang jede Praxis rechtfertigen dürfte. Garniert wird das düstere Bild deutscher Großstädte mit vermeintlich immerzu gewalttätigen linken Szenevierteln, die parallel zur „Umvolkung“ die urbane Lebensqualität gen Null tendieren ließen. Typisch ist ein Compact-Artikel (Dassen 2017c) mit dem Titel „Die gefährlichsten Orte Deutschlands“. Es geht um die Rigaer Straße in Berlin und um Leipzig Connewitz, was die Gefahr von links angeht. Duisburg-Marxloh, Bonn Bad Godesberg, die Dortmunder Nordstadt, das Frankfurter Bahnhofsviertel und die Kölner Domplatte kommen zur Sprache, wenn migrantisch geprägte Quartiere ins Fadenkreuz geraten.⁸

Dieser zeitgenössische Dreh rechter Großstadtfeindschaft, die sich auf Migration konzentriert und eine „terroristische“ linke Gefahr (AfD Frkt BW/Berg u.a. 27.7.2017) in manchen Viertel vermutet, wird auch an einer mancherorts besprochenen Differenz zwischen ost- und westdeutschen Städten erkennbar. Ellen Kositzka (2015) beschreibt gewissermaßen stilbildend ihre „Binnenflucht nach Dresden“. Während in Offenbach, Stuttgart oder Dinslaken als „Multikulturstädte“ ein deutsches Leben schon unmöglich sei, ruhen alle Hoffnungen der Rechten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Die Städte im Westen seien verloren, aber „[d]er Osten leuchtet“ (Elsässer 2017b), heißt es. Einerseits weil die Migrationsquoten vergleichsweise gering sind und andererseits, weil die politische Kultur der DDR das Völkische immer befeuert hätte: „In der DDR blieben Heimatliebe und Nation stets Teil der Alltagskultur. „Bis heute ist der Osten

etwa) und den aktuellen Geflüchteten gemacht. Während die einen arbeitsam und anpassungsfähig seien, seien die anderen nur kulturfremde „Asylforderer“ (Elsässer 2016: 14) ohne Integrationswillen. An diesen Stellen zeigt sich ein auffälliger Nützlichkeitsrassismus (Dağdelen 2015) und der Versuch, ökonomisch schwache ältere Einwandererkohorten zu adressieren.

8 Ähnlich argumentieren Timke (2017) und viele andere.

deshalb patriotischer“, schreibt Martin Müller-Mertens (2017b: 20).⁹ Wenn diese beiden Dinge (also wenig Migration und gleichsam flächendeckende Heimatliebe) zusammenkommen, haben auch Rechte nichts gegen größere Städte. Sie fordern, theoretisch formuliert, eine Ruralisierung der Stadt (vgl. Förtner u.a. 2019).

All die Romantik des Landlebens und der Hass auf (größere, vornehmlich westdeutsche) Städte hilft allerdings nicht. Ganz offensichtlich kann auch die Rechte keinen Bogen um die urbanen Zentren machen, weil sie – neben dem Internet – der vornehmliche Austragungsort von Politik sind. Eine buchstäblich raumgreifende Strategie ist den Texten jedoch kaum zu entnehmen. Selbst dort, wo das von der Identitären Bewegung nach dem Vorbild des Casa Pound in Rom gegründete „Patriotische Zentrum“ namens Kontrakultur (Wessels 2017) – ein Haus in Halle an der Saale als Wohnort und rechter Think Tank – zur Diskussion steht, fehlen Ideen oder Skizzen, wie eine rechte Hegemonie zu etablieren sei. Zwar erfreut sich das Projekt in rechten Kreisen großer Beliebtheit, es sei der „Stachel im Fleisch“ (Pführinger 2018: 42) linker Städte. Schließlich ist unstrittig, dass die neue Landlust nicht den Weg weist und der Kampf um die Städte unerlässlich ist. Wie es aber gelingen soll, besonders die postmigrantischen Städte praktisch und räumlich zu renationalisieren, bleibt auch in rechten Diskursen zur Stadt ungeklärt. Das Städtische ist also vor allem die Oberfläche des politischen Kampfs, ob Stuttgart, Berlin oder die sächsische „Frontstadt“ Leipzig. Die Rechten brauchen jene Räume, die sie aufgrund „verdichteter Unterschiedlichkeit“, hoher nationaler, ethnischer und kultureller Diversität und vermeintlich linker Hochburgen verteuern. Sie müssen gerade dort präsent sein und wahrgenommen werden.

Martin Sellner (2017: 65), Chef der österreichischen Identitären Bewegung, bringt die Zerissenheit der Rechten bezüglich der Städte auf den Begriff. In einer Kolumne skizziert er, dass es zwar individuell gut nachvollziehbar ist, wenn Menschen aufs Land ziehen, sich einen „Waffenschein“ besorgen und mit Reserven eindecken. Dort lebt es sich besser und man „sieht jeden

9 Ähnlich Müller-Mertens (2017a).

Fremden auf hundert Meter“. Sellner kann also die anfangs beschriebene Landlust gut verstehen. Da gegenwärtig allerdings ein „Infokrieg“ im Gange sei, der sich nur dort führen lässt, wo viele Menschen auf engem Raum verkehren, sei es ein egoistischer Akt, aufs Land zu ziehen. Es schadet der Bewegung. Heute „findet eine Stadtflucht statt“, bemerkt er gegen jede Statistik. So könne die Rechte freilich den Informationskrieg nicht gewinnen, und „[d]er Raum, den wir preisgeben, wird sofort von den Fremden besetzt“, die es gleichsam unmittelbar in die Städte ziehe (ebd.).

Der Hass auf (vor allem postmigrantische) Städte ist schließlich, so lässt sich vermuten, weniger einer tatsächlichen Sorge um die Räume geschuldet. Vielmehr prallen im rechten Denken „Urbanität und Provinzialität als Lebensweisen“ (Baumann 2015: 145) schroff aufeinander. Wobei das ethnokulturell Authentische, das „wahre Deutsche“ nur in der Provinzialität überleben könne, weil Gesellschaft als organisch gewachsen und verwurzelt imaginiert wird. Ob diese sich nun räumlich als Stadt oder Dorf darstellt, ist zweitrangig. Nur urban darf sie nicht sein.

4 Umwelt- und Verkehrspolitik: Von „Großstadtnatur“ und „Feinstaubhysterie“

Das Stadtbild, das sich aus den Äußerungen rechter Akteur*innen zu den städtischen Konfliktfeldern Umwelt, Verkehr und Wirtschaft rekonstruieren lässt, ist von großen Widersprüchen geprägt. Während auf der einen Seite das Ideal des Ländlichen in Abgrenzung zur dreckigen, lauten und überfüllten Großstadt beschworen wird (siehe das Kapitel 3 zu Stadtfrust und Landlust), wird die Stadt auf der anderen Seite in ihrer Funktion als Wirtschaftsraum zur Säule des deutschen Wohlstands und zur Heimat des ehrlichen, fleißigen deutschen Arbeiters stilisiert. Umwelt- und verkehrspolitische Themen spielen in der Argumentation rechter Akteur*innen dementsprechend in zwei Hinsichten eine Rolle. Erstens, wenn patriotisch-nationalistisch motivierte Idealvorstellungen eines dörflichen Lebens

inmitten der Stadt verfolgt werden. Zweitens, wenn bestimmte Moralvorstellungen und Werte wie Produktivität oder Freiheit, die mit besagtem städtischen Arbeiter- und Wohlstandsideal einhergehen und die die Rechten für sich beanspruchen, auf dem Spiel stehen.

Tatsächlich ist das Wunschbild einer ‚guten‘ Stadt aus Sicht der rechten Akteur*innen erstaunlich ‚grün‘ – zumindest, was das gewünschte äußerliche „Erscheinungsbild der Stadt“ (AfD Frkt ST 17.10.2015) anbelangt. So wurden von Seiten der AfD zahlreiche Pläne zur Begrünung – etwa durch städtische Kräuter- und Streuobstwiesen für Mensch und Biene (AfD Frkt ST/Klingler 15.12.2017) – sowie Anträge zum Erhalt und zur Erneuerung des Baumbestandes in den Stuttgarter Gemeinderat eingebracht (AfD Frkt ST 17.10.2015). Welche Bedeutung dem „schützenswerte[n] Naturgut“ (AfD Frkt ST 16.10.2015c) beigemessen wird, fasst die umweltpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion Hamburg, Andrea Oelschläger, wie folgt zusammen: „Denn viel Grün in der Stadt bedeutet mehr Lebensqualität. In einer wachsenden Stadt sollte auch der Baumbestand wachsen.“ (AfD Komp 9.12.2016) Im Widerspruch zur bundesweiten Forderung der AfD nach dem Ausbau und der Sanierung innerstädtischer Straßen, Brücken und Tunnel (vgl. u.a. AfD Frkt ST 2015b; AfD Frkt ST/Klingler 19.4.2018; AfD BV 2013-2019a) spricht sich Oelschläger implizit gegen die Nachversiegelung im urbanen Raum aus: „Malerische Naturlandschaften im Miniaturformat werden unter Schutz gestellt, dafür verschwinden die

Das Stadtbild rechter Akteure*innen ist von großer Widersprüchlichkeit geprägt.

Grünflächen anderswo in der Stadt umso schneller und großflächiger.“ (AfD Komp 25.7.2018) Der Wunsch nach der Verschmelzung eines städtischen Natur- und Kulturrums – bzw. der Wunsch nach Land inmitten der Stadt – kommt in einem Antrag der AfD Gemeinderatsfraktion Stuttgart zur Verbesserung der Anbindung an das „Naturidyll“ Stuttgarter Bärenschlössle zum Ausdruck (AfD Frkt ST 17.7.2017). Entgegen



Anti-Fahrverbotsprotest in Stuttgart (Foto: Anne Burkhardt)

des üblicherweise von der AfD hervorgebrachten Plädoyers für den (motorisierten) Individualverkehr (vgl. u.a. AfD Frkt BW 1.6.2017; AfD Frkt BW 17.7.2017) sprechen sich die AfD-Abgeordneten Bernd Klingler und Lothar Maier in diesem Fall für eine Kombination aus öffentlichen und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln – Elektrofahrzeuge und Seilbahnen – aus. Dass die im Antrag „Bärenschlössle für alle“ anklingende Solidarität der AfD¹⁰ in Wahrheit exkludierenden Charakter hat, zeigt sich in verschiedenen Dokumenten, in denen umweltpolitische Argumente vorgebracht werden, um Zuwanderung und die Aufnahme Geflüchteter zu begrenzen (vgl. die Kapitel 5, 6 und 7). So wendet sich der Stuttgarter AfD-Stadtrat Klingler gegen die Errichtung von Aufnahmeeinrichtungen auf dem Boden städtischer Bolzplätze oder Landschaftsschutzgebiete und fordert stattdessen „Politik für die Menschen [zu] machen, die auch die Stadt Stuttgart zu dem gemacht haben, was sie ist“ (AfD Frkt ST/Klingler 16.7.2015). In ähnlicher Weise wettet Volker Kempf in der „Jungen Freiheit“ gegen die „Mas-

seneinwanderung [...] ohne Obergrenze“, die eine Überbevölkerung der Städte (hier: Freiburg) und somit die Verfehlung der auf geringere Einwohnerzahlen abgestimmten Klimaziele zur Folge habe (Kempf 2017).

Das Gegenstück zum hier skizzierten Ideal der „Großstadtnatur“ (JF 2017) besteht für die rechten Akteur*innen in der Vorstellung einer dreckigen, lauten und überfüllten Stadt, die sie in Hinblick auf die städtische Verkehrsinfrastruktur nur allzu oft bestätigt sehen. Einhellig fordert die AfD in den Untersuchungsstädten Leipzig und Stuttgart eine Reduzierung und schnellere Auflösung von innerstädtischen Verkehrsbaustellen, da diese den Verkehrsfluss behinderten und zu einer Erhöhung des Lärms und der Abgasemissionen beitragen (AfD Frkt LE 13.12.2017; AfD Frkt ST 22.7.2015). Insbesondere die Dauergroßbaustelle Stuttgart 21 ist der AfD ein Dorn im Auge. So beklagt der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Baden-Württemberg Bernd Gögel, bekennender Protegier des Diesel und Leugner des gesundheitsgefährdenden Risikos durch emissionsbedingten Feinstaub (AfD Frkt BW 24.2.2017), eine unzumutbare Belastung durch „Lärm, Staub und Dreck auch an Sonn- und Feiertagen“ für die „geplagten Anwohner“ (AfD Frkt BW 20.3.2017). Deren Recht auf

¹⁰ Ziel des Antrags ist es, dass „das Bärenschlössle für alle Menschen erlebbar wird, auch für diejenigen, denen der Weg dorthin aus Alters- oder Gesundheitsgründen zu beschwerlich ist“ (AfD Frkt ST 17.7.2017).



Stuttgart – Weltstadt zwischen Wald und Reben (Quelle: Rainer Kaelcke, CC BY-SA 3.0)

saubere Luft erkennt die AfD zwar prinzipiell an (AfD Frkt BW 17.7.2017),¹¹ für die Feinstaubbelastung in Großstädten zieht sie jedoch in erster Linie nicht den Autoverkehr, sondern die Privathaushalte, die Industrie sowie Großbaustellen wie S-21 in die Verantwortung (Steinwandter 2017; AfD Frkt BW 24.2.2017). Dieser Interpretation entsprechend werden verkehrspolitische Lösungsansätze wie die „Blaue Plakette“, Umweltzonen oder Diesel-Fahrverbote, die auf eine Reduzierung von Autoabgasen im urbanen Raum abzielen, als „Unsinnforderungen“ (AfD Frkt SN 2.3.2017) abgetan. Um der vermeintlichen „Klimapanik und Feinstaubhysterie“ (AfD KV ST 22.9.2017) der „durchgrünerten Kartellparteien“ (AfD Frkt BW/Stauch 15.11.2018) etwas entgegenzusetzen, inszenieren sich die verkehrspolitischen Sprecher der AfD gerne als technisch versierte Experten und Fürsprecher¹² der betroffenen Autofahrer*innen. So werden zur Bekämpfung des Feinstaubproblems etwa die „Nassreinigung betroffener Hauptverkehrsstraßen und/oder Luftfiltration z.B. nach dem

11 Gögel (AfD) findet es sogar angebracht, wenn feinstaubgeschädigte Bürger*innen den Stuttgarter Oberbürgermeister wegen „Körperverletzung mit Todesfolge und unterlassener Hilfeleistung“ (AfD Frkt BW 25.1.2017) anzeigen.

12 Auf gendergerechte Schreibweise wird hier bewusst verzichtet, da die rechten Akteure, die sich zu verkehrspolitischen Themen äußern, in überwältigender Mehrheit männlich sind. Analog gilt diese Regel auch für andere Stellen in diesem Text, die sich ausschließlich oder in erster Linie auf Männer beziehen.

Ecovac-System“ (AfD Frkt BW 17.7.2017) oder die Einrichtung „Intelligente[r] Ampelschaltungen“ zur Begünstigung „Grüne[r] Wellen“ (AfD Frkt BW/Herre 17.7.2018) angepriesen, während konventionellere Ansätze wie der Ausbau von innerstädtischen Tempo-30-Zonen mit dem Argument zurückgewiesen werden, dass die Stadtverwaltungen den Verkehr „lahmlegen“ (Berthold 2016a) wollten. Auf eine „Lahmlegung des städtischen Lebens“ (AfD Frkt BW/Herre 17.7.2018) und eine „Verödung der Innenstädte“ (AfD Frkt BW/Wolle 10.7.2018) ziele auch die zur Stau-Verminderung diskutierte City-Maut für auswärtige Fahrzeuge ab. Den baden-württembergischen AfD-Politiker*innen zufolge würde deren Einführung den Zusammenbruch des innerstädtischen Einzelhandels, der Tourismus- und Baubranche sowie des öffentlichen Nahverkehrs bewirken (AfD Frkt BW/Herre 17.7.2018; AfD Frkt BW 29.3.2017). Letzterer wird im Kontrast zum ‚freiheitlichen‘ Individualverkehr zwar häufig als „sozialistische[s] Experiment[] auf dem Rücken der Steuerzahler“ (AfD Komp 25.9.2018) stigmatisiert, seine Bedeutung für eine wünschenswerte Mobilität in der Stadt wird in den Quellen jedoch durchaus kontrovers diskutiert. Während die AfD überwiegend die Wichtigkeit eines schnellen, günstigen und gut getakteten öffentlichen Nahverkehrs neben dem schützenswerten Individualverkehr betont und seinen Ausbau verlangt (AfD Frkt ST 2015b; AfD Frkt BW 25.1.2017), sind die Öffentlichen Verkehrsmittel für die Autor*innen der Jungen Freiheit und des Compact-Magazins ein Ort der Unsicherheit, des Zwangs und der Überwachung: „Doch dort wird man von Bettlern, Musikanten, Obdachlosenzeitungsverkäufern oder einfach nur armen Irren genervt. Inzwischen auch regelmäßig beklaut, geschlagen, vergewaltigt oder sogar getötet“, meint Ronald Berthold (2016b). „In einen Kollektivverkehr gepresst, lassen sich die Menschen leichter gängeln, steuern und kontrollieren“, ergänzt Carl Reinhold (2018: 35). Um den angeblich unzumutbaren Zuständen und der Überwachungs-maschinerie des Staates zu entgehen, würden die Bürger*innen Nicolaus Fest (2018) zufolge geradezu in den Individualverkehr getrieben. Und eben dieser, so die verschwörungstheoretisch anmutende Interpretation einiger Autor*innen,

solle nun in Gestalt von Diesel-Fahrverboten durch ein Konglomerat aus Autoindustrie, Deutscher Umwelthilfe, Grünen und CDU sowie der IG-Metall abgeschafft werden, und zwar mit der Absicht, so Oliver Hilburger von der rechten Betriebsratsliste Zentrum Automobil, „das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands zu zerstören“ (Elsässer 2017c: 27).

Die Debatte um Fahrverbote für Diesel-PKW in feinstaubbelasteten Städten nimmt innerhalb der untersuchten Dokumente einen großen Raum ein. Die verhältnismäßig heftige Reaktion der rechten Autoren könnte zum einen damit zusammenhängen, dass mittels des Diesel-Konflikts, wie noch gezeigt werden soll, traditionell ‚männlich‘ konnotierte Werte wie Freiheit, Autonomie und Produktivität gesellschaftlich ausgehandelt werden. Die Stadt wird in diesem Zusammenhang zum Austragungsort eines Kampfes um diese Werte und Ideale, die es nach Auffassung der rechten Akteure zu verteidigen gilt.

Zum anderen ist der Diesel-Konflikt innerhalb der rechten Argumentation eng an die Vorstellung von Stadt als Wirtschaftsstandort und, damit zusammenhängend, als Heimat bzw. Wirkstätte des Arbeiters geknüpft. Dieser wird in den Quellen implizit als pünktlich und arbeitswillig (vgl. AfD Frkt BW/Herre 17.7.2018), wenngleich als „wirtschaftlich weniger gut gestellt“ (AfD Frkt ST 2015a) und potenziell von Arbeitslosigkeit bedroht (Serafin 2017; AfD Frkt BW/Herre 4.12.2018) charakterisiert. Die ihm zugeschriebene Opferrolle wird von der AfD gleichsam herangezogen, um sich im Diesel-Konflikt – etwa im Rahmen ihrer bundesweiten „Ja zum Diesel“-Kampagne (AfD BV 2013-2019b) – als Interessenvertreter des ‚kleinen Mannes‘ zu profilieren. Ihre vermeintliche Sorge um Handwerker, Fabrikarbeiter und Pendler tragen insbesondere die Stuttgarter AfD-Funktionäre in zunehmend direkter Form an potenzielle Betroffene (und somit an potenzielle Wähler) heran, indem sie mit Flugblättern und Transparenten vor den Werktoeren von Daimler, Porsche, Bosch und anderen Spalier stehen (exemplarisch: AfD KV ST 3.8.2018) oder regelmäßige Pro-Diesel-Demonstrationen am Stuttgarter Neckartor veranstalten (exemplarisch: AfD KV ST 7.6.2018). Auch der durch die Fahrverbote angeblich bedrohte Einzelhandel

in den Innenstädten steht unter dem Schutz der AfD-Politiker*innen, deren Engagement für diesen Wirtschaftszweig sich in diversen Anträgen zum Erhalt innenstadtnaher Parkmöglichkeiten niederschlägt (exemplarisch: AfD Frkt ST/Brett 13.7.2017; AfD Frkt LE 22.6.2016).

Als „Kernindustrie“ und „Rückgrat“ (AfD KV ST 19.1.2019) der deutschen Wirtschaft gepriesen, kommt der Automobilindustrie im Diskurs der Rechten eine exponierte Stellung zu. Das Auto – genauer gesagt das ‚echte‘ Auto mit Verbrennungsmotor – wird dabei mit traditionell ‚männlichen‘ Attributen und Werten wie Sachverstand, Entwicklergeist und Produktivität bzw. Freiheit, Flexibilität und Autonomie verknüpft. Beispiele hierfür finden sich sowohl in Beiträgen des Compact-Magazins, wo schwärmerisch über die Erfindung des Autos durch Carl Benz erzählt¹³ oder das mit dem Fahren verbundene Freiheitsgefühl gepriesen wird.¹⁴ Parteipolitische Dokumente der AfD, die sich über die „Bevor-

Als „Kernindustrie“ und „Rückgrat“ der deutschen Wirtschaft gepriesen, kommt der Automobilindustrie im Diskurs der Rechten eine exponierte Stellung zu.

mundung“ und „Aufgabe von Freiheitsrechten“ (AfD KV ST 30.7.2017) echauffiert und in ihren Redebeiträgen häufig eine Nähe zur Arbeiter-Perspektive suggeriert,¹⁵ sprechen die gleiche Sprache. Gleichzeitig seien Autos – diese „vollendeten Konstruktionen aus Aluminium, Kohlefaser und Titan“ (Dassen 2017a: 56) – Ausdruck eines ursprünglichen, ungezügelter Lebensgefühls: „Es bedeutet, die Freundin zur Ausfahrt

13 „Mit viel Muskelkraft dreht Benz das Schwungrad des Einzylinder-Ottomotors“ (Dassen 2017a: 56).

14 „Elegant und grazil wie ein Panther, der sich aus dem Dickicht wagt, rollt das filigrane Kraftpaket aus der gepflasterten Einfahrt, und mit jedem Meter wächst das Gefühl von Freiheit in der eigenen Brust.“ (Dassen 2016: 51)

15 „Nach einem langen Arbeitstag waren zahlreiche engagierte AfD-Mitglieder des Kreisverbands nochmal unterwegs. Wir wollen den Diesel retten und damit auch die Arbeitsplätze hier in der Region Stuttgart!“ (AfD KV ST 12.10.2018)

einladen oder mit den Jungs gen Sonnenuntergang brettern zu können.“ (ebd.: 58) Auch in der beinahe zärtlichen Bestimmung des Fahrzeugs als „ein Freund, ein Teil der Familie“ und „des Deutschen liebstes Kind“ wird die „tiefe Verbundenheit von Mann und Maschine, Ross und Reiter“ beschworen (Dassen 2016: 51f.). Entsprechend vehement wehren sich die rechten Akteure gegen die Diesel-Fahrverbote, die sie als Eingriff in die Freiheits-, Besitz- und Grundrechte der Bürger wahrnehmen. Compact-Autor Marc Dassen zufolge, der in diesem Zusammenhang einen „kluge[n] Kommentator“ der FAZ zitiert, geht es bei den Fahrverboten „nur vordergründig um den Diesel [...]. Dahinter steht die Ablehnung des Autos, des für persönliche Freiheit stehenden Individualverkehrs als Ganzes“ (Dassen 2017b: 28). Die AfD-Fraktion Stuttgart sieht in den Fahrverboten sogar eine umfassende Rechtsverletzung: „Maßnahmen solcher Art und Breite sind normalerweise nur durch Ausrufung des Notstands und durch Notstandsrecht zu rechtfertigen, nicht durch den Wunsch nach beschleunigter Verbesserung der Luft.“ (AfD Frkt ST 2015a) Gegen das angeblich von „linksextremistische[n] Verbotsfetischisten“ (AfD Frkt SN 20.7.2017) oktroyierte Unrecht wehrten sich in Stuttgart im Zeitraum von Januar 2019 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums im April 2019 jede Woche tausende Demonstrierende aus unterschiedlichen politischen Lagern,¹⁶ deren zentrale Argumente und Schuldzuweisungen, meist von männlichen Rednern hervorgebracht, sich nur unwesentlich von denen der Autoren der untersuchten Dokumente unterscheiden.¹⁷ Dem von den rechten Akteuren konstruierten politischen Gegner – dem „Diesel-Hasser“ (AfD Frkt SN 1.8.2017) – un-

terstellen sie häufig traditionell ‚weibliche‘ Eigenschaften wie Unsachlichkeit, Sicherheitsbedürfnis sowie eine Tendenz zur (mütterlichen) Belehrung. So ist nach Ansicht der Rechten an der „Enteignung per Verordnung“ (Steinwandter 2017) die auf „Gängelung“ (AfD Frkt ST/Fiechtner 26.7.2017) und „Umerziehung“ (AfD Frkt BW 1.6.2017) ausgerichtete Politik der Grünen und von ‚Mutti‘ Merkel schuld (AfD Frkt BT/Spaniel 7.6.2018); die öffentliche Debatte sei von „Öko-Hysterie“ (Reinhold 2018: 34), „Öko-Romantik“ (Dassen 2017a: 57) und „ideologischer Verblendung“ (AfD Frkt ST/Fiechtner 29.6.2017) geprägt, welche in „kopflös, ideologisch und faktenfrei“ (AfD KV ST 27.7.2018) entwickelten Lösungsansätzen wie dem ‚leistungsschwachen‘ E-Auto, dem ‚sicherheitsfanatischen‘ autonomen Fahren oder dem ‚statusniedrigen‘ Fahrrad mündeten.¹⁸ Um Abgrenzung bemüht, inszenieren sich die rechten Akteure als starke männlich-nationalistische Identitäten („Der Deutsche hat Benzin im Blut“ (Dassen 2017a: 58), als sachkundige Experten (etwa in Hinblick auf die Praxis der Feinstaubmessung oder die Festlegung der Grenzwerte (AfD Frkt BT/Gottschalk 20.4.2018; Paulwitz 2017)) sowie als Anwälte der Betroffenen, welche bezeichnenderweise überwiegend in der Männlichkeitsform angesprochen werden. Dass für die ‚Diesel-Aktivist:innen‘ tatsächlich mehr auf dem Spiel stehen könnte als nur ihr Auto, vermutet auch Serkan Senol, Industriemechaniker, Betriebsrat bei Daimler und Unterstützer der Anti-Fahrverbots-Proteste. In Bezug auf die „Autostadt“ (AfD Frkt ST/Klingler 19.4.2018) Stuttgart, wo sich einerseits die Automobilindustrie mit zwei Produktionsstandorten und zehntausend Beschäftigten konzentriert und andererseits die Proteste gegen Diesel-Fahrverbote ihren Ausgang nahmen, erklärt Senol den speziellen Geist der ortsansässigen Pro-Diesel-Bewegung mit der identitätsstiftenden Funktion des Autos für den deutschen (hier: schwäbischen) Mann: „Was dem Ami sei Knarre, das ist dem Schwabe sei Karre“ (zit. n. Fuchs 2019). Bleibt zu hoffen, dass nicht geschossen wird.

16 Neben der seit Januar 2019 wöchentlich stattfindenden unparteilichen Demonstration des Porsche-Mitarbeiters Joannis Sakkaros werden in unregelmäßigen Abständen Kundgebungen der AfD sowie der FDP, CDU und der Freien Wähler abgehalten.

17 Diese Einschätzung beruht auf teilnehmende Beobachtung an verschiedenen (parteilichen und unparteilichen) Anti-Fahrverbots-Demonstrationen und Kundgebungen in Stuttgart zwischen Februar und April 2019, durchgeführt von den PODESTA-Mitarbeiterinnen des Internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen.

18 Zur Ablehnung der E-Mobilität siehe exemplarisch Dassen 2017a und Reinhold 2018; zum autonomen Fahren Dassen 2016; zum Fahrrad Brandstetter 2018.

5 Wohnen und Mieten: Die Stadt als Kampffeld

Hohe Mieten und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum stellen Probleme dar, die in den letzten Jahren bestimmend für den Lebensalltag der Menschen in vielen deutschen Großstädten geworden sind. In rechten Veröffentlichungen wird dieses Thema bislang jedoch wenig aufgegriffen, zumeist in Reaktion auf wohnungspolitische Aktivitäten der anderen Parteien. Vertreten werden in der rechten Argumentation zum einen marktliberale Positionen,¹⁹ zum anderen wird die Wohnungsfrage nationalistisch aufgeladen, indem die Wohnungsknappheit auf den Zuzug von Geflüchteten zurückgeführt wird.

In den rechten Veröffentlichungen werden hauptsächlich folgende Ursachen für fehlenden (günstigen) Wohnraum und steigende Mieten ausgemacht:²⁰ Es finde zu wenig Neubau statt, da – abgesehen von den gestiegenen Grundstückspreisen – vor allem politische „Fehl“-Entscheidungen und Bürokratisierung die Baunebenkosten nach oben trieben. So sei die Grundsteuer zu hoch, es müssten Auflagen „wie überdachte Fahrradstellplätze oder begrünte Flachdächer“ (AfD Frkt BW 23.12.2016) eingehalten werden,

Die vorherrschende Metapher in der Wohnungspolitik der Rechten ist der Kampf.

die Genehmigungsverfahren dauerten zu lange und die Mietpreisbremse führe zu Gewinneinbußen, was Anreize für Neubauten verringere. Die Vermietung von Wohnraum werde durch Vorschriften zur energetischen Sanierung und durch

¹⁹ Allerdings werden ab und zu auch sozialpolitische Forderungen bzw. Thesen aufgestellt, vgl. dazu: AfD Frkt BT 23.5.2018; AfD Frkt ST 2015c; AfD Komp/Pohl 1.10.2018; Kaiser 2018b. Manche dieser sozialpolitischen Forderungen werden jedoch gleich wieder abgeschwächt, indem zum Beispiel mehr sozialer Wohnungsbau stattfinden soll, jedoch mit einer verkürzten sozialen Bindung für die Bauherren (AfD Komp 8.6.2018).

²⁰ Vgl. als knappe Zusammenfassungen der rechten Positionen: AfD Komp 14.5.2018a; Fischer 2016.

Vertreten werden in der rechten Argumentation zum einen marktliberale Positionen, zum anderen wird die Wohnungsfrage nationalistisch aufgeladen.

Energiesparverordnungen erschwert, welche die Kosten der Eigentümer*innen in die Höhe trieben und Investitionsanreize durch „überbordende Bürokratie“ (AfD Frkt BW/Baron 4.12.2018) blockierten. Der Wohnungsmarkt sei „durch grüne und rote Ideologen in seiner Funktion erheblich gestört“ (AfD Frkt BW/Baron 2.2.2017). Ebenfalls wird gelegentlich die Vernachlässigung des Sozialwohnungsbaus thematisiert und als Grund für den Mangel an günstigem Wohnraum angeführt.²¹ Der immer wieder behauptete „Massenzustrom von Asylbewerbern“ (AfD Frkt BW 2.10.2018) in die Städte gilt zudem als Ursache für den knappen Wohnraum.

„Ohne Zuwanderung hätten wir einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Wer nur ein niedriges bis mittleres Einkommen zur Verfügung hat, findet heute in Karlsruhe keine bezahlbare Wohnung. Die Politik der offenen Grenzen muss schnellstens beendet werden!“ (AfD Frkt BT 8.6.2018; ähnlich Folger 2018 u. Fischer 2017)

Basierend auf diesen von der AfD vermuteten Ursachen führt die AfD folgende politische Lösungen im Programm: In erster Linie solle der Neubau von Wohnungen durch die Senkung der Grunderwerbssteuer und reduzierte Vorschriften erleichtert werden (vgl. AfD Frkt BW/Podeswa 11.7.2018; AfD Komp 19.7.2017). Ziel ist die Förderung privaten Immobilienbesitzes, so dass die Eigentümer*innen nicht der Unbill des Mietmarktes ausgesetzt seien (vgl. AfD Komp 8.6.2017; Möller 2018).²² Wer sich

²¹ Vgl. AfD Frkt BW/Baron/Berg 22.5.2018. Solche Äußerungen widersprechen dem ansonsten zumeist vertretenen Marktliberalismus. Dies könnte den Konflikt in der Rechten zwischen Marktliberalismus und Sozialprotektionismus widerspiegeln oder aber dazu dienen, das Versagen der Regierungsparteien aufzuzeigen.

²² In der konkreten Politik führt die Forderung nach

auf dem Mietmarkt bewegt, solle sich unabhängig von staatlichen Eingriffen durchsetzen können, die als „ideologischer Wahnsinn“ (AfD Frkt BW 23.12.2016), „Ökobürokratie“ (AfD Frkt BW/Baron 21.9.2018) oder „sozialistisch“ (AfD Komp 8.6.2017) bezeichnet werden.²³ Zudem solle der Zuzug durch Migration gestoppt werden, indem die Grenzen geschlossen und mehr Geflüchtete abgeschoben werden. Wie im Kapitel 7 beschrieben, wird auch bei der Wohnungsfrage der Versuch unternommen, die „Grenze“ an die Stadt zu verlagern, als Schutzwall für die jeweilige Kommune und ihren Wohnungsmarkt. Ein mögliches Mittel dazu sieht die Rechte in einer „negativen Wohnsitzauflage“, also einem Zuzugsstopp für Geflüchtete in bestimmten Kommunen (vgl. AfD Frkt BW/Gögel/Grimmer 6.4.2018).

In den Texten zeigt sich deutlich, dass die rechte Wohnungspolitik mehr für den Mittelstand konzipiert ist, denn, so die rechte Argumentation, für Transferleistungsempfänger*innen „da zahlt’s das Amt“ (Fischer 2016). Der Erwerb von „freistehenden Einfamilienhäusern“ (AfD Frkt ST/Klingler 19.10.2017) bzw. Immobilienbesitz als Altersvorsorge (AfD Komp 14.5.2018a) kann nur von Normal- oder Besserverdiener*innen finanziert werden. Die Rechten haben zumeist Privatleute mit kleinem Immobilienbesitz als Vermieter*innen im Blick (vgl. AfD Frkt ST 16.11.2017). Eine spezifisch städtisch-urbane, heterogene Lebensweise wird mit dieser Politik nicht abgebildet. Die Mittelschichtsfamilie mit Häuschen wird als normales Lebensmodell

mehr Wohnungsbau allerdings nicht dazu, dass die AfD stets Ausweisungen von Bauland oder Nachverdichtungen begrüßt – in vielen Fällen ist ihr der Erhalt einer spezifischen Stadtidentität wichtiger. Diese Stadtidentität bezieht sich hierbei zumeist jedoch nicht auf typisch urbane Bauten, sondern eher auf innerstädtische Natur: Stadtparks (AfD Komp 21.3.2018), Ruhe- und Erholungsflächen wie Kleingärten (AfD Komp 23.4.2018) oder Naturflächen am Stadtrand. „[D]er Charakter der Stadt, einer Weltstadt zwischen Wald und Reben, solle erhalten bleiben“ (AfD Frkt ST/Klingler 27.7.2016). Vgl. dazu auch das Kapitel 4.

²³ Kritik am Luxuswohnungsbau (vgl. AfD Komp 21.3.2018) und Forderungen nach Ausweitung öffentlicher Wohnungsbestände (vgl. AfD Frkt ST/Klingler 10.10.2017) werden zwar vereinzelt erhoben, bleiben aber (bisher) die Ausnahme.

in Deutschland unterstellt. Heterogenität in der Stadt bezieht sich, wenn sie überhaupt thematisiert wird, auf das Angebot an Arbeitsplätzen

Die stetige Thematisierung der Zuwanderung in Artikeln zum Wohnen führt zu einer Unterordnung der Wohnungsfrage unter die „Migrationsfrage“.

und Geschäften (vgl. AfD Frkt ST 2015c) oder auf die Vielfalt an Häusertypen, also frei gewählte Architektur statt „normierte Neubauten“ (AfD Komp 27.2.2018). Andere Lebenssituationen werden entweder nicht behandelt oder, wie bei Alleinlebenden, Studierenden oder Hartz-IV-Empfänger*innen, dann, wenn es um die große Zahl von Single-Haushalten als Ursache der Wohnungsnot geht (vgl. JF 2016) oder sie als Begünstigte linker Klientelpolitik dargestellt werden (vgl. AfD Komp 28.6.2017).²⁴ Sie kommen auch ins Spiel, wenn deutsche Opfer der „unkontrollierten Masseneinwanderung“ (AfD Komp 30.5.2017) beklagt werden:

„Wie zügig es gehen kann, zeigte der Vermieter Ugur Kalkan in einer SMS an eine 28-jährige Hartz IV-Empfängerin [...]. ‚Pack Deine Sachen, hau ab, morgen kommen die Asylanten‘ [...]. Eine Woche war die Betroffene obdachlos und holte sich eine handfeste Erkältung.“ (Müller-Mertens 2015a: 26)

Die vorherrschende Metapher in der Wohnungspolitik der Rechten ist dementsprechend der Kampf. In den Städten herrsche ein „gna-

²⁴ Eine Ausnahme davon ist AfD Komp 21.3.2018. In Stuttgart wird zwar die Zahl an Alleinlebenden (darunter Studierende, Monteure, Arbeitsnomaden etc.) von den örtlichen (teilweise ehemaligen) Mitgliedern der AfD ins Visier der Politik genommen (vgl. AfD Frkt ST 14.6.2018). Die Lösungen tendieren aber mit Containerwohnungen, Hausbooten und Wohnraum über Straßen zu einer generellen Absenkung von Wohnstandards (Discount-Wohnen) und schieben diese Lebensweisen in teilweise unattraktive oder abgesonderte Lagen (über Straßen, auf Dächer, an den Fluss) ab.

denloser Kampf um preisgünstigen Wohnraum“ (Schreiber 2017c). Wohnraum sei ein knappes Gut, um das verschiedene Gruppen „harte“ Auseinandersetzungen, ja sogar einen „Mieterkrieg“ (Schreiber 2017b) führten, was „wenige Profiteure und viele Verlierer“ produziere (AfD Frkt SN 9.12.2015).

Die Kampfmetapher erweist sich für die rechte Politik als nützlich, denn sie vermag marktliberale mit nationalistischen Positionen zu verknüpfen und kann zudem die politischen Gegner*innen diskreditieren. Die marktliberale Sichtweise sieht den Markt als beste Organisationsform für die Verteilung und Bereitstellung von Wohnraum, indem die „unsichtbare Hand“ durch Konkurrenz, das heißt Kampf zur Wirkung kommt.²⁵ Aus dieser Perspektive sind die politischen Gegner*innen diejenigen, die wider alle Vernunft die natürliche Ordnung des Marktes stören und dabei den Marktteilnehmer*innen mit der „Fiskalschraube“ (AfD Frkt BW/Baron 2.2.2017) und „jeder Menge Schikanen“ (ebd.) Gewalt antäten. Freiheit hingegen sei nur durch Bürokratieabbau, also durch das Zurückdrängen des als repressiv empfundenen Staates zu erreichen (vgl. AfD Komp 27.2.2018).

Der angebliche Kampf deutscher Mieter*innen gegen der „Flüchtlingslobby“ angehörenden Vermieter*innen und gegen Migrant*innen wird vor allem durch die rechten Zeitschriften, insbesondere Compact, ausführlich, drastisch, emotional und anschaulich geschildert. Auf der einen Seite werden tüchtige, ordentliche, gewissenhafte Deutsche mit Eigennamen porträtiert, die eine „Tragödie“, „Vertreibungen“ (Müller-Mertens 2015b: 14) oder sogar eine „humanitäre Katastrophe“ (ebd.: 15) erleiden. Auf der anderen Seite stehen unbarmherzige, zynische und geldgierige Vermieter*innen (seien es Privatpersonen, Kirchen oder Kommunen), welche die Deutschen stets kurzfristig aus ihren Wohnungen werfen, damit dort gesichtslose, entindividualisierte Geflüchtete auf Steuerkosten einziehen können (vgl. Müller-Mertens 2015a). „So geht es inzwi-

schen zu in diesem Land! Deutsche müssen ihre Wohnungen räumen – Somalier, Afghanen, Pakistani, Iraker, Syrer oder Nigerianer ziehen ein.“ (Gockel 2016a: 34) In diesen Artikeln sollen zwar Solidarität und Mitgefühl erzeugt werden, jedoch in ausschließender Weise für die Gemeinschaft der Deutschen, bei denen Solidarität „natürlich“ durch „Nation, Familie, Religion“ (Kleine-Hartlage 2017: 15) gewachsen sei. Bei Geflüchteten wird das Bild von Not und schwerem Schicksal tunlichst vermieden, sie verlieren als Teil einer Masse an Individualität und Menschlichkeit. Es ist damit leichter, die Behauptung zu legitimieren, dass die Deutschen ihrerseits keine solidarischen Gegenleistungen von Migrant*innen zu erwarten hätten (ebd.).

Die Kampfmetapher wird auch in nicht-rechten Darstellungen zur Wohnungsknappheit als „Kampf von Reich gegen Arm“ immer wieder angewandt. Doch es wird deutlich, dass die Rechte dies in das Bild eines „Kampfes der Kulturen“ überführen will:

„Wieder einmal zeigt sich: Die wichtigsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Neuzeit werden primär nicht von sozialen Differenzen und Zumutungen angetrieben, sondern von kulturellen. Der Verlauf der Gentrifizierung beweist es.“ (Stoltz 2017)

Die rechten Beiträge zur Debatte spielen dabei hauptsächlich sozial Benachteiligte gegeneinander aus: Es wird gerade nicht ein möglicher kultureller Kampf zwischen urbanen, gutverdienenden Deutschen mit urbanen, gutverdienenden Zuwanderern thematisiert, sondern vor allem „eine Konkurrenzsituation zwischen Geringverdienern und Flüchtlingen“ (AfD Frkt BW 18.1.2017).

„Momentan wird der Flüchtlingszustrom noch durch Container, Gemeinschaftsunterkünfte oder teuer angemietete Hotels vom Wohnungsmarkt ferngehalten, doch spätestens mit der Familienzusammenführung konkurrieren arbeitsmarktferne Syrer, Iraker oder Afghanen mit einkommensschwachen

25 Nicht alle Artikel preisen die Wirkungen des Marktes an (vgl. Schreiber 2017b). Dies zeigt exemplarisch, dass die Rechte derzeit gespalten ist, ob sie eine eher marktliberale oder eine eher soziale Politik betreiben soll.

Deutschen, EU-Bürgern und länger hier lebenden Türken um die gleichen preiswerten Wohnungen – mit unabsehbaren Folgen.“ (Schreiber 2017c)

Die ständige Betonung, dass Geflüchtete durch Steuergelder finanziert würden, sowie der rechte Vorwurf, dass die aktuelle Politik Geflüchteten am Wohnungsmarkt Vorteile verschaffe,²⁶ produzieren Sozialneid und das Gefühl einer Benachteiligung der Einheimischen.

„Und während der arbeitende Mittelstand die wachsenden Mietbelastungen durch Konsum- und Sparverzicht selbst tragen muß, ist für Flüchtlinge und ihre bald nachkommenden Familien sowie die aus- und inländischen Geringverdiener der Staat – sprich: Steuerzahler – zuständig. Wer Hartz-IV-Anspruch hat, von dem werden die Mietkosten übernommen, im Zweifel koste es, was es wolle.“ (Schreiber 2017b)

Die stetige Thematisierung der Zuwanderung in Artikeln zum Wohnen führt zu einer Unterordnung der Wohnungsfrage unter die „Migrationsfrage“ selbst bei den Beiträgen, in denen keine Konkurrenzsituation zwischen Deutschen und Geflüchteten behauptet wird:

„Erschwinglicher Wohnraum ist natürlich wichtig. Er hat aber zu einer Ghettobildung und zu Parallelgesellschaften geführt, die ethnischen Deutschen keinen angenehmen Aufenthalt ermöglichen.“ (Rüdig 2018)

Die Bilder von knappen Gütern und Kampf wirken sich auch grundsätzlich auf die Konstruktionen von Stadt und Land durch die Rechten aus. Soll das Bild des Kampfes zwischen Deutschen und Ausländer*innen in der Stadt aufrechterhalten werden, wird zumeist auf die

²⁶ Das heißt Geflüchteten schneller als Deutschen Sozialwohnungen zuweise (Schreiber 2018), kürzere Bauzeiten (Pellack 2018; AfD Frkt SN 29.10.2015) und qualitativ bessere Wohnstandards (AfD Frkt ST 12.5.2016) ermögliche sowie trotz klammer Finanzen viel Geld für die Geflüchteten ausgabe (Gockel 2016b: 25; IB Schw 27.1.2018).

positive Schilderung des ländlichen Raums als Sehnsuchtsort (siehe Kapitel 3) verzichtet und dieser sogar als unattraktiv gegenüber der Stadt dargestellt. Es mutet wie eine Strafe an, wenn Geringverdiener*innen „aufs Land verbannt“ (AfD Frkt BW 18.1.2017) werden, weil sie sich –

Als Realbild hingegen stellen die Rechten Städte als Kampfplätze dar, in denen verschiedene Gruppen – vor allem sozial benachteiligte Deutsche und sozial benachteiligte „Fremde“ – um knappe Güter konkurrieren.

wegen Migration – die Städte nicht mehr leisten können. Das Land sei „abgehängt“ und mangels öffentlichen Nahverkehrs schlecht angebunden (AfD Komp 28.11.2016), wohingegen sich die Arbeitsplätze in den Städten befänden. Zwischen Land und Stadt finde ein Konkurrenzkampf statt, den das Land jedoch verliere: Wegen der Abwanderung in die Städte verfallende und „verelende“ der ländliche Raum, es blieben nur noch die „Alten und Armen“ (Schreiber 2017a) zurück.

Wird hingegen der Zuzug von Deutschen in die Städte angesprochen und eine Verringerung dieses Zuzugs angemahnt, wird das Land wiederum als positiver Raum dargestellt. „Generell ist das Landleben in der Bevölkerung sehr beliebt. Das Land leistet sehr viel für die Gesamtgesellschaft und verdient die gleiche Aufmerksamkeit und Unterstützung wie die Großstädte.“ (Menzel/Henkel 2017) Während das Wohnen in der Stadt in „Schlafsiedlungen“ (AfD Frkt SN 9.2.2018) und „Wohngettos“ (AfD Komp 31.8.2018) stattfindet, so gebe es auf dem Land viele leere, preisgünstige Wohnungen, „erhaltenswerte Bauernhöfe und historische Industriearchitektur“ (AfD Frkt SN 9.2.2018). Das Leben auf dem Land stellt nun die Lösung sowohl für die Wohnungsknappheit in den Städten als auch für die Bewahrung der ländlichen Kultur dar. „Das ländliche Sachsen muss leben. Darin widerspiegeln sich kulturelle Identität und Bauerntum, die unbedingt erhalten werden müssen.“ (AfD Frkt SN 21.5.2015)

Zusammengefasst entwirft die Rechte in

der Wohnraumfrage ein Idealbild von Stadt mit viel Grün, in der die meisten Menschen Eigentümer*innen ihrer freistehenden Häuser sind und in natürlich gewachsenen, kulturell homogenen Gemeinschaften leben. Heterogenität wird in diesen Städten als eine Vielfalt von Geschäften und Arbeitsmöglichkeiten gesehen und Freiheit bedeutet die Abwesenheit von staatlichen Vorschriften. In diesem Bild unterscheidet sich das urbane kaum vom ländlichen Leben.²⁷ Als Realbild hingegen stellen die Rechten Städte als Kampfplätze dar, in denen verschiedene Gruppen – vor allem sozial benachteiligte Deutsche und sozial benachteiligte „Fremde“ – um knappe Güter konkurrieren. Der städtische Wohnraum fungiert als das begehrte Gut, wohingegen für das Land an dieser Stelle entweder Werbung gemacht werden muss oder es als „verfallend“ geschildert wird. Solidarität und Gerechtigkeit ist in diesem Kampffeld nicht zu erwarten, vor allem nicht von Fremden, aber auch nicht vom Staat. Dieser lasse die Städter*innen mit seiner Politik der Grenzöffnung allein und Sorge damit für Unsicherheit und Prekarität auch beim Wohnen. Sicherheit und Schutz sei nur durch kulturelle Homogenität und durch eine Schließung von Grenzen möglich.

6 Sicherheit und Ordnung: Nur mit Monokultur

„Hol dir dein Land zurück!“ plakatierte die AfD im Bundestagswahlkampf 2017. Das war gegen den sozialen Wandel gerichtet, für den die Partei Eliten und Fremde verantwortlich macht, konnte aber auch als Bekenntnis zum ländlichen Raum verstanden werden. Dieser sei überschaubar und sicher, er erfülle zudem als Stütze der kulturellen Identität eine wichtige Funktion. Der positive Bezug auf kleinstädtische und dörfliche Lebensformen ist in der rechten Argumentation gut dokumentiert (vgl. dazu auch Kapitel 3). Düsseldorf, Essen, West-Berlin oder Köln gelten hingegen als „verlorene Städte“ (Bachmann 2018: 51), weil Migration selbst für die Rechten dort schlicht

nicht mehr wegzudenken ist. In den von uns analysierten Beiträgen und Dokumenten heißt es aber auch immer wieder: „Wir wollen unsere Stadt zurück!“ (AfD Komp/Gläser 6.7.2017)

Insbesondere die ostdeutschen Städte, in denen der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte gering ist, stehen im Zentrum der rechten Aneignungsstrategie sowie die Sorge, „dass langsam aber sicher auch kleinere Städte ähnliche Probleme bekommen wie die großen“ (AfD Frkt SN/Hütter 17.11.2017). Metropolen wie Paris oder Berlin werden in rechten Projektionen regelrecht zu migrationsbedingten Krisengebieten stilisiert. Das Compact-Magazin klagt, die französische Hauptstadt, „wo Pärchen ihren romantischen Urlaub verbringen und unter dem Eiffelturm Zärtlichkeiten austauschen“, sei heute „überschwemmt von Arabern, Afrikanern und Asiaten“ (Binswanger 2018: 60). Mit Bezug auf die biblische Erzählung vom Turmbau zu Babel – dem Projekt der Selbstanmaßung, das Gott durch die Vervielfältigung der Sprache beendet hat – resümiert der Autor seinen Reisebericht: „Das war mehr Babylon als Paris!“ (ebd.: 62) Und auch „Berlin ist längst nicht mehr von Sommersprossen übersät, wie in dem Chanson von Hilde Knef so schön besungen“ (Flesch 2017: 53). In diesen und ähnlichen Beschreibungen der Großstädte lassen sich Motive erkennen, denen als Gegenbild die Sehnsucht nach der monokulturellen und geordneten Stadt zugrunde liegt. Diese Sehnsucht bestimmt die Darstellungen über angeblich misslingende Integration und „Parallelgesellschaften“, über „kriminelle Ausländermilieus“ und nicht weniger „kriminelle Familienclans“, über urbane Lebensformen der Eliten, verwahrloste Quartiere oder linke Szeneviertel.

Ein fester Topos in rechten Beiträgen zu städtischen Themen ist die Behauptung, in deutschen Großstädten entstünden in Quartieren, die überdurchschnittlich stark von Migrant*innen bewohnt sind, „Parallelgesellschaften“. Damit wird der Verlust der vermeintlich eigenen Kultur, Sprache und Identität verbunden. Er „zeigt sich bereits überdeutlich in den ‚gekippten‘ Straßen, Vierteln und Städten, die nicht mehr Teil des ethnokulturellen Europas sind“ (Sellner 2016: 48). Mittels Verallgemeinerung und Homogenisierung werden Assoziationen zum gallischen Dorf

²⁷ Vgl. hierzu auch die „Enturbanisierung der Städte“ durch die Nazis im Kapitel 2.

hervorgerufen, das von einer Übermacht feindlicher Kräfte bedroht wird. Es würden „Einheimische Stück für Stück aus ihren ehemaligen Wohnvierteln gedrängt“ (Schumacher 2016) und es „verschwindet jeden Tag ein Stück Deutschland“, weil nun „Shishabars statt Bierkneipen, Moscheen statt Kirchen, Banden-Ghettos statt guter

Ein fester Topos in rechten Beiträgen zu städtischen Themen ist die Behauptung, in deutschen Großstädten entstünden „Parallelgesellschaften“.

Nachbarschaft“ (Jungen 2016: 26) das Stadtbild prägen. Als Stilmittel kommen dabei mehrfach emotionalisierende Anrufungen zum Einsatz, etwa wenn von Schulen berichtet wird, „auf die man sein Kind nicht schicken würde, weil es dort von gleichaltrigen Ausländern schikaniert, verprügelt, ausgeraubt und gedemütigt würde“ (Poenngen 2017).

Dass „eine wachsende Zahl Deutscher“ sich „fremd im eigenen Land“ fühle und man ihnen „ihre Heimat geraubt“ (Ulfkotte 2015: 13) habe, ist die geläufige Aussage hinter dem Begriff Parallelgesellschaft. Konkrete Darstellungen zu vermeintlicher Paralleljustiz oder zur begrifflich implizierten systematischen Etablierung nicht-grundgesetzkonformer Normen und Regeln erfolgen kaum; es dominiert eine Problemsicht nach dem Muster: „Massen-Ansiedlung von kulturfremden Ausländern“ (AfD Frkt SN/Wipfel 6.12.2017). Solche „Migranten-Ghettos mit schlechter Integrationsperspektive“ (AfD Frkt SN/Wendt 30.8.2016) sollen durch gleichmäßige Verteilung von Migrant*innen vermieden werden. Zugewanderten und Geflüchteten wird dabei eine umfassende (kulturelle, soziale, geographische) Immobilität unterstellt und ethnische Segregation – die in Deutschland im internationalen Vergleich de facto schwach ausgeprägt ist (Farwick 2018) – mit Ghettoisierung und Desintegration gleichgesetzt. Die rechte Argumentation nimmt nicht zur Kenntnis, dass stabile migrantische Communities mit ethnischer Ökonomie oder einer aktiven Selbstorganisation die Voraussetzungen für erfolgreiche Integration sind;

Integration missverstehen die Rechten zudem als konfliktfreie und ‚unsichtbare‘ Anpassung an die Aufnahmegesellschaft (vgl. zur Kritik und Einordnung der Vorstellungen von gelingender und misslingender Integration vgl. El-Mafaalani 2018).

Neben den mehr oder weniger deutlich rassistischen Elementen ist der Parallelgesellschafts-Topos populistisch aufgeladen, insofern er gegen urbane Eliten und etablierte Parteien, insbesondere SPD, Die Linke und Grüne, gerichtet ist. Ihnen werfen die rechten Autor*innen vor, das wahre Ausmaß der Missstände in den Städten zu verschleiern. Berichte zur Gefährlichkeit der „No-go-Areas“ werden dementsprechend im Ton des Tabubruchs vorgetragen: „In vielen deutschen Großstädten haben sich längst kriminelle Ausländermilieus und Clans derart verfilzt, verfestigt und sind so dominant geworden, daß selbst die Polizei solche Stadtviertel meidet und notfalls erst in Mannschafsstärken dort einrückt. Darüber redet man nicht.“ (Bertram 2017) Die Politik, mehr interessiert am Selbsterhalt der politischen Klasse als am Wohlergehen der Bevölkerung, habe versagt: „Ob in Berlin, NRW oder anderswo: Überall dort, wo Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün regiert, herrschen chaotische Zustände bis hin zum Staatsversagen.“ (AfD Komp/Pazderski 30.11.2016)

Eine Variation des Topos erfolgt in Bezug auf linke Szeneviertel. Ihre Beschreibung stellt wie im Fall migrantischer Parallelgesellschaften eine Verräumlichung abweichenden Verhaltens dar. In Berlin-Keuzberg habe sich eine „Szene gebildet, die ihren Kiez terrorisiert“ und im Hamburger Schanzenviertel wird von Compact ein „Zentrum des Linksextremismus“ (Dassen 2017c: 24) ausgemacht. Immer wieder wird von AfD, Compact und Junge Freiheit auch das „rote Leipzig“ (AfD Komp/Hütter 20.3.2018) angeführt: „ganze Straßenzüge in Connewitz scheinen zu rechtsfreien Räumen zu mutieren“ (AfD Frkt SN/Muster 8.4.2016).

Eng verwandt mit der Warnung vor Parallelgesellschaften ist die Thematisierung krimineller Familienclans, die sich in deutschen Großstädten niedergelassen hätten. „Vor allem türkische, arabische und kurdische Großfamilien kontrollieren in Städten wie Berlin, Essen, Duisburg oder Bre-



Die rechte Stadt ist die überwachte Stadt. (Quelle: flickr, Fabio Barbato: cctv, CC BY-NC 2.0)

men inzwischen ganze Straßenzüge und Bezirke.“ (AfD Komp/Pazderski 3.8.2018) Die Begriffe „Clan“ und „kriminell“ werden in der rechten Darstellung üblicherweise gekoppelt, was suggeriert, dass Großfamilien mit Migrationsgeschichte grundsätzlich in die Organisierte Kriminalität verstrickt seien. Der selektive Fokus unterschlägt zudem, dass die meisten Delikte, die der Organisierten Kriminalität zuzurechnen sind, von deutschen Staatsbürgern verübt werden (Schneiders/Wessel 2018). Wie „Parallelgesellschaft“ wird auch „Clan-Kriminalität“ dramatisiert, um die rechte Politik-Alternative hochhalten zu können. Wenn „Zeugen eingeschüchtert oder bestochen“ würden, seien „deutsche Gerichte unwillig oder nicht in der Lage“ (AfD Komp/Frohnmaier 7.11.2017) zu handeln. Die entsprechende Forderung der AfD, die schon länger geltendes Recht mit dem Prinzip der Kollektivhaftung verbindet,²⁸ lautet: „Hartz-IV-Gelder und ande-

re staatliche finanzielle Unterstützung muss für Angehörige krimineller Clans restlos gestrichen werden.“ (AfD Komp/Pazderski 3.8.2018) Die gesamte Argumentation der Rechten zielt darauf ab, die von bestimmten Personengruppen mit Migrationsgeschichte verübte Kriminalität zu ethnisieren.

Die Auseinandersetzung der Rechten mit (migrantischen und linken) Parallelgesellschaften sowie der so genannten Clan-Kriminalität verweist auf einen größeren Zusammenhang im Stadtbegriff der Rechten. Gemeint ist die Annahme,

und bekommt bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit ein Taschengeld ausgezahlt. Vgl. Urteil des Bundessozialgerichts vom 21.6.2011. Wer auf Bewährung oder zu einer Geldstrafe oder Sozialstunden verurteilt wurde, hat bei Vorliegen der entsprechenden Bezugsbedingungen, Anspruch auf Grundsicherung. Alles andere widerspräche dem Sozialstaatsprinzip. Die Grundsicherung für „Angehörige krimineller Clans“ zu streichen, legt nahe, dass nicht persönliche Schuld, sondern familiäre Zugehörigkeit sanktioniert werden solle.

²⁸ Wer kriminell handelt (also angezeigt und verurteilt wurde), ist im Falle einer Haft zu Arbeitstätigkeiten verpflichtet

Großstädte generell seien aufgrund von Dichte und demographischen Bewegungen prädestinierte Orte der Unsicherheit und Kriminalität. „Durch die Konzentration von oftmals muslimischen Asylbewerbern in einzelnen Stadtteilen entstehen gefährliche Parallelgesellschaften und die Sicherheit kann nicht mehr garantiert werden.“ (AfD Frkt SN/Urban 30.1.2018) Die Polizei kann nie umfassende Sicherheit gewährleisten. Diese Binsenweisheit als Nachricht aufzubereiten, lässt den Eindruck entstehen, die Polizei sei ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Die so verstärkten Vertrauensverluste in Staat und Politik versuchen die Rechten abzugreifen.

Als unsichere Städte werden wiederholt die westdeutschen Metropolen Berlin, Köln, Hamburg oder Duisburg geschildert. „Dennoch gibt

Die Argumentation der Rechten zielt darauf ab, die von bestimmten Personengruppen mit Migrationsgeschichte verübte Kriminalität zu ethnisieren.

es auch in sächsischen Großstädten Anzeichen für öffentliche Drogenszenen, Gewalt, Vergewaltigungen und Belästigungen, vorrangig begangen durch Migranten.“ (AfD Frkt SN/Muster 8.4.2016) Diese Behauptung kann statistisch nicht gestützt werden.²⁹ Das Zitat zeigt außerdem

²⁹ Die zitierte Pressemitteilung der AfD wurde im Jahr 2016 veröffentlicht. Für 2015 gibt die Polizeiliche Kriminalstatistik der Polizei Sachsen 108.640 Tatverdächtige insgesamt an, davon sind 73,1 Prozent deutsche und 26,9 Prozent nichtdeutsche Staatsbürger. Für 2016 wurden 111.882 Tatverdächtige ermittelt, wobei 67 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit hatten. 2015 wurden für den Bereich Gewaltdelinquenz 26,2 Prozent nichtdeutsche Tatverdächtige ermittelt, 2016 waren es 32,2 Prozent; Tatverdächtige im Bereich Vergewaltigung und sexuelle Nötigung waren zu 21,3 Prozent (2015) bzw. 29,7 nichtdeutsch. Es handelt sich mithin keineswegs um Straftaten, die „vorrangig begangen [werden] durch Migranten“. Die Zahlen für die sächsischen Großstädte zeigt keine besondere Häufung: In Leipzig waren 21,8 Prozent (2015) und 40,2 Prozent (2016) der Tatverdächtigen Nichtdeutsche, in Dresden 23,3 Prozent (2015) und 34,1 Prozent (2016). Vgl. die Jahresberichte unter www.polizei.sachsen.de.

in typischer Weise, dass „Gewalt- und Drogenkriminalität“ (AfD Komp/Weigand 4.9.2018) in einem Atemzug genannt werden; ebenso wird entdifferenzierend über „Sicherheit und Sauberkeit“ (AfD Frkt ST 16.10.2015a) geschrieben. Im ersten Fall wird Drogenhandel mit Gewalt gegen Dritte gleichgesetzt, obwohl Gewalthandlungen in der Regel szeneeintern bleiben, so dass der Verdacht naheliegt, es geht eigentlich um den Aufenthalt unerwünschter Personen im öffentlichen Raum. Im zweiten Fall werden moralische oder ästhetische Ansprüche ohne Umschweife zur Frage von Sicherheit gemacht.

Die Reportagen und Berichte über Kriminalität in Großstädten unterstellen, dass vor allem Geflüchtete und „Ausländerbanden“ (AfD BV/Pazderski 20.6.2018) verantwortlich seien. Dabei haben die Rechten die Statistik als Mittel entdeckt, die durch parlamentarische Anfragen öffentlichkeitswirksam zum Einsatz gebracht werden kann. „Wir fragen die Bundesregierung: Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl jährlich registrierter Straftaten seit dem Jahr 2000 an den Bahnhöfen der 25 bevölkerungsreichsten Städte Thüringens sowie an den Thüringer Flughäfen entwickelt, und wie hoch war jeweils der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger (bitte nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?“ (AfD Frkt BT 10.4.2018) Bei derartigen Anfragen, die auch auf Landes- und Kommunalebene gestellt werden, wird auf die Selbstevidenz der Zahlen spekuliert: „Die PKS muss endlich entpolitisiert werden und tatsächlich alle Straftaten erfassen. Sie muss die Realität abbilden, statt den Menschen Sand in die Augen zu streuen!“ (AfD Komp/Weidel 23.4.2018) Verzerrungen und Selektivitäten in der Erfassung von Straftaten werden ignoriert oder – was wahrscheinlicher ist – einkalkuliert.³⁰ Auffällig ist auch, dass konsequent „Bevölkerung“ und „ausländische Täter“ gegenübergestellt werden – so als seien letztere nicht auch Teil der Bevölkerung. In den Anfragen wird durch

³⁰ Solche Verzerrungen betreffen beispielsweise die polizeilich registrierten Delikte oder die Überrepräsentation junger Männer in der Gruppe Geflüchteter. Tendenziös sind solche statistischen Angaben, weil die Polizei nicht alle Delikte aufnimmt und weil junge Männer unabhängig von ihrer Herkunft und Hautfarbe häufiger delinquent werden.

die Einforderung von Informationsketten (Wer hat wann wovon gewusst?) nahegelegt, „Ausländerkriminalität“ werde durch die „politisch korrekten“ Eliten vertuscht. Als stilistisches Mittel wird in diesem Zusammenhang ein weiteres Mal das Leid von Kindern als emotionalisierender Schlüsselreiz eingesetzt: „Was ist über die Täter und den Tathergang in Karlsruhe bekannt? Was ist ihr [der Landesregierung, Anm. d. Verf.] über den Gesundheitszustand des kleinen Mädchens bekannt?“ (AfD Frkt BW 8.1.2019)

Die sicherheitspolitische Argumentation der Rechten lässt sich mit ‚Zero Tolerance‘ auf den Punkt bringen. Schon geringfügige Ordnungswidrigkeiten und vermeintliche Anzeichen von Desorganisation im öffentlichen Raum sollen geahndet werden: „Farb-Sprüher müssen hart bestraft werden; bereits das achtlose Wegwerfen von Kippen oder Unrat in der Öffentlichkeit muss mit saftigen Geldstrafen verfolgt werden. [...] Nur einem starken Staat gelingt es, Sachsens Städte wieder sauber und sicher zu machen!“ (AfD Frkt SN/Muster 8.4.2016) Während die wissenschaftliche Kriminologie in den letzten Jahrzehnten die Rückkehr absoluter Strafzwecke (Vergeltung) beobachtet, fordert die AfD eine Ende der vermeintlichen Kuscheljustiz: „Es

Die sicherheitspolitische Argumentation der Rechten lässt sich mit ‚Zero Tolerance‘ auf den Punkt bringen. Schon geringfügige Ordnungswidrigkeiten und vermeintliche Anzeichen von Desorganisation im öffentlichen Raum sollen geahndet werden.

scheint heutzutage in der Justiz mehr um die Reintegration von Straftätern in die Gesellschaft als um Schuld, Sühne und Bestrafung zu gehen.“ (AfD BV/Pazderski 7.7.2017) Kriminalität und die bedrohte Sicherheit (der imaginierten normalen und einfachen Bürger*innen) sollen mit intensiven Kontrollmaßnahmen bekämpft werden: „Untersuchungen zeigen, dass durch die Verstärkung der Videoüberwachung die Kriminalität größtenteils zu einem Rückgang geführt hat.“ (AfD Frkt BW 4.1.2017) Gefahren drohen

grundsätzlich von außen, das heißt Täter*innen werden pathologisiert und/oder ethnisiert. Selbst vor der offensiven Rechtfertigung diskriminierender Kontrolltätigkeiten schrecken die rechten Sicherheitspolitiker nicht zurück: „Gerade in Zeiten der Asylkrise, in der die Straftaten durch Migranten enorm angestiegen sind, muss das ‚Ethnische Profiling‘ unbedingt in den Polizeiwerkzeugkasten hineingehören.“ (AfD BV/Pazderski 6.1.2017)

Für die Ethnisierung von Kriminalität nehmen die Autor*innen auch Hierarchien in der Feindbildkonstruktion in Kauf und machen unerwartete strategische Sympathiebekundungen: So lässt sie ihr antimuslimischer Rassismus erkennen, „dass die Übergriffe auf Homosexuelle in den Großstädten drastisch zugenommen haben“ (AfD Komp 20.9.2017) und „Berlins angesagtestes Areal hipper urbaner Clubkultur“ nehmen sie gegen „dunkle Schatten der Multikulti-Realität“ (Müller-Mertens 2015c: 25) in Schutz. Dabei handelt es sich um durchschaubare Scheinargumente, sind doch die Rechte Homosexueller und die urbane Clubkultur den Rechten nur solange ein Anliegen, wie sie gegen Migration ausgespielt werden können.³¹

Zusammenfassend lässt sich in den Dokumenten und Beiträgen, in denen sich Rechte mit urbaner Sicherheit und Integration (bzw. Unsicherheit und Desintegration) beschäftigen, eine Verräumlichung und Ethnisierung feststellen: ‚Viele von denen auf einem Haufen‘ überfordern ihrer Ansicht nach die Bevölkerung, und die kompakte Masse von ‚Fremden‘ bringe irrationale und gefährliche Verhaltensweisen hervor. Implizite Annahmen sind, dass sozialer Wandel nur als Abkehr von einer besseren Vergangenheit stattfinde; dass er durch Nicht-Zugehörige aufgezwungen werde; und dass er überhaupt nicht notwendig sei. Verweigert werden Auskünfte, wann und für wen es ‚früher‘ besser war, und ignoriert wird, dass Dynamik und Integration unaufhör-

31 Vgl. zu traditionalistischen Männlichkeitsbildern den Abschnitt zu ‚Von ‚Großstadtnatur‘ und ‚Feinstaubhysterie‘. Vgl. zu antiurbanen Ressentiments gegen die Clubkultur etwa den Compact-Beitrag, in dem das „polyglotte Partyvölkchen“, das „in der ‚Black-is-beautiful‘-Laune badet“, diffamiert wird (Elsässer 2017a: 46).

lich (im Generationenverhältnis, in Prozessen der Binnenmigration, in der Herausbildung von Subkulturen etc.) stattfinden. Die Vorstellung einer rechten Stadt sperrt sich gegen die im Grunde naheliegende Erkenntnis, dass kulturell homogene Gesellschaften weder ökonomisch noch sonst wie dauerhaft überlebensfähig sind.

7 Flucht und Migration: Umgrenzte Solidarität

Neben Perspektiven auf Integration, die Aussagen zu langfristigen Prozessen des sozialen Wandels betreffen, versuchen wir mit dem Blick auf die Aspekte Flucht und Migration herauszufinden, ob und wie die Ankunft und Aufnahme Geflüchteter durch rechte Akteur*innen auf die Stadt bezogen wird und Vorstellungen von städtischer Einrichtung und Organisation formt. Erkennbar wurde folgendes Muster: Rechte thematisieren Flucht spezifisch im städtischen Kontext im Sinne der Konstruktion einer wehrhaften Stadtgrenze, mit der sie in politischen Positionen versuchen, sozialpolitische Konflikte für sich zu vereinnahmen und diese zu Ausschlüssen umzufunktionieren. Diese Funktionsweise der mit der Grenzziehung verbundenen Raumkonstruktionen soll im Folgenden nachvollzogen werden.

Wenn es um den Zuzug Geflüchteter geht, wird die Stadt als abgeschlossener Raum entworfen. Bilder von den deutschen bzw. europäischen Grenzen bei der Darstellung städtischer Situationen an die Stadtgrenzen verlagert, indem Krisenvorstellungen einer Ankunftssituation für Ankunftsorte Geflüchteter in der Stadt, zum Beispiel Aufnahmeeinrichtungen, Unterkünfte oder Krankenhäuser, sowie allgemein öffentliche Räume formuliert werden. Die argumentativ und strategisch eingesetzte Grenzkonstruktion verläuft dabei gegenüber einem diffusen, unbestimmten Außen und funktioniert über den Ausschluss der in die Städte ziehenden Geflüchteten.

Als Deutung politischer Abläufe kommt die Grenzkonstruktion im Bild der passiven städtischen Kommune zum Vorschein, die Fehler und Versäumnisse anderer politischer Entscheidungsebenen, insbesondere der Bundesebene lokal

umsetzen und ertragen muss. Ein Stadtbild wird jedoch gerade dadurch vermittelt, dass die Aufnahme von Geflüchteten rhetorisch gegenüber bundespolitischen Beschlüssen als kommunale, also eigenständige städtische Entscheidung verhandelt wird. In einer Ansprache verschiedener politischer Ebenen ist die selbstbestimmte Stadtgrenze dann Grundlage von Forderungen und

Die Konstruktion einer Stadtgrenze dient als Argument, um aus einer marktliberalen Perspektive soziale Exklusion zu rechtfertigen.

Bewertungsmaßstäben an Lokalpolitiker*innen und Verwaltung (vgl. AfD Frkt ST 8.6.2015). Dabei liefert diese Raumkonstruktion zuweilen den Nährboden für personalisierte polemische Angriffe und Verantwortungszuschreibungen. Exemplarisch wird dies an der Cottbusser Stadtpolitik deutlich, die den Zuzug von Geflüchteten als Ressource von Stadtentwicklung sah, was durch die Parteizeitschrift AfD-Kompakt und die Brandenburger AfD-Landtagsabgeordnete Birgit Bessin als finanzielles Kalkül verdreht wird: „Die unkontrollierte Masseneinwanderung von Merkel und ihren Gutmenschenfreunden in der GroKo bedeutet immer mehr importierte Gewalt, die sich gegen Deutsche richtet. Insbesondere in Cottbus, wo der CDU-OB gar nicht genug sogenannte ‚Flüchtlinge‘ in die Stadt holen konnte, um ‚seinen‘ Großstadtstatus zu erhalten.“ (AfD Komp/Bessin 13.3.2018) Von rechten Akteur*innen wird eine Wehrhaftigkeit der Stadt gegenüber dem unerwünschten Zuzug eingefordert. Mit einer solchen offensiven lokalpoliti-

Wenn es um den Zuzug Geflüchteter geht, wird die Stadt als abgeschlossener Raum entworfen.

schen Grenzziehung wird die Stadt aus der Perspektive der Rechten als Vorreiterin gegenüber bundespolitischen Entscheidungen präsentiert: „Vierorts in Deutschland werden die Probleme durch die von der Bundesregierung ermöglichte

Masseneinwanderung immer erdrückender. So auch in Salzgitter. Nun verbietet die Landesregierung den weiteren Zuzug von Asyleinwanderern in die Stadt. Eine verzweifelte Maßnahme, die zu spät kommt und eigentlich längst auf die gesamte Bundesrepublik angewendet werden müsste.“ (AfD Komp/Weidel 12.10.2017)

Die Überschreitung der Grenze einer räumlich abgeschlossenen Stadt durch Geflüchtete inszenieren rechte Akteur*innen als spezifisch stadträumliche Krisensituation in Form eines Kontrollverlusts über eine innere städtische Ordnung und Sicherheit, die eine stärkere Überwachung und Kontrolle erforderlich machen. Dies bildet sich beispielsweise in vage lokalisierten Spekulationen über die Einschleppung und Verbreitung ansteckender Krankheiten ab. So machen zwei Anfragen der Stuttgarter AfD-Fraktion nach „Inaugenschein[nahme]“ durch die AfD-Fraktion selbst (AfD Frkt ST 13.8.2015), sowie deren Interpretation statistischer Angaben die „Ausbreitung überwunden geglaubter Infektionskrankheiten“ (AfD Frkt ST 26.7.2017) und an anderer Stelle konkret Krätze (AfD Frkt ST 13.8.2015) als spezifisch städtisches Problem aus. Als Ursachen dieser Beobachtung werden „Überbelegung“ (AfD Frkt ST 13.8.2015) und eine „enorm gesteigerte Einwanderung“ (AfD Frkt ST 26.7.2017) antizipiert. In dieser Verknüpfung wird das Moralisierungspotenzial ansteckender, „vulgär“ konnotierter Krankheiten angesprochen, das der Stadtforscher Rolf Lindner für derartige Beobachtungstechniken und Topographien eines bürgerlichen Blicks auf Armut und Krankheit als städtische Gefahr in den Anfängen der Stadtforschung historisch rekonstruiert hat (vgl. Lindner 2004: 20ff.). Ansteckende Krankheiten werden in den betrachteten Anfragen zur räumlich unberechenbaren Gefahrenlage, die einer Gruppe, den Geflüchteten, zugeschrieben wird und vor der die Stadtbevölkerung (und zu diesem Zwecke ggf. auch Geflüchtete selbst) zu schützen sei (AfD Frkt ST 13.8.2015). Darauf aufbauend werden Schutzbedürfnisse gegeneinander ausgespielt, wie folgende Anfrage der AfD-Fraktion Stuttgart verdeutlicht: „Die in Stuttgart Notfallbehandlungen durchführenden Kliniken und Arztpraxen unterliegen auch illegal sich in Deutschland aufhaltenden Menschen gegenüber



Die Stadt als abgeschlossener Raum. (Quelle: flickr, Sam Whited: Chain-Link Fence, CC BY-NC-ND 2.0)

der Pflicht zur sofortigen Hilfeleistung. Stellt hier die Landeshauptstadt Stuttgart auch bei öffentlichen Krankenhäusern die ärztliche Schweigepflicht über die Pflicht zur Anzeige von illegalen Personen (§ 88 Abs. 1 AufenthG), gerade wenn z. B. ein Fall nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) vorliegt?“ (AfD Frkt ST 8.6.2015) Diese räumlichen Argumentationsweisen – der Grenzübertritt, eine diffuse Gefahr im Innern und ihre kausale Verknüpfung mit Orten Geflüchteter – legitimieren eine über die Abklärung von Krankheitsaufkommen hinausgehende Überwachung, die auf den Ausschluss aus der Stadt zielt.

Eine ähnliche argumentative Strategie findet sich auch, wenn in der Stadt Grenzüberschreitung und Kontrollverlust als Sicherheitsproblem inszeniert werden. Dies geschieht etwa durch die fortwährende Erinnerung an die Kölner Silvesternacht 2015/2016 oder eine diffuse Terrorgefahr – beispielsweise, wenn die AfD-Kompakt titelt: „Messer-Angriffe verbreiten Angst und Schrecken.“ Und weiter ausführt: „Dieser zu großen Teilen importierte oder durch ein archaisch-muslimisch geprägtes Gesellschaftsbild vermittelte Terror kann uns alle treffen! Ob im Zug, im Supermarkt oder in der Fußgängerzone.“ (AfD Komp/Pazderski 31.5.2018) Zudem wird eine städtische Migrationskrise als urbane räumliche Unordnung und damit erneut als Moment der Unsicherheit beschrieben, der die (Neu-)Besetzung alltäglicher Orte durch rechte Akteur*innen vermeintliche Evidenz verleiht und an eine lokal erlebte urbane Praxis anschließt. So zielt etwa folgender Auszug aus einer Gemeinderatsanfrage auf öffentliche (Schutz-)Räume der Stadt: „Teile

dieser Personengruppe fallen in der Öffentlichkeit immer wieder beim Betteln, der Begehung von Straftaten, der Verrichtung illegaler Beschäftigungen sowie auch als Klientel der Notaufnahme der Krankenhäuser und der Einrichtungen der Obdachlosenhilfe auf.“ (AfD Frkt ST 8.6.2015) Indem Migrant*innen auffällige oder illegale Beschäftigungen zugeschrieben werden, womit sie als Sicherheitsrisiko im öffentlichen Raum ausgemacht werden, werden sie als Problem und als

Die (Stadt-)Grenze wird in Verbindung mit einer solchen Ressourcenkonkurrenz als Regulierungsmöglichkeit eingesetzt.

nicht zugehörig zu diesen Orten dargestellt.

Letztere Gemeinderatsanfrage deutet bereits an, dass Vorstellungen von Ordnung und Sicherheit, die durch Einwanderung außer Kontrolle geraten würden, mit sozialpolitischen Argumentationen verstrickt sind und dabei dann wieder auf Ausschluss aus der Stadt zielen. Die beschriebene Konstruktion einer Stadtgrenze dient in sozialpolitischen Positionierungen in der Stadt als Argument, um aus einer marktliberalen Perspektive soziale Exklusion zu rechtfertigen. Dafür werden Vorstellungen von Knappheit aktiviert. So argumentiert beispielsweise ein Gesetzesentwurf der AfD-Fraktion Baden-Württemberg im Zusammenhang steigender Wohnkosten folgendermaßen: „Die Senkung der Grunderwerbsteuer ist dazu ein unbürokratisches Mittel. Verantwortlich für die hohen Mieten und Kaufpreise für Immobilien sind gestiegene Grundstückspreise sowie die wachsende Nachfrage nach Wohnraum durch Zuzug in die Städte, erst recht nach der Wohnraumverknappung infolge des Massenzustroms von Asylbewerbern.“ (AfD Frkt BW 2.10.2018) In Bezug auf die städtische Lebensqualität, den Wohnungsmarkt oder auf Sozialleistungen plausibilisieren rechte Akteur*innen auf diese Weise eine in der Stadt verdichtete Konkurrenzsituation. Grundrechte infrage stellend, werden Gruppen von Benachteiligten gegeneinander ausgespielt, etwa Wohnungssuchende gegen Migrant*innen: „Für Senioren und Rollstuhlfahrer war in den letzten Jahren nie genug Geld da, um schwellen-

lose Zugänge zu Häusern und Wohnungen oder Fahrstühle zu bauen. Doch für ‚die Menschen, die erst seit Kurzem hier leben‘ wird ein großes Füllhorn an finanziellen Wohltaten ausgeschüttet – eine Diskriminierung aller sächsischen Steuerzahler.“ (AfD Frkt SN/Kersten 13.3.2017) Die (Stadt-)Grenze wird in Verbindung mit einer solchen Ressourcenkonkurrenz als Regulierungsmöglichkeit eingesetzt. Neben der beharrlichen Forderung nach schnelleren und häufigeren Abschiebungen geschieht dies durch Aufrufe an soziale Träger oder städtische Einrichtungen, Hilfe suchende Migrant*innen bei aufenthaltsrechtlichen Verstößen dem Ordnungsamt zu melden: Die „Träger der freien Wohlfahrtspflege unterhalten im Auftrag und auf Kosten der Landeshauptstadt Stuttgart verschiedene Tages- wie auch Übernachtungsstätten für obdach- und mittellose Personen“, erklärt beispielsweise die Stuttgarter AfD und formuliert folgende Anfrage: „Diese (niederschwelligen) Einrichtungen werden auch zielgerichtet von sich illegal im Bundesgebiet aufhaltenden nichtdeutschen Personen aufgesucht. Macht die Landeshauptstadt Stuttgart es diesen freien Trägern [...] zur Pflicht, wenn gesicherte Erkenntnisse über einen illegalen Aufenthalt von Besucher/innen vorliegen, dass dies dem Ordnungsamt sofort zu melden ist, um dem Aufenthaltsrecht die gebotene Geltung zu verschaffen?“ (AfD Frkt ST 8.6.2015)

Die in der argumentativen Strategie erkennbare Verknüpfung von migrations- und sozialpolitischen Positionen ist dabei kein konstruktives politisches Angebot, sondern formuliert vor allem repressive Ausschlüsse. Deren Maßstäbe können sich als disziplinierende Ordnung potenziell gegen unterschiedliche Gruppen von Benachteiligten wenden. Deutlich wird dies am Anstoß, den die Rechten an Obdachlosen im öffentlichen Raum nehmen. So werden im Park schlafende Obdachlose zwar auf Grund ihres illegalen Aufenthaltsstatus problematisiert und ihre Ausweisung durch die städtische Ordnungsbehörde gefordert: „Auch bei Personen, die aus der Europäischen Union angegliederten Staaten stammen, darf die Ordnungsbehörde eine Ermessensausweisung nach § 55 Abs. 2 Nr. 5 Aufenthaltsgesetz verfügen, sofern Ausländer/innen durch ihr ‚Verhalten die öffentliche Gesundheit“

gefährden oder ‚längerfristig obdachlos‘ sind. [...] Wie lange müssen sich z. B. ‚Roma-Clans‘ aus Osteuropa in Stuttgarter öffentlichen Anlagen oder Einrichtungen arbeits- und obdachlos aufhalten, damit diese Voraussetzung erfüllt ist und die öffentliche Hand einschreitet?“ (AfD Frkt ST 20.8.2015) Abgewertet wird damit aber zugleich auch die Lebenslage als solche, sobald sie im öffentlichen Raum sichtbar wird. Dies wird exemplarisch in der exponierenden sprachlichen und bildlichen Darstellung eines Facebook-Posts der AfD-Stuttgart deutlich: „Immer wieder beschweren sich Ladenbesitzer auf der Königstraße und vor allem in der Arnulf-Klett-Passage über die dort campierenden Romaclans. [...] Anbei ein Foto vom gestrigen Vormittag im Stuttgarter Stadtteil Zuffenhausen-Rot. Dort schliefen vor dem Eingang zum Supermarkt (Rewe) bei regem Einkaufsverkehr mitten auf dem dortigen Grünstreifen zwei augenscheinlich Obdachlose eines Bettlerclans. Diese Situation ist für alle Beteiligten schwer erträglich.“ (AfD KV ST 5.5.2018) Diese Abwertung setzt Maßstäbe der gelingenden Lebensführung und des Scheiterns, mit denen der nationalistische Ausschluss auch als disziplinierender Maßstab der Normalität auf die deutsche Gesellschaft wirkt und Armut aus dem öffentlichen Raum verdrängen will.

Die Stadt wird als abgeschlossener Raum entworfen, was sich vor allem am Widerstand gegen die Aufnahme von Migrant*innen zeigt. Dies steht der Vorstellung einer wachsenden, offenen und heterogenen Stadt entgegen, die sich gerade durch Migration eigendynamisch entwickelt und gemeinsame Aushandlungen über Zugehörigkeit und Identität erfordert. Entsprechend entfaltet der beschriebene argumentative Bezug auf städtische wie staatliche Grenzen sowie die Forderung ihrer Schließung normative Vorstellungen von der Gestaltung städtischen Zusammenlebens. Spezifisch für den Kontext Stadt wird deutlich, dass die damit verbundenen räumlichen Ordnungen, indem sie an ein lokales, alltägliches Erleben von Orten und Räumen anknüpfen, Schnittstellen zu anderen politischen Positionen aufweisen. Die Grenze ist argumentativer Bestandteil der Konstruktion von Knappheit und sozialpolitischer Ressourcenkonkurrenz. Die Definition einer auf Ausschluss basierenden (Stadt-)Gemeinschaft ist

eine rechtspopulistische Strategie, mit der markliberale Positionen durch exklusive sozialpolitische Versprechen vertreten werden können und Armut zugleich mit Abweichung verbunden und abgewertet wird. Für den lokalen Kontext der Stadt zielt dies auch auf die Durchsetzung einer disziplinierenden Ordnung.

8 Städtebau und Kultur: Kulissen der rechten Stadt

Die Stadtgeschichte bildet sich auch in ihren materiellen architektonischen und städtebaulichen Artefakten und Strukturen ab. Architektonische Strömungen und städtebauliche Paradigmen prägen Städte als materielle Manifestationen (unterschiedlicher) Vorstellungen eines urbanen Zusammenlebens. Als solche sind sie Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um städtische Gestaltung und werden entsprechend im zeitlichen Verlauf verändert, überschrieben und symbolisch neu besetzt. Das führt beispielsweise zu Auseinandersetzungen um die Fassadengestaltung von Straßenzügen, um funktionale räumliche Nutzungen oder die Gestaltung von historischen Orten als Teil der Erinnerungskultur. Besonders letztere werfen Fragen an eine städtische Gegenwart auf, provozieren Konflikte und adressieren ein umkämpftes gesellschaftliches Selbstverständnis. Ähnliche stadtpolitische Konflikte und zivilgesellschaftliche Diskussionen können auch durch städtische Kulturinstitutionen, wie Museen oder Theater, in einem künstlerischen Arbeitsprozess oder kulturpolitisch mit der Heterogenität eines städtischen Theaterensembles ausgelöst werden. Schließlich können sie, etwa als Protest im öffentlichen Raum, auch an Orten und Räumen politischer Symbolkraft angestoßen werden, die sich mit der jeweiligen städtischen Geschichte auseinandersetzen.

Die Stadt wird zur Kulisse einer vorzugsweise als „barock“ oder „preußisch“ gefassten harmonischen Straßenszenerie.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie sich rechte Vorstellungen von Stadt zu einer solchen Widersprüchlichkeit und Konflikthaftigkeit der Gestaltung von Stadt und ihrer Geschichtlichkeit verhält. Damit ist auch eine Dimension zivilgesellschaftlicher Konflikte sowie Kämpfe um Partizipation und Selbstverständigung in der Stadt angesprochen, sind kulturpolitische und städtebauliche Positionen rechter Akteur*innen doch Teil von Strategien politischer Legitimation und Durchsetzung.

Der Abriss des Palastes der Republik und der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses, der Wiederaufbau der Garnisonskirche in Potsdam (nebst städtischer Umgebung) und die Rekonstruktion der Frankfurter Altstadt sind Ereignisse, an denen sich eine zeitgeschichtliche Auseinandersetzung um städtische Vergangenheit erkennen lässt. Die Diskussionen um die jeweils unterschiedlichen Rekonstruktionsvorhaben zeigen, dass anhand der Gestaltung dieser Orte ein gegenwärtiges gesellschaftliches Verständnis zur (Stadt-)Geschichte neu verhandelt wird. Speziell in Bezug auf die Frankfurter Altstadt hat der Architekturtheoretiker Stephan Trüby herausgearbeitet, dass dort die Initiative zunächst von rechten Akteur*innen und rechtspopulistischen Lokalpolitikern ausging und maßgeblich Einfluss auf die stadtpolitische Diskussion nehmen konnte. Trüby skizziert eine rechte Strategie, die mit einer geschichtsrevisionistischen Grundhaltung historische Brüche durch Rekonstruktion zu glätten sucht (vgl. Trüby 2018a, 2018b).

Alle drei Fälle, also die Frankfurter Altstadt, das Berliner Stadtschloss und die Garnisons-

kirche in Potsdam, werden von rechten Medien und Akteur*innen verhandelt. Dabei erklären diese jene Fälle zum Vorbild für den Umgang mit den „unwiederbringlichen Lücken“, die der Zweite Weltkrieg „in die Landschaft der deutschen Kulturdenkmäler gerissen“ habe (AfD Frkt BW/Wolle 17.10.2018). In ostdeutschen Städten sei zusätzlich eine im Stadtbild deplatzierte „kantige“ (Möller 2016a) und „klotzige“ (Möller 2016b) DDR-Architektur zu überbauen, der die ursprüngliche Bebauung aus politischen Gründen hatte „weichen müssen“ (ebd.). In Verbindung mit dem Wunsch nach einem konfliktfreien Stadtbild, das keine Fragen zur Vergangenheit aufwirft, wird jeweils eine Authentizität der Stadt konstruiert. Demgegenüber werden zeitgeschichtliche Diskussionen des Stadtbildes als Teil einer Unterdrückung städtischer Authentizität und Identität, über die die Deutungshoheit zurückgewonnen werden müsse, delegitimiert – in den Worten der Jungen Freiheit zur Garnisonskirche: „In Potsdam begann mit der Wiedervereinigung ein nun bald dreißigjähriger Kulturkampf. Seitdem können jene geschichtsbewußt engagierten Ästhetiker, die möglichst viele der von angelsächsischen Bombern und staatssozialistischen Plattenbauanausen dem preußischen Sparta geschlagene Wunden schließen wollen, [...] auf schöne Erfolge bei der Wiederherstellung des friderizianisch geprägten alten Stadtbildes zurückblicken.“ (JF 2018)

Mit dieser Identität und Eindeutigkeit stiftenden Funktion wird die gegenwärtige Stadt zur Kulisse einer vorzugsweise als „barock“ oder „preußisch“ gefassten harmonischen Straßensze-



Dresdner Semperoper kommentiert Pegida (Quelle: Nightflyer, CC BY-SA 4.0)

nerie. Enge Straßenverläufe und Stuckfassaden liefern die Struktur städtischer Schönheit. (vgl. Möller 2016a, 2018) Diese wird – im Fall der Garnisonskirche über die städtische Kontroverse hinweggehend – als stadtesellschaftlicher Konsens dargestellt, dem sich auch die Kritiker*innen anschließen, ist der Wiederaufbau erst vollendet: „Wenn sich der Turm der Kirche in seiner ganzen barocken Pracht weithin sichtbar in den märkischen Himmel streckt, wird vielleicht auch dem verstocktesten Kirchenfunktionär der Gedanke an einen künstlich erzeugten architektonischen Bruch absurd erscheinen.“ (Möller 2017)³² Städtebauliche Heterogenität und Widersprüchlichkeit wird als künstlich gebrandmarkt. Dagegen steht eine sich organisch einfügende Rückkehr zur originalgetreuen, als „Stadtreparatur“ (Möller 2016a) bezeichneten Rekonstruktion. Die Schönheit des Alten sei authentisch, in diesem Sinne unangreifbar und keine politische Verhandlungssache.

Neben diesen überregional sichtbaren Projekten findet sich ein solches Verständnis von rekonstruierten und damit plan- und kontrollierbaren städtebaulichen Bedeutungsstrukturen und Deutungsprozessen auch kleinteiliger; etwa bei lokalpolitischen Initiativen zur Pflege des Denkmalschutzes (vgl. AfD Frkt ST 5.9.2016; AfD Frkt LE 14.12.2016; AfD Frkt SN 26.8.2016; AfD Komp/Wilke 16.10.2018). Verlust und Wiederentdeckung eines positiven Bezugspunkts städtischer Identität übertragen rechtspopulistische Akteur*innen dabei auf eine jeweilige stadtpolitische Gegenwart: „Die in Stuttgart seit der frühen Nachkriegszeit grassierende Abrissmanie muss ein Ende finden. So sollte auch über eine weitgehende Wiederherstellung des historischen Marktplatzes analog dem Wiederaufbau historischer Quartiere in Frankfurts Stadtmitte nachgedacht werden.“ (AfD Frkt ST 2015c) Damit verbundene Vorstellungen von Stadt erinnern zuweilen an ein dörfliches Idyll: „Zusammen mit dem Alten Rathaus und dem Alten Schulhaus bildet die Weilimdorfer Oswald-Kirche das stadtbildprägende Ensemble des alten Ortskerns. Sie ist eine der ältesten Dorfkirchen in Stuttgart. Sie ist auch ein

Die Verdrängung von Konflikthaftigkeit und Heterogenität städtebaulicher Praxis geht mit einem instrumentellen Verständnis von Kunst, Architektur und Geschichte einher.

Wahrzeichen des Stadtbezirks, kommt sie doch schließlich auch im Wappen von Weilimdorf vor.“ (AfD Frkt ST 10.10.2017)

Die Verdrängung von Konflikthaftigkeit und Heterogenität städtebaulicher Praxis geht mit einem instrumentellen Verständnis von Kunst, Architektur und Geschichte einher. Dies wird unter anderem dann deutlich, wenn als letzte Instanz für die Rekonstruktion der Fremdenverkehr angeführt wird: „Vielleicht gibt die wachsende Zahl von Touristen, die schon heute neugierig den unvollendeten Alten Markt erkunden, den Potsdamern einen Fingerzeig, welche Entscheidung für die Stadt zukunftsweisend wäre.“ (Möller 2016a) Mit dem Hinweis an die Potsdamer*innen auf die Zahl der Tourist*innen erübrigt sich eine mögliche Legitimation städtischer Kulturpolitik durch Vorhaben sozialpolitischer Inklusion. Vielmehr kommt eine marktliberale Haltung zum Tragen: „Die Stadt Berlin hat es gewiss nicht nötig, mit freiem Eintritt für das Humboldt-Forum um Touristen zu werben“ (AfD Komp/Jongen 9.11.2018). Und: „Jongen ist davon überzeugt, dass man es auch über den Preis nicht schaffen werde, kulturferne Kreise für Museumsbesuche zu interessieren.“ (ebd.) Das Humboldt Forum wird zum Bezugspunkt und zur Instanz einer städtischen Identität erklärt, nicht jedoch der niedrighschwellige Zutritt und eine heterogene Aneignung des Museums. Der Spielraum für eine Debatte aller Stadtbewohner*innen oder gar eines künstlerischen Prozesses, mit denen (in diesem Fall) das Stadtschloss verändert werden könnte, ist offenbar nicht vorgesehen. Vielmehr geht es um die Durchsetzung eines eindeutigen gesellschaftlichen bzw. städtischen Selbstbildes. Die Rekonstruktion ist also als funktionales Prestige Bestandteil einer autoritären Haltung gegenüber der Stadtbevölkerung.

Diese Haltung findet sich auch gegenüber dem Kunst- und Kulturbetrieb wieder, den die Rechten einerseits als Prestigeobjekt vereinnahmen,

³² Vertreter der evangelischen Kirchen haben sich gegen einen vollständigen Wiederaufbau ausgesprochen.



Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses
(Foto: David Krone)

andererseits als eine städtisch geförderte Kunstproduktion auf eine politische Neutralität festlegen wollen. Diese Zwiespältigkeit wird fortgeführt in der Unterscheidung rechtspopulistischer Lokalpolitik zwischen einer förderungswürdigen unpolitisch und identitätsstiftend verstandenen „kleineren Kultur“ zum Beispiel in den Stadtteilen (vgl. AfD Frkt ST/Klingler 19.10.2017; AfD Frkt ST 16.10.2015b) und einer politischen Subkultur, deren Förderung sie infrage stellt (AfD Frkt ST 12.10.2017) und zuweilen Unfrieden und Unordnung zuschreibt (AfD Frkt ST 13.7.2015; AfD Frkt BW/Berg u.a. 27.7.2017).

Diese Position wird stets dann explizit, wenn zivilgesellschaftliche politische Positionierungen von Vertreter*innen aus Kunst und Kultur Teil politischer Konflikte werden. Exemplarisch ist der Fall der Dresdner Semperoper. Diese wurde als Kulisse der Pegida-Demonstrationen vereinnahmt. Das Ensemble nahm an den Gegenprotesten teil und positionierte sich gegen Pegida. Außerdem reagierte es auf die symbolische politische Vereinnahmung des Ortes, indem es den Protesten mit einer Leuchtschrift politisch entgegentrat (beispielsweise „Wir sind kein Bühnenbild für Fremdenhass. Ihre Semperoper“). Die sächsische AfD nutze juristische Wege für eine sachlich inszenierte Zurechtweisung und trennte das Gebäude von der künstlerischen Praxis. Stellvertretend für das Ensemble wird der Stadtverwaltung erklärt: „Bereits nach meiner Kleinen Anfrage zum Monitor an der Semperoper, musste dieser entfernt werden, weil er gegen das Denk-

malschutzgesetz verstieß. Für die Werbetafeln gilt nun offenbar das Gleiche: Sowohl Stadtverwaltung, als auch Wissenschafts- und Innenministerium missachten die Regeln, die sie selbst aufgestellt haben.“ (AfD Frkt SN/Muster 30.9.2016) Mit diesem Bezug zum Denkmalschutzrecht eignet sich die AfD die Semperoper als städtisches Prestige an und entzieht sie der künstlerischen und politischen Freiheit des Ensembles, diesen Ort zu gestalten und auf die politische Situation der Kultureinrichtung in der Stadt einzugehen.

Von der gleichen autoritären Position, die sich darauf zurückzieht, einer künstlerischen Praxis in der Stadt ihre institutionelle und finanzielle Grundlage zu entziehen, zeugt auch die wiederkehrende Ermahnung städtischer Theater, sie seien auf Steuergelder angewiesen und damit dem Steuerzahler verpflichtet. Damit verbunden ist der Verweis auf einen „freiheitlich-pluralistischen Kulturauftrag“ (AfD Komp/Berg 15.5.2018). Dieser wird dann von rechten Medien und rechtspopulistischen Akteur*innen der Stadtpolitik eingefordert, wenn sich Kulturinstitutionen, etwa Berliner Theater, explizit gegen die AfD positionieren. Der „pluralistische Kulturauftrag“ meint damit nicht Vielfalt und Aushandlung, sondern vielmehr Festlegung städtischer Kunst- und Kulturproduktionen auf politische Neutralität, beispielsweise gegenüber einem das Land „spaltenden“ „Gesinnungstheater“ (ebd.). Ein solcher Neutralitätsimperativ wird in Anfragen, Klagen, Interventionen und Reaktionen rechter Bewegungen und der AfD in bzw. auf die künstlerische Arbeit deutlich (vgl. Nioduschewski 2019; Bartsch 2019; Khuon/Klose 2019). Sie zeigen, dass diese Auferlegung eines Neutralitätsimperativs bereits früher vorgenommen wird, schon

Die Rechten wollen den Kulturbetrieb einerseits als Prestigeobjekt vereinnahmen und andererseits als eine städtisch geförderte Kunstproduktion auf eine politische Neutralität festlegen.

bevor es um Reaktionen auf explizite Positionierungen gegen die AfD geht. Der Ruf nach einem „pluralistischen Kulturauftrag“ ist verbunden mit

Versuchen restriktiver Eingriffe in den künstlerischen Arbeitsprozess. Diese setzen bereits dann an, wenn sich das Theater mit gesellschaftspolitischem Wandel künstlerisch auseinandersetzt und dies, beispielsweise mit einem vielfältigen Spielplan und einer diversifizierten Ensemblebesetzung, kulturpolitisch ausgestaltet.

Derartige Vorgänge sind auch gegenüber einer städtischen Sub- und Alltagskultur sowie kultureller und politischer Bildung zu beobachten – lokalpolitisch etwa bei der Vergabe von Fördermitteln. Diese kulturpolitischen Strategien rechter Akteur*innen sind nicht allein in der Stadt zu finden. Hier entfalten sie jedoch eine spezifische Vorstellung von antiurbaner Gestaltung: Das autoritäre Kunst- und Kulturverständnis und die beschriebenen städtebaulichen Auffassungen sind Bestandteil einer Vorstellung von Stadt, mit der Widersprüchlichkeiten und Diskussionen eingeebnet werden sollen und die Momente des politischen Widerstands und damit auch der politischen Auseinandersetzung ausschließt. Kultur und Kunst in der Stadt werden zu statischen Funktionen einer homogenen, abgeschlossenen städtischen Identität.

Rechte Städte? Zusammenfassung

Die voranstehenden Materialanalysen waren von zwei Fragen geleitet: 1. Welche Vorstellungen haben rechte Bewegungen von Städten und städtischen Räumen? 2. Wie intervenieren rechte Bewegungen in Auseinandersetzungen um Stadtentwicklung? Die erste Frage knüpft an Forschungen zur historischen Großstadtfeindschaft der Rechten und an Diskussionen um die Fundierung des gegenwärtigen Rechtsrucks in ländlichen Regionen an. Die zweite bezieht Erklärungsansätze für den Rechtsruck, die auf die Bedeutung von Demokratiedefiziten verweisen, auf den städtischen Kontext.

Bei der Durchsicht von mehr als 2.000 Dokumenten aus den Jahren 2015 bis 2018 konnten wir wiederkehrende Muster in der Beschreibung von (Groß-)Städten und urbanen Lebensformen rekonstruieren. Als strukturbildend hat sich eine Spannung zwischen programmatischer Ableh-

nung und pragmatischer Aneignung städtischer Wirklichkeit erwiesen. Die Stadt wird einerseits abgelehnt, da sie für die Autor*innen Ort des kulturellen Niedergangs, des Kontrollverlustes, der Vermassung und Unüberschaubarkeit ist. Sie wird andererseits angeeignet, insofern die ‚eigentliche‘, wehrhafte, geordnete, sichere und produktive Stadt hinter all den Zumutungen des urbanen Lebens für die Autor*innen erkennbar bleibt. Die Stadt ist so gesehen eine Bühne der Selbstdarstellung und vor allem ein Kampffeld, das die Rechten ihren Gegner*innen nicht leichtfertig überlassen wollen.

Ablehnung und Aneignung des Städtischen gehen in jenen Strategien Verbindungen ein, die auf Enturbanisierung oder Ruralisierung der Städte abzielen: Die Stadt soll gewissermaßen zu einem großen Dorf werden. Die dörfliche Stadt ist aus Perspektive der Rechten der eigentliche Raum, in dem das Eigene Priorität hat. Das heißt, die mit Dörflichkeit verbundene Ordnung, Überschaubarkeit und Harmonie werden in den untersuchten Dokumenten als natürliche und richtige Eigenschaften der Stadt verstanden. Diese Vorstellung von Eigentlichkeit findet Niederschlag in städtebaulichen und planerischen Fixierungen, in denen soziale Praxis und sozialer Wandel als raumabhängige Größen erscheinen. Veränderung, Konflikte und die Notwendigkeit komplexer Aushandlungsprozesse sind in dieser Vorstellung städtischen Zusammenlebens nicht vorgesehen.

Zur eigentlichen Stadt gehören aus Sicht der Rechten etwa ein umgrenzter Stadtkern mit historischer (rekonstruierter) Altstadt und Kleingewerbe, Straßen und (Park-)Plätze, Großindustrie am Stadtrand, Einfamilienhäuser in der grünen Peripherie. In der eigentlichen, in der rechten Argumentation idealisierten Stadt leben die eigenen, die normalen Leute. Normalität wird Mittelschichtsfamilien mit (Aspiration auf) Wohneigentum zugeschrieben oder Singles im Einzimmerappartement; sie bestehe in über Jahrzehnte gewachsenen Nachbarschaften, der Kehrwoche und all den anderen Dingen, die man sprichwörtlich immer schon so gemacht hat. Der Normalität wird in den von uns analysierten Beiträgen die Abweichung gegenübergestellt, die alle Merkmale von Urbanität auf sich vereinigt. Die

richtige Stadt, die von den richtigen Leuten bewohnt wird, muss wiederhergestellt werden, so die Argumentationslogik. Die eigentliche und eigene Stadt werde durch Zuwanderung und Migration, staatliche Regulierung und Gängelung der

Ablehnung und Aneignung des Städtischen gehen in jenen Strategien Verbindungen ein, die auf Enturbanisierung oder Ruralisierung der Städte abzielen.

Bürger*innen (Verkehrspolitik, Wohnungspolitik, Sozialpolitik), Verwahrlosung, Bürokratie sowie Minderheitenpolitik in ihrer Substanz und ihrem Gleichgewicht bedroht.

Diese Vorstellung städtischer Ordnung liegt den stadtpolitischen Forderungen der Rechten zugrunde. In der Regel sind stadtpolitische Auseinandersetzungen für sie kaum mehr als ein Anlass, den vermeintlichen Verlust gesellschaftlicher Ordnung anzuprangern. Exemplarisch ist die Diskussion um Dieselfahrverbote, die in eine Debatte um Geschlechterverhältnisse überführt wird (das ‚männliche‘ Auto und die ‚weichlichweibliche‘ grüne Politik). Statt Lösungsorientierung spricht aus der Haltung im Umgang mit konkreten Problemen die Lust am Opferstatus und an der Katastrophe, die Beschwörung des Untergangs und der Rückzug in eine Verteidigungshaltung. Anders als die Selbstdarstellung als politische Alternative oder die Schelte des Altparteienkartells suggerieren, handelt es sich nicht um Politik als Gestaltung sozialen Wandels und Aushandlung von Interessen. Die Rechten argumentieren vielmehr überhaupt nicht vor einem Horizont politischer Diskussion und demokratischer Partizipation; der Ruf nach Gestaltung und Alternativen entpuppt sich als nicht verhandelbare Rückführung auf Normalität und Natürlichkeit. Diese Bezugspunkte bleiben aber unklar, denn das goldene Zeitalter oder das angeblich bessere Früher hat es nie gegeben. In diesem Sinne unpolitisch ist etwa die Kritik an fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten bei städtebaulichen Projekten. Sie erfolgt punktuell und selektiv: Bürgerbeteiligung wird dann als Instrument vorgeschlagen, wenn das zu erwartende Ergebnis der

politischen Linie der AfD entspricht (Moscheebau), in anderen Fällen aber wird Beteiligung als Gruppenegoismus und Innovationsblockade diffamiert (etwa beim Neubau hochpreisiger Wohnungen). Wie die Stadt als solche eine eigentliche Ordnung habe, so ist auch der Verwaltungsapparat nach Ansicht der Rechten mit eigentlich guten, loyalen und unpolitischen Beamten besetzt; insbesondere Polizist*innen gelten als pflichteifrig, kompetent und aufopfernd, als Bastion gegen die Politik der ideologisch verirrten urbanen Eliten. Einerseits werden Verwaltung und Behörden idealisiert. Wenn es politisch opportun ist – wie im Fall der Dieselfahrverbote oder der Beauftragung rechter Demonstrationen –, werden sie andererseits als langsam, inkompetent oder als voreingenommen beschrieben.

Ist mit der von uns herausgearbeiteten Vorstellung von Stadt ein Deutungs- und Politikangebot verbunden, das aktuelle städtische Konflikte aufgreift? Zumindest nicht dann, wenn unter Politik die Gestaltung des Zusammenlebens, die Organisierung von Interessenausgleich oder die Regulierung der Wirtschaft verstanden wird. Vorschläge solcher Art machen die Autor*innen der untersuchten Beiträge kaum. So werden etwa fehlende Möglichkeiten der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum oder Erfahrungen der Entwürdigung bei der Wohnraumsuche mit der angeblichen Problemlösungsfähigkeit des Marktes gekontert, der durch politische Schließung gegen Migration zum Ausgleich finden würde. Die Wohnungsfrage ist exemplarisch für den restaurativen Umgang mit politischen Herausforderungen. Das zeigt sich nicht nur am marktradikalen rechten Mainstream, dem zufolge mehr Anreize für Neubau und privates Wohneigentum geschaffen werden müssen, sondern auch an den sozialpolitischen Ansätzen. Sie laufen darauf hinaus, Wohnungssuchende mit Migrationsgeschichte gegenüber jenen ohne Migrationsgeschichte zu benachteiligen. Wenn nicht geteilt werden muss, ist mehr da, so das Versprechen. Es hat zugleich eine disziplinierende Funktion, werden am Fall der angeblich ordnungs- und sicherheitsgefährdenden Migrant*innen doch das richtige Zusammenleben in der Stadt und die Sanktionierung von Nonkonformität festgemacht. Das Leitbild der homogenen, harmonischen Stadt geht da-

her auf verschiedenen Ebenen mit Ausgrenzung einher. Durch die Abgrenzung des Städtischen vom Ländlichen orientieren die Rechten ihre Leser*innen auf Eindeutigkeit und Rigorismus; durch den Ausschluss von Migrant*innen oder die Maßregelung von Fehlverhalten (Nulltoleranz bei Ordnungsverstößen) organisieren sie Zugehörigkeit und Gemeinschaft.

Eine Grunderfahrung des Städtischen ist die Gleichzeitigkeit von Ordnung und Chaos, so der Stadtforscher Walter Siebel (2012). Eine Stadtgesellschaft muss sich fortwährend mit Heterogenität und Veränderung auseinandersetzen. Alle Bestrebungen, zu planen, zu ordnen und abzusichern, laufen dieser Dynamik hinterher. Daher der große Bedarf an demokratischer Partizipation und Aushandlung – sei es in Kommunalpolitik und Verwaltung, sei es im nachbarschaftlichen Zusammenleben. Die Rechten versuchen hingegen, Eindeutigkeit herzustellen. Dazu greifen sie auf Strategien der Verräumlichung zurück, die konkreten räumlichen Gegebenheiten eine bestimmende Rolle für das Soziale unterstellt. In diesem Sinne rücken sie Parallelgesellschaft, Wohnformen oder Autostadt ins Zentrum ihrer moralisierenden Attacken. Sie greifen damit Demokratie selbst an: Mit der Ethnisierung sozialer und politischer Differenzen, mit der Auszeichnung einer ‚normalen‘ Lebensführung oder mit der symbolischen Besetzung städtebaulicher Gestaltung werden Teilhabe, Diskussion und demokratische Willensbildung delegitimiert und eingeschränkt.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2017) (Hg.), Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/monitoring-2017.pdf> (letzter Abruf am 16.5.2019).
- Ammicht Quinn, Regina (2019), Mit Rechten reden/ zu Rechten forschen? Ein Widerspruch auf Einladung, *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7(1/2): 147–152.
- Attia, Iman (2013), Das Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Einige kritische Anmerkungen, *Soziologische Revue* 36(1): 3–9.
- Bartsch, Michael (2019), Auf Kollisionskurs. Die Konfliktlinien zwischen Theatern und der AfD in Sachsen, *Theater der Zeit* 4/2019, S. 22–24.
- Baumann, Claus (2015), Urbanität, Provinzialität und Bildung, in: Max Beck/Nicholas Coomann (Hg.), *Sprachkritik als Ideologiekritik. Studien zu Adornos Jargon der Eigentlichkeit*, Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 137–157.
- Belina, Bernd (2013), *Raum*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bergmann, Klaus (1970), *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim a. Glan: Hain.
- Bescherer, Peter/Feustel, Robert/Schelenz, Laura/Sievi, Luzia (2018), *Urbaner Populismus? Das Gefahrenpotenzial der Stadtentwicklung*, Working Paper, <http://podesta-projekt.de/wp-content/uploads/2018/08/Urbaner-Populismus-WorkingPaper-1-Podesta-August-2018-web.pdf> (letzter Abruf am 14.6.2019).
- Betker, Frank (2015), Ließ der Sozialismus Raum für Urbanität?, in: Großbölting, Thomas/Schmidt, Rüdiger (Hg.), *Gedachte Stadt – Gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945-1990*, Köln u.a.: Böhlau, S. 1–28.
- Dağdelen, Sevim (2015), Der Nützlichkeitsrassismus wird hoffähig, *Migazin*, 6.2.2015, <http://www.migazin.de/2015/02/06/debatte-um-einwanderungsgesetz-der-nuetzlichkeitsrassismus-wird-hoffaehig/> (letzter Abruf am 20.5.2019).
- Decker, Oliver (2018), Flucht ins Autoritäre, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 15–63.
- Durth, Werner (1991), Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich, in: Prinz, Michael/Zitelmann, Rainer (Hg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt: Wiss. Buchges., S. 139–171.
- El-Mafaalani, Aladin (2018), *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Farwick, Andreas (2018), Migration und Stadt – Zur Integration von Migranten in innerstädtischen Quartieren, in: Gestring, Norbert/Wehrheim, Jan (Hg.), *Urbanität im 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 96–112.
- Felgenhauer, Tilo (2007), *Geographie als Argument. Eine*

- Untersuchung rationalisierender Begründungspraxis am Beispiel „Mitteldeutschland“*, Stuttgart: Steiner.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019), Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung, *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7(1/2): 23–44.
- Fuchs, Thorsten (2019), Bürger revoltieren gegen Dieselfahrverbote, *Göttinger Tageblatt* (online), 9.2.2019, <http://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Buerger-revoltieren-gegen-Dieselfahrverbote> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Führer, Karl Christian (1997), Anspruch und Realität. Das Scheitern der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 45(2): 225–256.
- Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha/Bruns, Julian (2017), *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: Unrast.
- Haerendel, Ulrike (1999), Wohnungspolitik im Nationalsozialismus, *Zeitschrift für Sozialreform* 45(10): 843–879.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004), *Stadtsoziologie*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Kahmann, Bodo (2011), Antiurbanismus und Antisemitismus. Zur Geschichte und Aktualität eines innigen Verhältnisses, *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 50(1): 108–115.
- Khuon, Ulrich/Klose, Bianca (2019), Kampffeld Kultur. „Sie wollen ein völkisch nationales Theater“: Ein Gespräch darüber, wie sich Bühnen gegen die Angriffe der Rechten wehren können, Interview mit Peter Laudenbach, *Süddeutsche Zeitung* v. 22.2.2019.
- Lefebvre, Henri (2016), *Das Recht auf Stadt*, Hamburg: Edition Nautilus.
- Lindner, Rolf (2004), *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*, Frankfurt/New York: Campus.
- Metz, Markus/Seeßlen, Georg (2016), *Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge*, Berlin: Bertz+Fischer.
- Nioduschewski, Anja (2019), Kulturkampf oder alles nur Theater? Wie die AfD mit ihrer Kulturpolitik die Theater attackiert – und glänzendem Protest begegnet, *Theater der Zeit* 4/2019, S. 11–12.
- Reulecke, Jürgen (1985), *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rinn, Moritz (2016), *Konflikte um die Stadt für alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Rucht, Dieter (2017), Rechtspopulismus als soziale Bewegung, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(2): 34–50.
- Schlottmann, Antje (2005a), Rekonstruktion alltäglicher Raumkonstruktionen. Eine Schnittstelle von Soziogeographie und Geschichtswissenschaft?, in: Geppert, Alexander C.T./Jensen, Uffa/Weinhold, Jörn (Hg.), *Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld: transcript, S. 107–133.
- Schlottmann, Antje (2005b), *RaumSprache. Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie*, Stuttgart: Steiner.
- Schneiders, Thorsten-Gerald/Wessel, Felix (2018), Was hinter Clan-Kriminalität steckt, *Deutschlandfunk*, https://www.deutschlandfunk.de/nachgefragt-was-hinter-clan-kriminalitaet-steckt.2852.de.html?dram:article_id=436417 (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Schubert, Dirk (1986), Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion, *Die alte Stadt* 13(1): 22–41.
- Sennett, Richard (2018), *Building and Dwelling. Ethics for the City*, New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Siebel, Walter (2012), Ordnung und Chaos. Bedingungen der urbanen Stadt, *Polar* 12, S. 57–61.
- Sofsky, Wolfgang (1986), Schreckbild Stadt. Stationen der modernen Stadtkritik, *Die alte Stadt* 13(1): 1–21.
- Trüby, Stephan (2018a), Wir haben das Haus am rechten Fleck, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 16.4.2018.
- Trüby, Stephan (2018b), Die Vergangenheit neu erfinden, Interview mit Alem Grabovac, *Die Tageszeitung* v. 11./12.8.2018.
- Wagner, Thomas (2017), *Die Angstmacher: 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin: Aufbau.

Quellenverzeichnis

Siglen

JF: Junge Freiheit

IB Schw: Identitäre Schwaben

AfD Komp: AfD Kompakt, Mitgliedermagazin

AfD BV: Pressemitteilungen des AfD-Bundesverbands

AfD Frkt BT: Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

AfD Frkt BW: Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

AfD Frkt SN: Pressemitteilungen der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

AfD Frkt ST: Anfragen und Anträge der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart

AfD Frkt LE: Anfragen und Anträge der AfD-Fraktion im Stadtrat Leipzig

AfD KV ST: Pressemitteilungen, Facebook des AfD-Kreisverbands Stuttgart

AfD BV (2013-2019a), Themen & Positionen des AfD-Bundesverbands: Verkehr/Infrastruktur, <https://www.afd.de/verkehr-infrastruktur/> (letzter Abruf am 11.5.2019).

AfD BV (2013-2019b), Kampagnenseite des AfD-Bundesverbands: Ja zum Diesel – Machen Sie mit!, <https://www.afd.de/ja-zum-diesel/> (letzter Abruf am 11.5.2019).

AfD BV/Pazderski, Georg (6.1.2017), Beitrag des AfD-Bundesverbands v. 6.1.2017: Ethnisches Profiling ist unerlässlich, <https://www.afd.de/pazderski-ethnisches-profiling-ist-unerlaesslich/> (letzter Abruf am 10.5.2019).

AfD BV/Pazderski, Georg (7.7.2017), Beitrag des AfD-Bundesverbands v. 7.7.2017: Justizversagen schafft rechtsfreie Räume, <https://www.afd.de/georg-pazderski-justizversagen-schafft-rechtsfreie-raeume/> (letzter Abruf am 10.5.2019).

AfD BV/Pazderski, Georg (20.6.2018), Beitrag des AfD-Bundesverbands v. 20.6.2018: Trump kennt Kriminalität in Deutschland wohl besser als Merkel, <https://www.afd.de/georg-pazderski-trump-kennt-kriminalitaet-in-deutschland-wohl-besser-als-merkel/> (letzter Abruf am 14.6.2019).

AfD Frkt BT (10.4.2018), Drucksache des Deutschen Bundestages 19/1589 v. 10.4.2018: Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD: Straftaten an Thüringer Bahnhöfen und Flughäfen, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/015/1901589.pdf> (letzter Abruf am 10.5.2019).

AfD Frkt BT (23.5.2018), Drucksache des Deutschen Bundestages 19/2285 v. 23.5.2018: Kleine Anfrage der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Ulrike Schielke-Ziesing, Jürgen Pohl und der Fraktion der AfD: Sozialer Wohnungsbau in Deutschland – Situationsverschärfung durch „Herausmodernisierung“, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/022/1902285.pdf> (letzter Abruf am 13.5.2019).

AfD Frkt BT (8.6.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag v. 8.6.2018: Merkels Wohnungsversprechen nichts als Schall und Rauch, <https://www.afdbundestag.de/bernhard-merkels-wohnungsversprechen-nichts-als-schall-und-rauch/> (letzter Abruf am 13.5.2019).

AfD Frkt BT/Gottschalk, Kay (20.4.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag v. 20.4.2018: Wenn wir an den derzeitigen Stickstoffdioxid-Grenzwerten festhalten, gehen viele Deutsche bald zu Fuß, <https://www.afd.de/kay-gottschalk-wenn-wir-an-den-derzeitigen-stickstoffdioxid-grenzwerten-festhalten-gehen-viele-deutsche-bald-zu-fuss/> (letzter Abruf am 11.5.2019).

AfD Frkt BT/Spaniel, Dirk (7.6.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag v. 7.6.2018: Merkel gibt zu, dass Fahrverbote künftig zum Alltag gehören, <https://www.afdbundestag.de/spaniel-merkel-gibt-zu-dass-fahrverbote-kuenftig-zum-alltag-geh hoeren/> (letzter Abruf am 11.5.2019).

AfD Frkt BW (23.12.2016), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 23.12.2016: Mietpreisbremse zeigt keine Wirkung, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/192/Mietpreisbremse+zeigt+keine+Wirkung> (letzter Abruf am 12.5.2019).

- AfD Frkt BW (4.1.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 4.1.2017: Augenmaß und Realismus sind bei Ausbau der Videoüberwachung gefragt, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/198/Augenma%C3%9F+und+Realismus+sind+bei+Ausbau+der+Video%C3%BCberwachung+gefragt> (letzter Abruf am 10.5.2019).
- AfD Frkt BW (18.1.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 18.1.2017: Neues Wohnförderprogramm: Geringverdiener und Flüchtlinge werden zu Konkurrenten, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/225/Neues+Wohnraumf%C3%B6rderprogramm%3A+Geringverdiener+und+Fl%C3%BChtlinge+werden+zu+Konkurrenten> (letzter Abruf am 12.5.2019).
- AfD Frkt BW (25.1.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 25.1.2017: Feinstaubbelastung in Stuttgart: ÖPNV muss dringend ausgebaut und gestärkt werden, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuell/238/Feinstaubbelastung+in+Stuttgart%3A+%C3%96PNV+muss+dringend+ausgebaut+und+gest%C3%A4rkt+werden> (letzter Abruf am 13.6.2019).
- AfD Frkt BW (24.2.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 24.2.2019: Feinstaub-Hysterie: Das geplante Dieselfahrverbot ist an Naivität und Kurzsichtigkeit nicht zu überbieten, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuell/374/Feinstaub-Hysterie:+Das+geplante+Dieselfahrverbot+ist+an+Naiv+it%C3%A4t+und+Kurzsichtigkeit+nicht+zu+%C3%BCberbieten> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW (20.3.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 20.3.2019: Stuttgart 21: Mehr Abraum als Ground Zero, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuell/426/Stuttgart+21:+Mehr+Abraum+als+Ground+Zero> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW (29.3.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 29.3.2017: Grüne Feinstaub-Panikmache schadet Einzelhandel und Tourismus, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/445/Gr%C3%BCne+FeinstaubPanikmache+schadet+Einzelhandel+und+Tourismus> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW (28.4.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 28.4.2017: Mehrwertsteuer-Irrsinn: Ländliche Gastronomie wird benachteiligt, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/481/Mehrwertsteuer-Irrsinn> (letzter Abruf am 8.5.2019).
- AfD Frkt BW (1.6.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 1.6.2017: AfD fordert Ausbau des Nord-Ost-Rings um Stuttgart, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/528/AfD+fordert+Ausbau+des+Nord-Ost-Rings+um+Stuttgart> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW (17.7.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 17.7.2017: Neuer Staatsfeind Feinstaub: AfD gegen Fahrverbote, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuell/595/%E2%80%9ENeuer+Staatsfeind+Feinstaub%E2%80%9C%3A+AfD+gegen+Fahrverbote> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW (2.10.2018), Drucksache des Landtags von Baden-Württemberg 16/4897 v. 2.10.2018: Gesetzentwurf der Fraktion der AfD: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbssteuer, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/4000/16_4897_D.pdf (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt BW (8.1.2019), Drucksache des Landtags von Baden-Württemberg 16/5471 v. 8.1.2019: Kleine Anfrage des Abg. Harald Pfeiffer AfD und Antwort des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration: Vorfälle in der Silvesternacht in Mannheim und Karlsruhe, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5471_D.pdf (letzter Abruf am 10.5.2019).
- AfD Frkt BW/Baron, Anton (2.2.2017), Pressemitteilung der AfD Fraktion Baden-Württemberg vom 2.2.2017, SPD hat Wohnraumförderung verschlafen, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuelles/313/Anton+Baron%3A+%E2%80%9ESPD-Fraktion+hat+Wohnraumf%C3%B6rderung+verschlafen+und+w+ill+jetzt+Forderungen+der+AfD-Fraktion+umsetzen%E2%80%9C> (letzter Abruf am 12.5.2019).
- AfD Frkt BW/Baron, Anton (21.9.2018), Pressemitteilung der AfD Fraktion Baden-Württemberg vom 21.9.2018,

- Steuern und Bürokratie auf Wohngipfel thematisieren, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1249/Anton+Baron%3A+Steuern+und+B%3%BCrokratie+auf+Wohngipfel+thematizieren%21> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt BW/Baron, Anton (4.12.2018), Pressemitteilung der AfD Fraktion Baden-Württemberg vom 4.12.2018, Wohnungsbau ist die beste Mietpreisbremse, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuell/1355/Anton+Baron%3A+Wohnungsbau+ist+die+beste+Mietpreisbremse> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt BW/Baron, Anton/Berg, Lars Patrick (22.5.2018), Pressemitteilung der AfD Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 22.5.2018: Anton Baron und Lars Patrick Berg zu Hausbesetzungen, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1022/Anton+Baron+und+Lars+Patrick+Berg+zu+Hausbesetzungen%3A+Links+extremisten+nicht+das+Thema+Wohnen+%3%BCberlassen%21> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt BW/Berg, Lars Patrick u.a. (27.7.2017), Drucksache des Landtags von Baden-Württemberg 16/2444 v. 27.7.2017: Antrag der Abg. Lars Patrick Berg u.a. AfD und Stellungnahme des Ministeriums für Soziales und Integration: Auftritt linksextremistischer Rock- und Punkbands im „Kinder- und Jugendhaus Hallschlag“ in Stuttgart, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/2000/16_2444_D.pdf (letzter Abruf am 8.5.2019).
- AfD Frkt BW/Gögel, Bernd/Grimmer, Bernd (6.4.2018), Drucksache des Landtags von Baden-Württemberg 16/3838 v. 6.4.2018: Kleine Anfrage der Abg. Bernd Gögel und Dr. Bernd Grimmer AfD und Antwort des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration: Zuzugsbeschränkungen und Wohnsitzauflagen für Asylbewerber – Betrachtung einer Kommune als „Soziallabor“ durch ein Mitglied der Landesregierung, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/3000/16_3838_D.pdf (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt BW/Herre, Stefan (17.7.2018), Drucksache des Landtags von Baden-Württemberg 16/4477 v. 17.7.2018: Kleine Anfrage des Abg. Stefan Herre AfD und Antwort des Ministeriums für Verkehr: Finanzielle, private und berufliche Folgen der Fahrverbote für die Bevölkerung in Baden-Württemberg, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/4000/16_4477_D.pdf (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW/Herre, Stefan (4.12.2018), Drucksache des Landtags von Baden-Württemberg 16/5315 v. 4.12.2018: Kleine Anfrage des Abg. Stefan Herre AfD und Antwort des Ministeriums für Verkehr: Fahrverbote in Stuttgart und Ausnahmeregelungen für alle Bevölkerungsgruppen und Pendler wegen des lückenhaften öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in der Fläche unter Berücksichtigung des Artikels 3 des Grundgesetzes (GG), https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5315_D.pdf (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW/Podeswa, Rainer (11.7.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 11.7.2018: Reduzierung der Grunderwerbssteuer ist längst überfällig, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1284/Dr.+Rainer+Podeswa%3A+Reduzierung+der+Grunderwerbsteuer+ist+l%C3%A4ngst+%3%BCberf%C3%A4llig%21> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt BW/Stauch, Hans-Peter (15.11.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 15.11.2018: Verkehrspolitische Konfusion von Schwarz-Grün offenbart sich an allen Stellen, <http://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/1311/Hans-Peter+Stauch%3A+Verkehrspolitische+Konfusion+von+Schwarz-Gr%C3%BCn+offenbart+sich+an+allen+Stellen> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW/Wolle, Carola (10.7.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg v. 1.7.2018: City-Maut und Nahverkehrsabgabe – auch nach den Fahrverboten sollen die Bürger noch zur Kasse gebeten werden, <http://afd-fraktion-bw.de/aktuell/1101/Carola+Wolle%3A+City-Maut+und+Nahverkehrsabgabe+%E2%80%93+auch+nach+den+Fahrverboten+sollen+die+B%3%BCrger+noch+zur+Kasse+gebeten+werden> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt BW/Wolle, Carola u.a. (17.10.2018), Drucksache des Landtags von Baden-Württemberg 16/5027 v.

- 17.10.2018: Große Anfrage der Abg. Carola Wolle u.a. AfD und Antwort der Landesregierung: Abriss denkmalgeschützter Gebäude, https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5027_D.pdf (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt LE (22.6.2016), Antrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Leipzig v. 22.6.2016, Antrag Nr. VI-A-02882: Umfeld-Verbesserung des Leipziger Mockau-Centers (LMC) und Optimierung der Parkmöglichkeiten, <https://ratsinfo.leipzig.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1004393> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt LE (14.12.2016), Anfrage der AfD-Fraktion im Stadtrat Leipzig v. 14.12.2016, Anfrage Nr. VI-F-03503: Sicherung des Denkmalstatus und damit des Erhalts des allegorischen Wandgemäldes „Flora in der Waage“ in der vormaligen „Apotheke zum goldenen Löwen“ in der Grimmischen Straße 19, <https://ratsinfo.leipzig.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1005448> (letzter Abruf am 8.6.2018).
- AfD Frkt LE (13.12.2017), Anfrage der AfD-Fraktion im Stadtrat Leipzig v. 13.12.2017, Anfrage Nr. VI-F-05091: Verkehrsinfarkt im Leipziger Norden und Osten?, <https://ratsinfo.leipzig.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1008304> (letzter Abruf am 8.6.2019).
- AfD Frkt SN (21.5.2015), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 21.5.2015: Innenausschuss im Landtag entlarvt Wohnungslüge von CDU-Kandidat Ulbig, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/innenausschuss-im-landtag-entlarvt-wohnungsluege-von-cdu-kandidat-ulbig.html> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt SN (29.10.2015), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 29.10.2015: Gestern unumgänglich, morgen überflüssig – Bauverordnung wird für Asyl-Chaos politisch zurechtgebogen!, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/gestern-unumgaenglich-morgen-ueberfluessig-bauverordnung-wird-fuer-asyl-chaos-politisch-zurechtgebogen.html> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt SN (9.12.2015), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 9.12.2015: Geschäfte mit Asylbewerbern auf Kosten der Einheimischen, <https://www.afdsachsen.de/presse/pressemitteilungen/geschaefte-mit-asylbewerbern-auf-kosten-der-einheimischen-2930.html> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt SN (26.8.2016), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 26.8.2016: AfD-Anfrage: Staatsregierung hat keine Ahnung vom Zustand der technischen Denkmäler, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-anfrage-staatsregierung-hat-keine-ahnung-vom-zustand-der-technischen-denkmaeler.html> (letzter Abruf am 15.5.2018).
- AfD Frkt SN (2.3.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 2.3.2017: AfD-Fraktion empfiehlt Grünen-Fasten, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-fraktion-empfehl-gruenen-fasten.html> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt SN (20.7.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 20.7.2017: Grüne „Verbotsfetischisten“ drohen: „Diesel-Fahrverbot wird per Gericht angeordnet“, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/gruene-verbotsfetischisten-drohen-diesel-fahrverbot-wird-per-gericht-angeordnet.html> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt SN (1.8.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 1.8.2017: Kreuzzug gegen Diesel-PKW's nimmt immer absurdere Züge an, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/kreuzzug-gegen-diesel-pkws-nimmt-immer-absurdere-zuege-an.html> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt SN (9.2.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 9.2.2018: Haus und Grund Sachsen kritisiert Pläne von Union und SPD zum Wohnen, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/haus-grund-sachsen-kritisiert-plaene-von-union-und-spd-zum-wohnen.html> (letzter Abruf am 15.5.2018).
- AfD Frkt SN/Hütter, Carsten (17.11.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 17.11.2017: Will die Staatsregierung Sachsens Dörfer mit Asylbegehren fluten? Auskunft auf AfD-Anfrage verweigert!, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/will-die-staatsregierung-sachsens-doerfer-mit-asylbegehren-fluten-auskunft-auf-afd-anfrage-verweigert.html> (letzter Abruf am 9.5.2019).

- AfD Frkt SN/Kersten, Andrea (13.3.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 13.3.2017: Geld für altersgerechtes Wohnen statt für Asylunterkünfte, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/geld-fuer-altersgerechtes-wohnen-statt-fuer-asylunterkuenfte.html> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt SN/Muster, Kirsten (8.4.2016), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 8.4.2016: Straftäter direkt sanktionieren, Ordnungswidrigkeiten hart ahnden – Sachsens Städte vor Verrottung und Verrohung schützen!, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/strafataeter-direkt-sanktionieren-ordnungswidrigkeiten-hart-ahnden-sachsens-staedte-vor-verrottung-und-verrohung-schuetzen.html> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Frkt SN/Muster, Kirsten (30.9.2016), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 30.9.2016: AfD Fraktion enthüllt erneut: Sächsische Verwaltung bricht eigene Gesetze!, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-fraktion-enthuehlt-erneut-saechsische-verwaltung-bricht-eigene-gesetze.html> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt SN/Urban, Jörg (7.11.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 7.11.2017: Ländlicher Raum darf nicht Spielball von Partei-Politik werden!, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/laendlicher-raum-darf-nicht-spielball-von-partei-politik-werden.html> (letzter Abruf am 8.5.2019).
- AfD Frkt SN/Urban, Jörg (30.1.2018), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 30.1.2018: Zuzugsstopp für Asylbewerber nicht nur für Freiberg – sondern für ganz Deutschland!, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/zuzugsstopp-fuer-asylbewerber-nicht-nur-fuer-freiberg-sondern-fuer-ganz-deutschland.html> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Frkt SN/Wendt, André (30.8.2016), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 30.8.2016: SPD-Integrationsministerin Köpping: Erst Hü dann Hott im Asyl-Chaos, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/spd-integrationsministerin-koeppling-erst-hue-dann-hott-im-asyl-chaos.html> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Frkt SN/Wippel, Sebastian (6.12.2017), Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag v. 6.12.2017: Angeblicher Kriminalitäts-Rückgang? Ulbig und Innenminister-Kollegen sollen einen Abendbummel auf der Leipziger Eisenbahnstraße machen!, <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/angeblicher-kriminalitaets-rueckgang-ulbig-und-innenminister-kollegen-sollen-einen-abendbummel-auf-der-leipziger-eisenbahnstrass.html> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Frkt ST (2015a), Luftreinhalteplan und Fahrverbote – die Position der AfD Fraktion der AfD im Landtag von Baden-Württemberg und Fraktion der AfD im Stuttgarter Gemeinderat, <http://afd-fraktion-stuttgart.de/aktuelles> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (2015b), Standpunkt Verkehr, <http://afd-fraktion-stuttgart.de/standpunkte/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (2015c), Standpunkt Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, <http://afd-fraktion-stuttgart.de/standpunkte/> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt ST (8.6.2015), Anfrage der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 8.6.2015, Anfrage Nr. 194/2015: Illegale nichtdeutsche Personen in Stuttgart, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/8f94306192fc22e6c1257e650047ad13?OpenDocument> (letzter Abruf am 16.5.2019).
- AfD Frkt ST (13.7.2015), Anfrage der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 13.7.2015, Anfrage Nr. 255/2015: Maßnahmen gegen Graffiti in Stuttgart, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/46e4c162e22d8e55c1257e8800477fa5?OpenDocument> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt ST (22.7.2015), Anfrage der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 22.7.2015, Anfrage Nr. 259/2015:

- Schnellere Bauzeiten, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/1c97095339224a49c1257e8b00318662?OpenDocument> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (13.8.2015), Anfrage der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 13.8.2015, Anfrage Nr. 290/2015: Situation in der Notaufnahmeeinrichtung für Kinder und Jugendliche in der Kernerstraße 36, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/e17111c073cde7b8c1257ea4003183c8?OpenDocument> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (20.8.2015), Anfrage der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 20.8.2015, Anfrage Nr. 298/2015: Obdachlose Personen in öffentlichen Anlagen und Einrichtungen, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/e8ad57c1e67f188fc1257ea800319b06?OpenDocument> (letzter Abruf am 16.5.2019).
- AfD Frkt ST (16.10.2015a), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 16.10.2015, Antrag Nr. 884/2015: Stellenerhöhung beim städtischen Vollzugsdienst, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/06cdec292926e969c1257ee6004784a5?OpenDocument> (letzter Abruf am 10.5.2019).
- AfD Frkt ST (16.10.2015b), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 16.10.2015, Antrag Nr. 886/2015: Vereinigung schwäbischer Mundarttheater, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/3b0d368fec359e67c1257ee6004784a8?OpenDocument> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt ST (16.10.2015c), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 16.10.2015, Antrag Nr. 889/2015: Pflanzung von Streuobstbäumen auf der Greutterwiese, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/3cf1b385cabb2889c1257ee60047848c?OpenDocument> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (17.10.2015), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 17.10.2015, Anfrage Nr. 876/2015: Erhöhung des Budgets für Baumpflege, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/90f654666ed2606dc1257ee60047844c?OpenDocument> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (12.5.2016), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 12.5.2016, Niederschrift Nr. 93 TOP 3: Betreff: Flüchtlingsunterbringung Standorte Tranche 6 A, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/E6367D4BC3EAE6DDC1257FD900317946> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt ST (5.9.2016), Anfrage der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 5.9.2016, Anfrage Nr. 272/2016: Was wird aus der Villa Moser?, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/bc8e1b9f521869f9c125802800478ffd?OpenDocument> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt ST (17.7.2017), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 17.7.2017, Antrag Nr. 217/2017: Bärenschlössle für alle, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/e959c20b8b7c74e7c12581620026748a?OpenDocument> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (26.7.2017), Anfrage der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 26.7.2017, Anfrage Nr. 235/2017: Ausbreitung überwunden geglaubter Infektionskrankheiten in Stuttgart, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/10523f3aedcbb0bfc125817800479831?OpenDocument> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST (10.10.2017), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 10.10.2017, Antrag Nr. 782/2017: Turmsanierung an der Oswald-Kirche in Weilimdorf, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/f1944cd861da3bafc12581be0047b60e?OpenDocument> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt ST (12.10.2017), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 12.10.2017, Antrag Nr. 793/2017: Einsparpotentiale im DHH 2018/2019 aus den Anträgen der Verwaltung (Grüne Liste), <https://www.domi->

- no1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/832127958692dfd7c12581be0047b5b1?OpenDocument (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt ST (16.11.2017), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 16.11.2017, Niederschrift Nr. 235 TOP 9: Betreff: Bezahlbares Wohnen in Stuttgart mit mehr kommunalen Wohnungen! – Antrag Nr. 293/2017 vom 12.10.2017 (SPD, GRÜNE, SÖS-Linke-PluS), <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/7D685C12381182ACC125826E0047A10A> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt ST (14.6.2018), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 14.6.2018, Niederschrift Nr. 102 TOP 5: Betreff: Generaldebatte Wohnen, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/FCA15325A17020E4C125835500582969> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt ST/Brett, Eberhard (13.7.2017), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 13.7.2017, Niederschrift Nr. 108 TOP 3: Betreff: Erhöhung d. Parkgebühren im öffentl. Straßenraum u. Neugliederung der Parkgebührenzonen zum 1.11.2017 sowie Anhebung v. privatrechtl. Benutzungsentgelten für städt. Parkierungseinrichtungen zum 1.1.2018, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/87371210DEE14742C12581D3004D225A> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST/Fiechtner, Heinrich (29.6.2017), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 29.6.2017, Niederschrift Nr. 93 TOP 2: Betreff: 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplans Stuttgart – Anhörung, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/1C71267BEB5C8303C12581A20031A2C4> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST/Fiechtner, Heinrich (26.7.2017), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 26.7.2017, Niederschrift Nr. 149 TOP 1: Betreff: Gemeinsamer Antrag Nr. 205/2017 „Eine lebenswerte Stadt für alle!“ vom 06.07.2017 (90/GRÜNE, SPD, SÖSLINKE-PluS, STd), <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/F42BC2EFFCA99975C125819500319732> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST/Klingler, Bernd (16.7.2015), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 16.7.2015, Niederschrift Nr. 108 TOP 4: Betreff: Flüchtlingsunterbringung – Standorte Tranche 4, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/74682143B1AD52ACC1257ED8003170E4> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Frkt ST/Klingler, Bernd (27.7.2016), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 27.7.2016, Niederschrift Nr. 165 TOP 1: Betreff: Ergebnisbericht über das Bündnis Wohnen in Stuttgart, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/B624E56D5B9D8CA2C125802200478FE9> (letzter Abruf am 20.5.2019).
- AfD Frkt ST/Klingler, Bernd (10.10.2017), Antrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Stuttgart v. 10.10.2017, Antrag Nr. 777/2017: Kommunalisierung von Liegenschaften des Bundes und des Landes für den Wohnungsbau, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/ae7aefac3711e63fc1257c67004d7347/e5f7ce8fc74a8d7fc12581be0047b5f2?OpenDocument> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Frkt ST/Klingler, Bernd (19.10.2017), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 19.10.2017, Niederschrift Nr. 214/HH TOP 1: Betreff: Allgemeine Aussprache über den Doppelhaushaltsplan-Entwurf 2018/2019, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/1DC0CF0EED6BD662C12581D9004225C9> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Frkt ST/Klingler, Bernd (15.12.2017), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 15.12.2017, Niederschrift Nr. 272/HH TOP 1: Betreff: Dritte Lesung des Doppelhaushaltsplan-Entwurfs 2018/2019, [https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/0/3AA025969133734FC1258250005833C6/\\$File/1E6F68A9BB6E58C2C1258210003AD3A6.pdf?OpenElement](https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDRedSystem.nsf/0/3AA025969133734FC1258250005833C6/$File/1E6F68A9BB6E58C2C1258210003AD3A6.pdf?OpenElement) (letzter Abruf am 13.6.2019).
- AfD Frkt ST/Klingler, Bernd (19.4.2018), Protokoll Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart v. 19.4.2018, Niederschrift Nr. 61 TOP 1: Betreff: Generaldebatte „Mobilität“, <https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/ksdRedSystem.nsf/0/F1AAD5BBFD3FF5D7C125830800318C21> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Komp (28.11.2016), Sächsische Regierung will sozialen Wohnungsbau vorrangig in Ballungsgebieten fördern,

- 28.11.2016, <https://afdkompakt.de/2016/11/28/saechsische-regierung-will-sozialen-wohnungsbau-vorrangig-in-ballungsgebieten-foerdern/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (9.12.2016), Hamburg: rot-grün opfert Bäume für Straßenbau ohne Nachpflanzung zu sichern, 9.12.2016, <https://afdkompakt.de/2016/12/09/hamburg-rot-gruen-opfert-baeume-fuer-strassenbau-ohne-nachpflanzung-zu-sichern/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Komp (30.5.2017), Immer mehr sächsische Haushalte benötigen Wohngeld!, 30.5.2017, <https://afdkompakt.de/2017/05/30/immer-mehr-saechsische-haushalte-benoetigen-wohngeld/> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Komp (8.6.2017), Wohnprivatisierung ja, aber nicht nach rotrotgrünem Gutdünken, 8.6.2017, <https://afdkompakt.de/2017/06/08/wohnungsprivatisierung-ja-aber-nicht-nach-rotrotgruenem-gutduenken/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (28.6.2017), Jüngste Mietsubventionen von Rotrotgrün sind Klientelpolitik mit der Brechstange, 28.6.2017, <https://afdkompakt.de/2017/06/28/juengste-mietsubventionen-von-rotrotgruen-sind-klientelpolitik-mit-der-brechstange/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (19.7.2017), Rotrotgrün scheitert an eigenen Wohnungsbauzielen, 19.7.2017, <https://afdkompakt.de/2017/07/19/rotrotgruen-scheitert-an-eigenen-wohnungsbauzielen/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (20.9.2017), Alice Weidel im Exklusiv-Interview mit Philosophia Perennis. Alice Weidel im Exklusiv-Interview: „Die AfD ist die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland“, 20.9.2017, <https://afdkompakt.de/2017/09/20/alice-weidel-im-exklusiv-interview-mit-philosophia-perennis/> (letzter Abruf am 10.5.2019).
- AfD Komp (27.2.2018), Wohnungsbau. AfD-Fraktion fordert eine neue Baukultur, 27.2.2018, <https://afdkompakt.de/2018/02/27/wohnungsbau-afd-fraktion-hamburg-fordert-eine-neue-baukultur/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (21.3.2018), Magdeburger Parkanlage für alle erhalten statt Luxuswohnraum für wenige bauen, 21.3.2018, <https://afdkompakt.de/2018/03/21/magdeburger-parkanlage-fuer-alle-erhalten-statt-luxuswohnraum-fuer-wenige-bauen/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (23.4.2018), Rotrotgrün muss privaten Wohnungsbau stärken, 23.4.2018, <https://afdkompakt.de/2018/05/rotrotgruen-muss-privaten-wohnungsbau-staerken/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (14.5.2018a), AfD Berlin stellt Konzept für mehr Wohnungen in der Bundeshauptstadt vor, 14.5.2018, <https://afdkompakt.de/2018/05/14/afd-berlin-stellt-konzept-fuer-mehr-wohnungen-in-der-bundeshauptstadt-vor/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (14.5.2018b), Berlin baut mehr Wohnungen ohne Senatorin Lompscher, 14.5.2018, <https://afdkompakt.de/2018/05/14/berlin-baut-mehr-wohnungen-ohne-senatorin-lompscher/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (8.6.2018), Wir brauchen mehr Sozialwohnungen, um die Gesellschaft zusammenzuhalten, 8.6.2018, <https://afdkompakt.de/2018/06/08/wir-brauchen-mehr-sozialwohnungen-um-die-gesellschaft-zusammenzuhalten/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp (25.7.2018), Immer weniger Grün im roten Hamburg, 25.7.2018, <https://afdkompakt.de/2018/07/25/immer-weniger-gruen-im-roten-hamburg/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Komp (25.9.2018), Kein Nachtragshaushalt für linke Klientelprojekte, 25.9.2018, <https://afdkompakt.de/2018/09/25/kein-nachtragshaushalt-fuer-linke-klientelprojekte/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Komp (31.8.2018), Der soziale Wohnungsbau im Saarland sollte mehr gefördert werden, 31.8.2018, <https://afdkompakt.de/2018/08/31/der-soziale-wohnungsbau-im-saarland-sollte-mehr-gefoerdert-werden/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp/Berg, Hans Joachim (15.5.2018), Berliner Maxim-Gorki-Theater im linkspolitischen Propaganda-Modus. Steuergelder für Hetze gegen die angemeldete AfD-Demonstration am 27. Mai missbraucht, 15.5.2018, <https://afdkompakt.de/2018/05/15/berliner-maxim-gorki-theater-im-linkspolitischen-propaganda-modus/>

(letzter Abruf am 15.5.2019).

- AfD Komp/Bessin, Birgit (13.3.2018), Flüchtlingsgewalt: Cottbus kommt nicht zur Ruhe. Afghanen liefern sich Auseinandersetzung mit Cottbusern – Syrer bedrängen Mädchen sexuell in Schwimmbad, 13.3.2018, <https://afdkompakt.de/2018/03/13/cottbus-kommt-nicht-zur-ruhe/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Komp/Frohmaier, Markus (7.11.2017), AfD schlägt Maßnahmenpaket gegen kriminelle Clanstrukturen vor. Polizei und Justiz müssen in ihrem Kampf gegen die organisierte Kriminalität arabischer Großfamilien massiv unterstützt werden, 7.11.2017, <https://afdkompakt.de/2017/11/07/afd-schlaegt-massnahmenpaket-gegen-kriminelle-clanstrukturen-vor/> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Komp/Gläser, Ronald (6.7.2017), Schleichende Islamisierung Berlins sollte gestoppt werden. AfD fordert vom Senat, sich dem politischen Islam endlichen wirkungsvoll entgegenzustellen, 6.7.2017, <https://afdkompakt.de/2017/07/06/schleichende-islamisierung-berlins-sollte-gestoppt-werden/> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Komp/Hütter, Carsten (20.3.2018), Es droht die Verrohung der Gesellschaft. Drastisch angestiegene Messerangriffe nicht mehr als Einzelfälle abtun, sondern als schwere Straftaten werten, 20.3.2018, <https://afdkompakt.de/2018/03/20/es-droht-die-verrohung-der-gesellschaft/> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Komp/Jongen, Marc (9.11.2018), Kostenloser Eintritt in Museen wird Besucherzahlen nicht erhöhen. Freier Eintritt in Kultureinrichtungen führt zu Einnahmehausfall und geht zu Lasten der Steuerzahler, 9.11.2018, <https://afdkompakt.de/2018/11/09/kostenloser-eintritt-in-museen-wird-besucherzahlen-nicht-erhoehen/> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD Komp/Pazderski, Georg (30.11.2016), Rot-Grüne und Rot-Rot-Grüne Regierungen schauen zu, wie Städte verwahrlosen. Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht aufgegeben werden, 30.11.2016, <https://afdkompakt.de/2016/11/30/rot-gruene-und-rot-rot-gruene-regierungen-schauen-zu-wie-staedte-verwahrlosen/> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Komp/Pazderski, Georg (31.5.2018), Messer-Angriffe verbreiten Angst und Schrecken, 31.5.2018, <https://afdkompakt.de/2018/05/31/messer-angriffe-vertreiben-angst-und-schrecken/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Komp/Pazderski, Georg (3.8.2018), Schlag gegen kriminelle Clans nur mit vereinten Kräften. Wir fordern von den Altparteien, sich gemeinsam mit uns zum wehrhaften Rechtsstaat zu bekennen, 3.8.2018, <https://afdkompakt.de/2018/08/03/schlag-gegen-kriminelle-clans-nur-mit-vereinten-kräften/> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- AfD Komp/Pohl, Jürgen (1.10.2018), Wohnen ist ein Menschenrecht, 1.10.2018, <https://afdkompakt.de/2018/10/01/wohnen-ist-ein-menschenrecht/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- AfD Komp/Weidel, Alice (12.10.2017), Erlass für Salzgitter zeigt, dass die AfD wirkt. Landesregierung verbietet weiteren Zuzug von Asylbewerbern in die Stadt Salzgitter, 12.10.2017, <https://afdkompakt.de/2017/10/12/erlass-fuer-salzgitter-zeigt-dass-die-afd-wirkt/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD Komp/Weidel, Alice (23.4.2018), Geschönte Kriminalitätsstatistik im bayrischen Wahlkampfjahr. Die Polizeiliche Kriminalstatistik muss endlich entpolitisiert werden und tatsächlich alle Straftaten erfassen, 23.4.2018, <https://afd-kompakt.afd-hosting.de/2018/04/23/geschoente-kriminalitaetsstatistik-im-bayrischen-wahlkampfjahr/> (letzter Abruf am 10.5.2019).
- AfD Komp/Weigand, Rolf (4.9.2018), Dresden und Leipzig zählen zu den unsichersten Großstädten Deutschlands. Fast 80.000 Straftaten pro Jahr. In Dresden nahmen im Jahr 2017 die Straftaten um über 30 Prozent zu, 4.9.2018, <https://afdkompakt.de/2018/09/04/dresden-und-leipzig-zahlen-zu-den-unsichersten-grossstaedten-deutschlands/> (letzter Abruf am 10.5.2019).
- AfD Komp/Wilke, Katrin (16.10.2018), Sachsens Industriearchitektur erhalten, 16.10.2018, <https://afdkompakt.de/2018/10/16/sachsens-industriearchitektur-erhalten/> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD KV ST (30.7.2017), Skandalöses Urteil des Stuttgarter Verwaltungsgerichts, Pressemitteilung v. 30.7.2017, <https://stuttgart.afd-bw.de/aktuelles/news/10684/Skandalöses+Urteil+des+Stuttgarter+Verwaltungsgeric>hts (letzter Abruf am 14.6.2019).

- AfD KV ST (22.9.2017) Facebook-Post des AfD Kreisverbands Stuttgart v. 22.9.2017, <https://www.facebook.com/afdstuttgart/photos/a.1227153180634548/1929003687116157/?type=3&theater> (letzter Abruf am 13.6.2019).
- AfD KV ST (5.5.2018), Facebook-Post des AfD Kreisverbands Stuttgart v. 5.5.2018, <https://www.facebook.com/afdstuttgart/photos/a.1227153180634548/2191420810874442/?type=3&theater> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD KV ST (7.6.2018), Facebook-Post des AfD Kreisverbands Stuttgart v. 7.6.2018, <https://www.facebook.com/afdstuttgart/posts/2230033957013127> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD KV ST (27.7.2018), Facebook-Post des AfD Kreisverbands Stuttgart v. 27.7.2018, <https://www.facebook.com/afdstuttgart/posts/2314737708542751:0> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD KV ST (3.8.2018), Facebook-Post des AfD Kreisverbands Stuttgart v. 3.8.2018, <https://www.facebook.com/afdstuttgart/photos/a.1227153180634548/2327916617224860/?type=3&theater> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- AfD KV ST (12.10.2018), Facebook-Post des AfD Kreisverbands Stuttgart v. 12.10.2018, <https://www.facebook.com/afdstuttgart/posts/2433976599952194:0> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- AfD KV ST (19.1.2019), Facebook-Post des AfD Kreisverbands Stuttgart v. 19.1.2019, <https://www.facebook.com/afdstuttgart/posts/2586608651355654> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Bachmann, Lutz (2018), Rede von Lutz Bachmann (Pegida), *Compact* 1/2018, S. 51.
- Baldig, Johann Felix (2017), Die rechten Hippies kommen, *Compact* 7/2017, S. 61–63.
- Beleites, Michael (2016), Land-Wende. Zehn Thesen zur Zukunft der ländlichen Welt, *Sezession* 74/2016, S. 38–41.
- Berthold, Ronald (2016a), Ländersache: Dit is Berlin, *Junge Freiheit* 43/2016, 21.10.2016, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv16/201643102115.htm> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Berthold, Ronald (2016b), Berlin, wie haste dir verändert! *Junge Freiheit* 26/2016, 24.6.2016, <https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2016/berlin-wie-haste-dir-veraendert/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Bertram, Günter (2017), Strafrecht im Spannungsfeld. Milde ist verfehlt, *Junge Freiheit* 03/2017, 13.1.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201703011355.htm> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- Binswanger, Frederick (2018), Kabul liegt an der Seine, *Compact* 2/2018, S. 60–62.
- Brandstetter, Markus (2018), Kostenloser Dauerlutscher, *Junge Freiheit* 9/2018, 23.2.2018, <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2018/kostenloser-dauerlutscher/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Dassen, Marc (2016), Fahrgegnuss statt Autofrust, *Compact* 6/2016, S. 51–53.
- Dassen, Marc (2017a), Auto-Aus für Deutschland?, *Compact* 1/2017, S. 56–58.
- Dassen, Marc (2017b), Das Kaninchen und die Schlange, *Compact* 6/2017, 26–28.
- Dassen, Marc (2017c), Die gefährlichsten Orte Deutschlands, *Compact* 8/2017, S. 24–27.
- Elsässer, Jürgen (2016), Terrorists welcome, *Compact* 9/2016, S. 11–15.
- Elsässer, Jürgen (2017a), Die Vertreibung aus dem Paradies, *Compact* 1/2017, S. 44–46.
- Elsässer, Jürgen (2017b), Der Osten leuchtet, *Compact* 5/2017, S. 11–13.
- Elsässer, Jürgen (2017c), Das industrielle Rückgrat Deutschlands wird gebrochen. Jürgen Elsässer im Gespräch mit Oliver Hilburger, *Compact* 9/2017, S. 27–29.
- Fest, Nicolaus (2018), Der große Verfall, *Junge Freiheit* 16/2018, 14.4.2018, <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2018/der-grosse-verfall/> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Fischer, Jörg (2016), Verschreckt das Berliner AfD-Programm Wohnungssuchende? Blaue Wählerbremse, *Junge Freiheit* 38/2016, 16.9.2016, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv16/201638091633.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Fischer, Jörg (2017), Trotz Mietpreisbremse werden Wohnungen immer teurer. Totalversager Maas, *Junge Freiheit* 22/2017, 26.5.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/2017220526jf.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).

- Flesch, Oliver (2017), Flucht aus der BRD, *Compact* 6/2017, S. 53–55.
- Folger, Claus (2018), Die schrecklichen Deutschen, *Blaue Narzisse*, 30.1.2018, <https://www.blauenarzisse.de/die-schrecklichen-deutschen/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Gockel, Hans-Hermann (2016a), Germany, all inclusive, *Compact* 5/2016, S. 32–34.
- Gockel, Hans-Hermann (2016b), Hannelore Kraft und die drei Affen, *Compact* 8/2016, S. 23–25.
- IB Schw (27.1.2018), Menschen zweiter Klasse?, 27.1.2018, <http://identitaere-schwaben.de/2018/01/27/menschen-zweiter-klasse-einheimische-werden-uebergangen/> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- JF (2016), Wohnraumverknappung in Kölner Stadtbezirken. Gentrifizierung im Phasenmodell, *Junge Freiheit* 51/2016, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv16/2016511216jf.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- JF (2017), Wohldosierte Wildnis in der Großstadtnatur, *Junge Freiheit* 37/2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201737090870.htm> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- JF (2018), Frisch gepresst, *Junge Freiheit* 16/2018, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv18/201816041368.htm> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- Jungen, Johann (2016), Neukölln wird Neu-Aleppo, *Compact* 12/2016, S. 26–28.
- Kaiser, Benedikt (2018a), Standhalten auf verlorenem Posten, *Compact* 1/2018, S. 14–15.
- Kaiser, Benedikt (2018b), Inseln gelebter Solidarität, *Compact* 3/2018, S. 48–49.
- Kempf, Volker (2017), Postfaktische Hauptstadt, *Junge Freiheit* 43/2017, 20.10.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201743102069.htm> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Kleine-Hartlage, Manfred (2017), Die Abrissbirne, *Compact* 3/2017, S. 14–15.
- Kositza, Ellen (2015), Binnenflucht – von Offenbach nach Dresden, *Sezession SH März 2015*, S. 30–33.
- Kubitschek, Götz/Elsässer, Jürgen (2015), Ausweitung der Kampfzone, *Compact* 9/2015, S. 32–37.
- Lenhoff, Rüdiger (2018), Heimat tut gut, *Compact* 6/2018, S. 11–13.
- Menzel, Felix/Henkel, Gerhard (2017), Gemeinwohldenken auf dem Lande stärker verbreitet, Gerhard Henkel im Interview mit Felix Menzel, *Blaue Narzisse*, 9.1.2017, <https://www.blauenarzisse.de/gemeinwohldenken-auf-dem-lande-staerker-verbreitet/> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Möller, Peter (2016a), Kampf um die barocke Mitte. Stadtgestaltung Potsdam: Konflikte zwischen alten Eliten aus DDR-Zeiten und dem neuen Bürgertum, *Junge Freiheit* 37/2016, 9.9.2016, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv16/201637090941.htm> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- Möller, Peter (2016b), Gestützt auf Pfeiler und Streben. Stadtgestaltung: Der Bund bewilligt 62 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Berliner Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel. Fertigstellung bis 2012?, *Junge Freiheit* 47/2016, 18.11.2016, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv16/201647111849.htm> (letzter Abruf am 8.6.2019).
- Möller, Peter (2017), Auf die Macht des Faktischen vertrauen. Stadtgestaltung: In Potsdam beginnt der Wiederaufbau des Turms der Garnisonskirche, *Junge Freiheit* 41/2017, 6.10.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201741100643.htm> (letzter Abruf am 15.5.2019).
- Möller, Peter (2018), Es braucht einen langen Atem. Stadtgestaltung: Das brachliegende Areal der Berliner Altstadt muß wiederbelebt werden, *Junge Freiheit* 5/2018, 26.1.2018, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv18/201805012642.htm> (letzter Abruf am 8.6.2019).
- Müller-Mertens, Martin (2015a), Irrenhaus Bunte Republik, *Compact* 7/2015, S. 25–27.
- Müller-Mertens, Martin (2015b), Flüchtlingslobby befiehlt: Deutsche raus, *Compact* 8/2015, S. 14–16.
- Müller-Mertens, Martin (2015c), Feiern im Angstraum, *Compact* 10/2015, S. 25–27.
- Müller-Mertens, Martin (2017a), Deutsche, demokratische Reserve, *Compact* 5/2017, S. 14–16.
- Müller-Mertens, Martin (2017b), „Dass ein gutes Deutschland blühe“, *Compact* 5/2017, S. 20–21.
- Paulwitz, Michael (2017), Faktenfreie Empörung, *Junge Freiheit* 36/2017, 1.9.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201736090136.htm> (letzter Abruf am 11.5.2019).

- Pellack, Mathias (2018), Wir steigern das Bruttosozialprodukt. Wohnungsmarkt: Neue Plattenbauten für Flüchtlinge werden eiligst errichtet / Eine Nachnutzung ist fraglich, *Junge Freiheit* 6/2018, 2.2.2018, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv18/201806020241.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Perlik, Tino (2016), Der Mob, die Stadt und der Tod, *Compact* 7/2016, S. 23–25.
- Pföhringer, Daniell (2018), Haus des Anstoßes, *Compact* 3/2018, S. 42–44.
- Poensgen, Johannes K. (2017), Der Terror: Noch (!) eine Nebensache, *Blaue Narzisse*, 29.05.2017, <https://www.blauenarzisse.de/der-terror-noch-eine-nebensache/> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- Reinhold, Carl (2018), Diesel & Dussel, *Compact* 4/2018, S. 34–35.
- Rüdiger, Andreas (2018), Die Geschichte von Marxloh, *Blaue Narzisse*, 6.2.2018, <https://www.blauenarzisse.de/die-geschichte-von-marxloh/> (letzter Abruf am 15.5.2016).
- Schreiber, Christian (2017a), Drohende Entwertung von Vermögen. Immobilienmarkt: Kaum noch bezahlbarer Wohnraum in den Wachstumsregionen / Preisverfall, Leerstand und Verfall im ländlichen Raum?, *Junge Freiheit* 35/2017, 25.8.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201735082537.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Schreiber, Christian (2017b), Der Mittelstand muß alles zahlen. Immobilienmarkt: Der Konzern Deutsche Wohnen SE will im wachsenden Berlin Marktmieten durchsetzen, *Junge Freiheit* 47/2017, 17.11.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201747111736.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Schreiber, Christian (2017c), Es wird eng und sehr teuer. Wohnungsmarkt: Masseneinwanderung treibt Preise in den Städten nach oben / Große regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land, *Junge Freiheit* 43/2017, 20.10.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201743102037.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Schreiber, Christian (2018), Flüchten nach Stuttgart. Wohnungsmarkt: Migranten sind von der Wartefrist befreit, da sie den „Unterkunftsort nicht freiwillig wählen, *Junge Freiheit* 6/2018, 2.2.2018, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv18/2018060202jf.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Schumacher, Christian (2016), Ein Anhalten des Wagens steht nicht zur Debatte, *Blaue Narzisse*, 15.12.2016, <https://www.blauenarzisse.de/ein-anhalten-des-wagens-steht-nicht-zur-debatte/> (letzter Abruf am 9.5.2019).
- Schumacher, Christian (2017), Grüne: Ohne Islam wäre es langweilig, *Blaue Narzisse*, 22.9.2017, <https://www.blauenarzisse.de/gruene-ohne-islam-waere-es-langweilig/> (letzter Abruf am 8.5.2019).
- Sellner, Martin (2016), Ein Ziel, viele Strömungen, *Compact* 9/2016, S. 47–49.
- Sellner, Martin (2017), Sellners Revolution _ Gesicht zeigen!, *Compact* 2/2017, S. 65.
- Serafin, Sandro (2017), Fahrverbote bedrohen das Handwerk, *Junge Freiheit* 44/2017, 27.10.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201744102735.htm> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Steinwandter, Lukas (2017), Enteignung per Verordnung, *Junge Freiheit* 11/2017, 10.3.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201711031035.htm> (letzter Abruf am 11.5.2019).
- Stoltz, Richard (2017), Reich gegen Schwerreich. Gentrifizierung: In London trifft der Verdrängungsprozeß aus attraktiven Stadtvierteln jetzt auch Wohlhabende, *Junge Freiheit* 5/2017, 27.1.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201705012741.htm> (letzter Abruf am 13.5.2019).
- Timke, Jan (2017), Terror an der Alster: Der Staat muß sich gegen linke Gewalt wehrhaft zeigen, *Junge Freiheit* 29/2017, 14.7.2017, <https://jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv17/201729071407.htm> (letzter Abruf am 8.5.2019).
- Ulfkotte, Udo (2015), Fremd im eigenen Land, *Compact*, 08/2015, S. 11–13.
- Wessels, Till-Lucas (2017), Kontrakultur – Schlaglichter, *Sezession* 79/2017, S. 48–53.

Das Working Paper untersucht, welche Bilder und Vorstellungen von Stadt im gegenwärtigen Diskurs der Rechten zu finden sind. Bei der Durchsicht von mehr als 2.000 Dokumenten aus den Jahren 2015 bis 2018 konnten wir wiederkehrende Muster in der Beschreibung von (Groß-)Städten und urbanen Lebensformen rekonstruieren. Als strukturbildend hat sich eine Spannung zwischen programmatischer Ablehnung und pragmatischer Aneignung städtischer Wirklichkeit erwiesen. Die Stadt wird einerseits abgelehnt, da sie für die Autor*innen Ort des kulturellen Niedergangs, des Kontrollverlustes, der Vermassung und Unüberschaubarkeit ist. Sie wird andererseits angeeignet, insofern die ‚eigentliche‘, wehrhafte, geordnete, sichere und produktive Stadt hinter all den Zumutungen des urbanen Lebens für die Autor*innen erkennbar bleibt. Die Stadt ist so gesehen eine Bühne der Selbstdarstellung und vor allem ein Kampffeld, das die Rechten ihren Gegner*innen nicht leichtfertig überlassen wollen.

POPULISMUS
DEMOKRATIE
STADT

www.podesta-projekt.de